

# Gewerkschaftliche Monatshefte

Herausgegeben vom Bundesvorstand des Deutschen Gewerkschaftsbundes

VIERTES JAHR  
DEZEMBER 1953

HEINZ-JOACHIM HEYDORN

## Martin Buber und der Sozialismus

„In der geschehenden Geschichte harrt Gott des Menschen.“ In der „*Chassidischen Botschaft*“<sup>1)</sup> finden wir diese Worte niedergeschrieben; sie erhellen mehr als irgendeine andere Äußerung das Anliegen, um das es Martin Buber zu tun ist. Jenseits aller Prinzipien und Ideologien geht es um den Menschen, um das einzelne Ich, das somit aufgerufen ist, zu seiner ursprünglichen Bestimmung zurückzufinden. Wo auch immer ein „Wort“ gesprochen wird, da gewinnt es für Buber erst dann eine Bedeutung, wenn es als Teil des wirklichen Lebens erfaßt wird. Darum kommt es, wenn man diesem seltenen Manne gerecht werden will, auch nicht allein darauf an, die entscheidenden Gedanken seines Werkes herauszustellen; die wahre Bedeutung seiner Erscheinung wird damit nicht enthüllt. Was die Größe dieses Lebens ausmacht, läßt sich nicht durch eine niedergeschriebene Erkenntnis, durch eine Summe von Aussagen ermitteln. Außer *Albert Schweitzer* kenne ich niemanden, der eine gleich große und wahrhaft tiefe Identität von Wahrheit und Leben in sich verwirklicht hätte; hier handelt es sich nicht allein darum, seine sogenannte geistige Bedeutung abzumessen oder geistesgeschichtlich einzuordnen. Dieser kleine, alte Mann mit den durchdringenden, unbestechlichen Augen beginnt heute bereits wie eine legendäre Figur in die Gebrochenheit unserer Zeit hineinzuragen, er ist ein lebendiger Beweis dafür, wozu dieses Leben fähig ist, wenn es sich selber nur in Verantwortung und furchtlos erfüllen will. Man wird das vielleicht sehr viel später erst einschätzen können, was eine solche Erscheinung in dieser Zeit bedeutet. Wir leiden ja nicht an einem Mangel an ethischen Prinzipien, ja nicht einmal so sehr an einem Mangel an tiefen Geistern als vielmehr daran, daß niemand diese Tiefe, diese sittliche Wahrheit des Lebens wieder verbindlich machen kann. Unter der Oberfläche unserer moralischen Haltungen beginnt ein Zynismus sichtbar zu werden, der sie schließlich aufheben muß; wir sind immer weniger imstande, uns mit ihnen in unserem innersten Sein zu identifizieren. Auf dem Grunde der modernen Existenz wohnt die Angst, ohne daß wir sie uns eingestehen; sie wird in der eigentümlichen Zwiespältigkeit unserer Verhaltensweisen erkennbar. Was jedoch die besondere Bedeutung Martin Bubers ausmacht, wird gerade daran greifbar, daß er diese Zeit erkannt und trotzdem überwachsen hat, daß er ihr nicht zum Opfer gefallen ist. Hier

1) Lambert Schneider Verlag, Heidelberg

wird eine Existenzform sichtbar, die Nachfolge erheischt, die den Mut eingibt, das Wagnis des Lebens neu zu beginnen, ohne an ihm zu zerbrechen. Buber beweist, daß es Sittlichkeit gibt, weil sie gelebt werden kann. In diesem Sinne erfaßt er die Aufgabe der Erziehung: Es ist das „Sein“ des Lehrers, welches über die Zukunft entscheidet. Alles andere tritt dahinter zurück. „Wir leben — man muß es immer wieder sagen — in einer Zeit, in der Schlag auf Schlag die großen Träume, die großen Hoffnungen des Menschevolks sich erfüllen: als ihre eigenen Karikaturen. Was ist die Ursache all dieses Scheins? Ich weiß keine andere als die Macht der Fiktivgesinnung. Diese Macht nenne ich die Ungebildetheit des Menschen dieses Zeitalters. Gegen sie steht die zeitwahre, zeitgerechte Bildung, die den Menschen hinführt zum gelebten Zusammenhang mit seiner Welt und ihn von da aufsteigen läßt zu Treue, zu Erprobung, zu Bewährung, zu Verantwortung, zu Entscheidung, zu Verwirklichung.“

Wenn man Bubers Lebensweg verstehen und auch seine politischen Thesen sinngemäß und aus ihren Hintergründen begreifen will, dann muß man wissen, in einem wie starkem Maße das religiöse Erlebnis zum entscheidenden Kennzeichen seiner Entwicklung wird. Ich sage: Das religiöse Erlebnis. Was hier im Gewande der jüdischen Religiosität mit allen ihren spezifischen Wendungen sichtbar wird, weitet sich zum religiösen Grundproblem überhaupt. „Wir leben in einer unerlösten Welt, aber aus jedem willkürlos weltverbundenen Menschen fällt in sie ein Samen der Erlösung. Und die Ernte ist Gottes.“ Es ist das Besondere am Chassidismus, an dieser großen, mystischen Erweckungsbewegung des jüdischen Volkes in Polen zu Ende des 18. Jahrhunderts, daß sie den Glauben aus der engen Gesetzlichkeit der Gemeinde erlöst, aus der Not des Gettos, und wie nie zuvor die ganze Menschheit in ihm umschließt. Es ist der Geist dieses Chassidismus, den Martin Buber wieder lebendig gemacht hat: „Durch die Welteinwohnung Gottes wird die Welt zum Sakrament. Aber das ist keine objektive Aussage, die unabhängig vom gelebten Leben der Menschenperson zu Recht bestünde, noch weniger freilich eine in der Subjektivität allein beschlossene; sondern in der konkreten Berührung mit dem Menschen wird die Welt je und je sakramental. Die Dinge und Wesen, in denen allen Funken des Göttlichen wohnen, werden diesem Menschen zugereicht, daß er in der Berührung mit ihnen den Funken erlöse.“ Jede spätere Erkenntnis wurzelt in dieser einen, in der die wahre Bestimmung des Menschen umgriffen wird. Kein politisches Prinzip und keine politische Ideologie kann jemals den Raum einnehmen, der bereits vor ihr und von Anfang an gefüllt ist. Innerhalb dieses Raumes aber geht es darum, die Gottesebenbildlichkeit der Dinge wiederherzustellen, das zerstörte menschliche Antlitz zu heilen.

Buber war ein Teilnehmer an jener berühmten *Heppenheimer Begegnung* aus dem Jahre 1928, in der es um die Erneuerung des Sozialismus ging. In dem Beitrag, den er leistet, kommt sein persönliches Anliegen in unmittelbarer Form zum Ausdruck: „Der Ort, wo Religion und Sozialismus einander zu begegnen vermögen, ist die Konkretheit des persönlichen Lebens.“ Religion ist hier keine Kultvorschrift, keine Sammlung dogmatischer Wahrheiten, sie ist das Standhalten im Abgrund der menschlichen Beziehungen mit dem Geheimnis Gottes. Wo sie sich in dieser Form dem Menschlichen ausliefert, wo sie die Ansprache Gottes nicht nur vernimmt, sondern erwidert, kann sie „ihre volle Wirklichkeit nur am Willen zu einer Gemeinschaft des Menschengeschlechtes gewinnen“. Die innere Wahrheit des Sozialismus hängt jedoch davon ab, wie „ähnlich oder unähnlich dem gesetzten Zweck das Mittel war, durch das er erreicht wurde“. Nur wo diese Mittel einer echten sittlichen Beurteilung standhalten, werden sich Religion und Sozialismus verbinden können, vielmehr verbinden müssen. Religiöser Sozialismus bedeutet, daß „der Mensch in der Konkretheit seines persönlichen Lebens mit den Grundfakten dieses Lebens Ernst macht“. Buber distanziert sich sehr eindeutig von einem jeglichen Versuch, den Sozialismus auf einer bestimmten Philo-

sophie der Geschichte zu begründen und damit seinen existentiellen Ernst in Frage zu stellen. Wir wissen vielmehr überhaupt nichts vom objektiven Sinn der Geschichte, „der Sinn der Geschichte ist nicht eine Idee, die ich unabhängig von meinem persönlichen Leben formulieren kann, mit meinem persönlichen Leben allein vermag ich ihn aufzufangen, denn es ist ein dialogischer Sinn“.

Dennoch ist es möglich, ja notwendig, über die einfache, existentielle Begegnung von Mensch zu Mensch, vom Menschen zur Gesamtheit der ihn umgebenden Schöpfung zu einer sinnvollen Einsicht dessen zu gelangen, was in einer besonderen Situation not tut. Buber hat in einer ganz vorzüglichen Arbeit, die auch in deutscher Sprache unter dem Titel „*Pfade in Utopia*“<sup>2)</sup> erschienen ist, eine solche Analyse unserer Zeit gegeben. Man kann Buber daher ein sehr ausgeprägtes historisches Bewußtsein nicht absprechen, wenn er auch die Geschichte selber niemals zu einer eigenständigen Schöpfungsmacht umdeutet. Der Mensch ist heute im industriellen Zeitalter auf das höchste gefährdet, er vermag sein wahres Personsein nicht mehr zu erhalten. Es kommt also darauf an, in diesem Zeitalter den Raum für den Menschen wieder frei zu machen. Hiermit ist das entscheidende Anliegen der Arbeit gekennzeichnet.

„*Pfade in Utopia*“ greift auf die sozialistischen Utopisten zurück, ein ganz wesentlicher Teil dieses Buches enthält den Versuch, ihre aktuelle und unmittelbare Bedeutung sichtbar zu machen. Die „sozialistische Utopie“ weiß sehr viel tiefer um den realen Ort des Menschen, als es der Marxismus im 19. Jahrhundert jemals vermocht hat. Buber kommt hier zu einer sehr tiefen Unterscheidung, an der spezifischen Form der Erwartung werden die beiden großen Tendenzen des modernen Sozialismus erkannt. „Es gibt aber, wie angedeutet, zwei Grundformen der Eschatologie: eine prophetische, die die Bereitung der Erlösung in jedem gegebenen Augenblick in einem nicht zu bestimmenden Maße in die Entscheidungsmacht jedes angeredeten Menschen stellt, und eine apokalyptische, für die der Erlösungsprozeß in all seinen Einzelheiten, nach Stunde und Verlauf, von urher festgesetzt ist und zu seinem Vollzug die Menschen nur als Werkzeug verwendet werden.“ Der Marxismus enthält in diesem Sinne eine apokalyptische Wendung, er erwartet das Heil als Vollendung eines Gesetzes. Wenn wir jedoch die Wirklichkeit verändern wollen, dann müssen wir von einer gänzlich undogmatischen Erkenntnis der bestehenden Verhältnisse und des gegenwärtigen Menschen ausgehen, um eine „Wandlung beider anzubahnen, um die Widersprüche, die das Wesen unserer Gesellschaft ausmachen, zu überwinden“. Es geht Buber nicht darum, den Untergang der bestehenden Gesellschaft durch die Verschärfung der ihr innewohnenden Tendenzen zu beschleunigen; ein solcher Versuch muß an seiner inneren Gegensätzlichkeit scheitern. Es kommt vielmehr darauf an, die bestehende Gesellschaft zu überwachen, neue, sinnbezogene Zellen in ihr zu schaffen, um damit eine mögliche Zukunft des Menschengeschlechts vorzuformen. Der Marxismus ist in der Tat utopisch, er ist trotz seines betont rationalen Gehalts eine Erlösungslehre, in der sich die endgültige Erfüllung in keiner Weise aus dem beschrittenen Wege ableiten läßt. „Uniformie als Weg schlägt geheimnisvoll in Mannigfaltigkeit als Ziel, Zwang als Weg geheimnisvoll in Freiheit als Ziel um.“ Was jedoch die großen nichtmarxistischen Sozialisten des 19. Jahrhunderts auszeichnet, ist gerade diese Erkenntnis, daß nur der Weg, der dem Ziel wesensgleichartig ist, auch schließlich zur Verwirklichung des Zieles beitragen kann, das Ziel geht auf allen Etappen des Weges mit. Weg und Ziel sind im menschlichen Handel, im Vollzug jeder Einzelexistenz unlösbar aneinandergekettet. Es gibt keinen Sprung, der aus der Notwendigkeit zur Freiheit führt, es gibt nur eine in ihrem Wesen revolutionäre Kontinuität, innerhalb derer die Revolution nur die „Durchsetzung, Freimachung und Erweiterung einer bereits zum möglichen Maße erweiterten Wirklichkeit bedeutet“.

2) Lambert Schneider Verlag, Heidelberg

Bedeutsam, wie Buber einen heute in Deutschland weitgehend vergessenen Denker wie *Proudhon* aktualisiert. Kaum jemand hat im 19. Jahrhundert die Gefahr eines Staatstotalitarismus in gleicher Weise erkannt und aus dieser Erkenntnis gleich tiefe Konsequenzen gezogen. Wenn wir den Menschen retten wollen, dann müssen wir ihm neue und konkret erlebbare Sinnbezirke schaffen, in denen er sich wieder seiner ursprünglichen Bestimmung gewärtig werden kann. „Der Mensch will nicht mehr“, schreibt Proudhon, „daß man ihn mechanisiere. Sein Streben geht nach Defatalisation.“ Die industrielle Entwicklung drängt den Menschen immer stärker in eine anonyme Existenz, er wird zur reinen Funktion der zentralistischen Gewalten, die der Wirtschaftskörper aus sich erzeugt. Es kommt aber darauf an, daß der Mensch zu seiner Ichhaftigkeit in einer Welt lebendiger Aufgaben und Beziehungen zurückfindet. Auf diesem Hintergrunde sieht Buber die Auseinandersetzung, die gegen Ende des 19. Jahrhunderts innerhalb der deutschen Sozialdemokratie um die Bedeutung des Genossenschaftswesens stattfindet. Erst ganz langsam wird dieser Gedanke der „Genossenschaften“ von der marxistischen Führung aufgenommen, handelt es sich doch für sie nicht darum, die kapitalistische Gesellschaft zu überwachen, sondern ihren Zusammenbruch zu beschleunigen. Die Erneuerung der Gesellschaft durch den bewußten Willensakt einer Gruppe, die hier und jetzt damit beginnen will, findet erst sehr spät Verständnis. Für Buber aber wird gerade dieser Begriff der „Genossenschaften“ zum entscheidenden sozialistischen Anliegen; der Mensch, der zu einer „Genossenschaft“ findet, findet den Weg zurück zu einer lebendigen Zelle.

An Hand einiger großartiger Analysen des Marxismus, des Leninismus, des inneren Verlaufes der russischen Revolution kommt Buber immer wieder auf sein zentrales Anliegen zurück. Der Mensch ist heute in einer unmittelbaren Gefahr, da die gegenwärtige, technische Gesellschaft immer strukturärmer wird und ihm keinen Raum für ein wahres Leben mehr läßt. Der Mensch wird dazu gezwungen, seine Verantwortung abzugeben, er wird zur Funktion degradiert. Er wird zum mechanischen Glied einer übergeordneten Einheit, er verliert den Charakter spontaner und selbstverantwortlicher Ichhaftigkeit. Nach *Marx* jedoch darf sich unter der Herrschaft des Kapitalismus keine „auch nur fragmentarische, soziale Regeneration“ vollziehen, während es zugleich illusorisch ist, etwas Konkretes über die zukünftige, sozialistische Gesellschaft auszusagen. Der Sozialismus jedoch, der im Strombett dieser Entwicklung zu seinen endgültigen Zielen gelangen will, der sich derselben Prinzipien bedient, die den Verfall der menschlichen Gesellschaft herbeigeführt haben, muß früher oder später in einer furchtbaren Weise zu seiner eigenen Antithese werden. Die kapitalistische Gesellschaft hat die Wirklichkeit destrukturiert, sie will nur noch „Individuen“ vor sich haben, vereinzelt, vereinsamt, ihrer eigenen Ganzheit verlustig gegangene Menschen, um sie so ihren Zwecken als willenloses Objekt einfügen zu können. Sie muß notwendigerweise, je ärmer das Leben selber wird, um so vergewaltigendere Organisationsformen schaffen, die dieses sinnentleerte Dasein tragen helfen. Sozialismus aber bedeutet für Buber eben etwas ganz anderes, als diese bestehende Gesellschaft durch neue Formen der Zentralisation abzulösen. Sozialismus heißt: Eine neue Form der Gemeinschaft schaffen, in der sich das zersetzte Leben aus seinen Zellen zu erneuern beginnt, eine Gemeinschaft, die überall dort möglich wird, wo sich Menschen an einer konkreten Aufgabe begegnen.

Hier beginnt die Geburtsstunde der neuen Gesellschaft in der Wiederentdeckung eines ursprünglichen Lebenszusammenhanges, „die Urhoffnung aller Geschichte geht auf eine echte Gemeinschaft des Menschengeschlechts“. Je mehr von einer solchen Gemeinschaft bereits in einer Stunde lebendig ist, in der auch die Möglichkeiten zu einer politischen Veränderung der Gesellschaft in großem Stile sichtbar werden, um so größer wird auch die Aussicht sein, durch einen reinen politischen Akt sinnvolle Wirk-

lichkeit zu begründen. Einen bedeutenden Versuch zur Neugestaltung eines echten Gemeinschaftsprinzips sieht Buber in den landwirtschaftlichen Genossenschaften Palästinas, in denen sich eine lebensnahe und innerlich wahre, weil unmittelbare gelebte Form des Sozialismus verwirklicht. Hier wird erneut „Sinn“ gegenwärtig, das Leben gewinnt in einer organischen, sozialen Vielfältigkeit seine ureigene Kraft zurück. Diese Auffassung, daß eine echte gesellschaftliche Revolution sich immer nur von unten vollziehen kann, wird jedoch erst dann überzeugend deutlich, wenn wir uns von der Vordergründigkeit eines rein politischen Denkens frei machen können, das weder durch die menschliche Existenz voll gedeckt wird noch die echten und langfristigen Probleme unseres modernen Lebens erkennt. Bubers Untersuchungen stellen meiner Ansicht nach den bedeutendsten Beitrag dar, der seit vielen Jahren zur Frage des Sozialismus geleistet worden ist. Hier wird endlich einmal wieder die Urfrage aller Erneuerung gestellt: die Frage nach dem Menschen. Aber diese Frage bleibt der Wirklichkeit tief verbunden, es geht um den Menschen in seiner heutigen Gestalt, um den Menschen in dieser Zeit. Die Wirklichkeit, in der dieser Mensch lebt, die Wirklichkeit seiner technischen Größen, hat ihm in steigendem Maße den wahren Zugang zu sich selbst versperrt, wir werden ihm diesen Zugang nicht wieder öffnen können, wenn wir ihn nur politisch erlösen wollen, ohne ihm seine unmittelbare Existenz zurückzugeben. Wenn der Mensch nicht wieder zu sich selbst entlassen wird, muß er sich selbst verlieren. Keine dunkle Weltstunde bringt seinen Sinn zurück. Gerade deshalb aber kann der Sozialismus niemals etwas Absolutes sein, er ist nur das „jeweilige Werden von Menschengemeinschaft im Menschengeschlecht, im Maße und in der Gestalt dessen, was jeweils, in jeweils gegebenen Bedingungen, gewollt und getan werden kann. Allem Verwirklichten droht die Erstarrung.“ Sozialismus ist eine ewige Aufgabe, die sich niemals endgültig fassen läßt. Mit den Worten seines Freundes *Gustav Landauer* — der heute mehr denn je eine neue Aktualität in Deutschland verdient hätte — spricht Buber diese Erkenntnis noch einmal aus: „Keinerlei endgültige Sicherheitsvorkehrungen fürs Tausendjährige Reich oder die Ewigkeit sollen hergestellt werden, sondern eine große und umfassende Ausgleichung und die Schaffung des Willens, diesen Ausgleich periodisch zu wiederholen. Das brauchen wir wieder: eine Neuregelung und Umwälzung durch den Geist, der nicht Dinge und Einrichtungen endgültig festsetzen, sondern sich selbst als permanent erklären wird.“

Wir haben den Versuch gemacht, von einer bestimmten Seite her an das große Lebenswerk Bubers heranzuführen. Alle Aussagen dieses Mannes aber gehen schließlich immer wieder auf jene eine Erkenntnis zurück, auf jene eine Wahrheit, daß es die Aufgabe des Menschen ist, seine Ebenbildlichkeit in dieser Welt immer sichtbarer zu machen. Was auch immer Gestalt annimmt, trägt die Gestalt, die wir selber haben. Buber hat es in seinem Leben zu einer höchsten Einheit von Wahrheit und Wirken gebracht, er hat, was man nur von sehr wenigen sagen kann, die Grenzen seines eigenen Seins erreicht. Wo auch immer ein Mensch die Grenzen seiner eigenen Individualität in einer solchen Weise erreicht hat, hört er auf, für sich selbst dazusein, das Allgemeine wird transparent.

Wichtige Werke Martin Bubers, die zur Zeit im deutschen Buchhandel erreichbar sind: „Das Problem des Menschen“, Leinen 5,50 DM, Lambert Schneider 1948; „Pfade der Utopia“, Leinen 8,50 DM, Lambert Schneider 1950) „Reden über Erziehung“, Kartonierte 3,50 DM, Lambert Schneider 1953; „Die chassidische Botschaft“, Leinen 8,50 DM, Lambert Schneider 1952; „An der Wende — Reden über das Judentum“, Kartonierte 5,80 DM, Jakob Henger in Köln und Olten 1952; „Hinweise, Gesammelte Essays“, Leinen 13,50 DM, Manesse Verlag, Zürich 1953; „Die Erzählungen der Chassidim“, Leinen 13,30 DM, Manesse Bibliothek der Weltliteratur 1950.

## Georg Glasers „rote Wallfahrt“

„*Geheimnis und Gewalt*“

Als man im vergangenen Jahrhundert in England um ein besseres Wahlrecht kämpfte, wurde den Liberalen vorgehalten, das wirkliche Volk wolle gar nicht mehr Freiheit, sondern nur mehr gebratenen Speck und reichlich Bier. Es gibt auch in unseren Tagen solche Zyniker, die seelenruhig erklären, der kleine Mann wolle einfach ruhig leben und bessere Existenzbedingungen. Aber was heißt schon in unserer Welt „ruhiges Leben“? Der kleine Mann möchte ganz gewiß ruhig leben, aber er macht, tagaus, tagein die rauhe Erfahrung, daß ihm die Politik neue Sorgen um seine Existenz aufbürdet und ihn im Ungewissen darüber läßt, ob seine Mühe sich denn lohnen werde. Die Politik hat sich freilich selbst um ihren guten Ruf gebracht. Um den Ruf nämlich, beauftragt zu sein, das Los der Menschen zu verbessern, indem sie den Raum seiner Freiheit erweitert oder doch wenigstens davor bewahrt, daß er mehr und mehr eingeengt werde. Den Raum seiner Freiheit, nicht etwa den sogenannten „Lebensraum“. Auch wer nichts von Ideologien versteht oder hält, auch der hat begriffen, was ein Staat mit einer „Ideologie“ anrichten kann. Vielleicht kann keine Politik darauf verzichten, zu ihrer Rechtfertigung eine Ideologie zu entwickeln, und keiner Ideologie dürfte der Sündenfall erspart bleiben, Illusionen zu erwecken, die vor der Wirklichkeit zuschanden werden.

Der Faschismus und der Kommunismus sind die dominierenden Ideologien unseres Zeitalters. Beide sind sie legitime, wenn auch mißratene Kinder des 19. Jahrhunderts. Es gibt allerdings Völker, die der Versuchung des Kommunismus ebenso widerstanden haben wie der des Faschismus. Es sind tüchtige, vielleicht aber auch nur glückliche Völker. Aber es gibt andere Völker, die zwar dem Kommunismus widerstanden, sich aber um so hemmungsloser dem Faschismus ausgeliefert, den Menschen also in einer noch erbärmlicheren Weise an die Gewalt verraten haben. Das ist kein Geheimnis, und es ist auch kein Geheimnis, daß auf diese Gewissensfrage vorab wir Deutschen eine Antwort geben müssen. Um uns freilich ist ein großes Schweigen. Wenn dieses Schweigen böse ist, dann ist es der Starrsinn des schlechten Gewissens; wenn es nicht ganz böse ist, dann ist es, vielleicht, die Stummheit der Scham. Wenn aber das Schweigen beredt wird, wenn ein Schriftsteller unserer Tage und einer, der deutsch schreibt dazu, das Geheimnis des Menschen, unversehrt aus den Trümmern hervorholt, welche die Gewalt ringsum ausgebreitet hat — wenn dies geschieht und dennoch nichts geschieht, als habe da einer nur eifertig eine Welt aus Papier und Hoffnungen zurechtgezimmert, dann ist aller Widerstand gegen den totalitären Staat zwecklos.

Solch ein Schriftsteller lebt, und das Buch, in dem er das Schweigen der Ratlosigkeit über den rechten Weg gebrochen hat, ist geschrieben. Der Mann heißt *Georg Glaser* und sein Buch „*Geheimnis und Gewalt*“. Aber so sind die Schicksale von Büchern heute: Da setzt sich ein Mann hin, der in Paris als Handwerker von seiner Hände Arbeit lebt, schreibt in deutscher Sprache eines der schönsten Dokumente von der unverzichtbaren menschlichen Existenz in dieser Zeit der Massen — und das Buch erscheint zuerst in französischer Übersetzung. Das war 1947, nachdem es Georg Glaser nicht gelungen war, einen deutschen Verleger dafür zu interessieren. Etwa zur gleichen Zeit, in der bei uns *Ernst von Salomons* „Fragebogen“ ein Best-Seller wurde, kam „*Geheimnis und Gewalt*“ zwar auch in deutscher Sprache heraus, aber in einem französisch-schweizerischen Verlag und zudem so teuer (25,— DM), daß es einem breiteren Publikum in Deutschland auch weiterhin unerreichbar blieb. Jetzt endlich, im Herbst 1953, liegt es in einer vom *Scherz und Goverts Verlag* in Stuttgart besorgten Ausgabe auch in einer guten deutschen Fassung vor (Leinen 15,80 DM).

Ich wage nicht vorauszusagen, daß dieser Lebensbericht eines ehemaligen deutschen Kommunisten den „Fragebogen“ eines deutschen Nationalisten aus dem Felde schlagen werde. Ein Fragebogen ist der Bericht zwar auch, aber er verhält sich zu jenem anderen wie die Wahrheit nicht gerade zur Lüge, aber doch zu der Arroganz, mit der dort Tatsachen und Legenden zu einem Zeitbild zusammengeklittert werden, das alles andere für sich beanspruchen kann, als ein Spiegel der Wahrheit zu sein. Aber „Geheimnis und Gewalt“ ist es. Wir haben nach dem Kriege kein Buch in deutscher Sprache hervorgebracht, das sich mit diesem vergleichen ließe, kein Buch, in dem ein einzelner in aller Offenheit und Wahrhaftigkeit die Geschichte seines ganz persönlichen Schicksals ausbreitet und zugleich, im nämlichen Atemzug und mit jedem Wort, die aufwühlende Saga vom Menschen erzählt, der sich selbst als seine Sache erwählt hat im Meinungsstreit der Organisationen und Ideologien. Es wird für viele, so sagte er einmal, nicht leicht sein, sein Buch zu lesen. Aber er will nicht, daß es bloß als eine Autobiographie gelesen werde. Das Äußere, das ist sein Leben, das geistige Schicksal aber, von dem er spricht, „das geht alle an“.

Glaser, der sich nach dem Kriege in Paris niedergelassen hat, war Kommunist. Und ehe er Franzose wurde, als Soldat im zweiten Weltkrieg für Frankreich gekämpft und dann in deutschen Stalags das Los der Kriegsgefangenen geteilt hat, bis er schließlich floh und sich bis zum Zusammenbruch versteckt hielt — bis dahin war er Deutscher. Sein Lebensbericht ist also das Bekenntnisbuch eines deutschen Kommunisten, der zwei Vaterländer aufgegeben hat: das deutsche und jenes vielgelobte der „Proletarier aller Länder“. Aber es ist nicht die Selbstrechtfertigung eines „Verräters“, der das Volk seiner Geburt und das Land seiner Väter um eines persönlichen Vorteils willen drangegeben hätte. Und es ist nicht die Beichte eines Konvertiten, der von einem Gott abgefallen wäre, „der keiner war“. Womit das Schicksal diesen Mann ausgezeichnet hat, das ist eine Erfahrung, die im Leben gewonnen wurde. Im Leben nämlich des „Genossen“, der sich mit Leib und Seele „der Partei“ verschrieben hatte und als einzelner Entscheidungen verantwortete, die von allen verlangt waren, aber nur von wenigen begriffen und von den meisten verleugnet wurden.

Man soll freilich von seinem Mitmenschen nicht verlangen, daß er sich zum Märtyrer mache. Heißt das aber auch, man dürfe nicht verlangen, daß er sein Selbst gegen die Versuchung der bequemen Entscheidung behaupte, wenn das ganze Volk am Scheidewege steht? Damals, 1933, haben die Deutschen den bequemen und damit den falschen Weg gewählt, als Volk. Die Geschichte erteilt dafür keine Absolution. Dieser Mann Glaser aber hat den anderen Weg gewählt. Seine Auflehnung gegen das Herkommen und gegen das Herkömmliche, die ihn zur Kommunistischen Partei führte, war nicht das soziologische Produkt seiner Erziehung oder des Milieus in dem er heranwuchs. Es war die Konsequenz eines Charakters, der sich nicht unterwerfen will. Er entweicht einem freudlosen Elternhaus, geht auf die Landstraße, wird wieder aufgegriffen, in Erziehungsheime gesteckt, in Jugendgefängnisse. Aber er war nicht bloß, als in den dreißiger Jahren die große Wirtschaftsnot unser Volk und die Welt wie eine alttestamentarische Plage heimsuchte, ein Rekrut des Elends. Er begriff, daß das Leben und dieses Land immer tiefer von dem Zwang einer Wahl durchtränkt wurden, in der sich schließlich jeder einzelne entscheiden mußte.

Damals, als immer mehr Fabriken ihre Tore schlossen und das graue Heer der Arbeitslosen anschwellte, wankten die Stützen der Gesellschaft. Viele schlugen sich schon offen zur NSDAP, viele schlichen ihr heimlich zu, und in Berlin logierten einige im „Kaiserhof“ und verhandelten mit dem Herrn von Hindenburg und seinen Ministern um die „Machtergreifung“. Der Mann Glaser indessen ging zur Kommunistischen Partei und stieg, wie er wähnte, auf die morgenroten Höhen eines „klassenbewußten Arbeiters“. Er wählte. Daß er die falsche Seite wählte, konnte er nicht wissen, denn

er kannte nicht „die Partei“, sondern nur ihre Verheißung. Aber er tat etwas anderes mit diesem gleichen Schritte *nicht*, was erst Tausende, dann Hunderttausende und dann Millionen taten: er wählte nicht die *andere* Partei, die das Verderben über unser Volk brachte. Er war ein „gläubiger“ Genosse, nicht einer, den man zum Gehorsam abgerichtet hatte wie einen Hund. Als *Braun* und *Severing* aus dem Amte gejagt wurden, ergriff auch ihn die große Bewegung einer Solidarität der Linken, die damals noch einmal durch alle Reihen ging. Aber die „der Partei“ vertrauten wie er, mußten bald begreifen, daß ihre Moral für Zwecke mißbraucht wurde, die nichts mehr mit ihrem Glauben zu tun hatten. Nun, wo vor dem ganzen Volke die Frage der Macht gestellt war, mußte sich jeder entscheiden, und der Arbeiter, der sich „der Partei“ verschrieben hatte, noch einmal mehr zwischen blindem Gehorsam und dem Wagnis der Freiheit. Gramgebeugt gedenkt Glaser des Streiks, in dem die Kommunisten mit den Nazis die Republik unterwühlten.

So kam das „Dritte Reich“, weil das Volk auf die Frage der Macht eine schlechte, eine feige Antwort gab. Die Intellektuellen sagten, der Sozialismus sei „verraten“ worden. Was schwerer wog, das war der Verrat an jedem einzelnen dieser kleinen Genossen und Funktionäre, die „der Partei“ gehorchten. Irgendwo, draußen in einem anderen Land, saß die „Leitung“, und sie hatte den Weg der scheinbaren Blindheit gewählt, um selbst besser gehorchen zu können. Dort mochten sie vielleicht recht haben, denn dort ging es nicht um Deutschland. Hier aber waren sie gewissenlos und trieben die Treuen zum Selbstmord, in die Einsamkeit der Betrogenen oder in die Arme der Henker. Was konnte der von „der Partei“ Verratene noch tun? Der Mann Glaser floh in das Saargebiet. Aber „die Partei“ war auch dort, und sie fragte den Flüchtling, ob er die Erlaubnis oder den Befehl habe, hierhergekommen zu sein. Wen „die Partei“ jetzt verstieß, weil er nicht gehorchte, der war verloren, weil sie keinen Platz hatte für Leute, die ein „schädliches Eigenleben“ führten. In der deutschen Sektion „der Partei“ war kein Platz mehr für Glaser und in Deutschland auch nicht. So entschied er, in Frankreich zu bleiben, die Bürgerrechte zu erwerben und das Abenteuer einer neuen Existenz zu bestehen. Und indem er eine Tochter des Landes zur Frau nahm und französischer Staatsbürger wurde, erwarb er in der Solidarität mit den französischen Genossen den Geschmack einer natürlicheren Freiheit, in der er abermals und noch immer den Pulsschlag der großen Sache aller freien Menschen zu fühlen hoffte. Und wahrhaftig: Standen sie nicht alle zusammen in der „Volksfront“, damals, als sich in Spanien die Reaktion gegen die Republik erhob, die Republikaner ihr aber Waffen und nicht Phrasen entgegenstellten? Aber das war doch nur ein blutiges Vorspiel zu dem schrecklichen Drama eines neuen Weltkriegs, der nun ganz Europa vor die Frage der Macht stellte, so wie einst Deutschland allein im Jahre der „Machtergreifung“.

Auch Frankreich erzitterte unter dem Donnerschlag von Prag und glaubte dennoch, daß es die Rechnung des Glücks und der Sicherheit gut gelöst hätte. Und noch ehe der erste Soldat den ersten Schuß in dem neuen Kriege abgefeuert hatte, da ergoß sich wie ein Vorbote des großen Sturms die zweite Woge der deutschen Emigration über den Kontinent, eine Springflut von Elend, Beleidigung, Furcht, Hunger und Tod. Ein erbarmungsloser Gegner, die „Internationale der Polizei“, verfolgte sie alle, die gegen die Stacheldrahtzäune der unbeteiligten Länder gejagt wurden und deren Grenzen sich nicht öffneten. Und wer schon da war, der mußte sich erneut das magere Recht auf Zuflucht erkämpfen. Die Züge der auf die Polizeiamter Geladenen waren ernst und bleich, „wie die der Knechte eines verlorenen Haufens, im Morgengrauen vor dem Sturm“.

Auch Glaser saß jetzt wieder in einem Zug, als ein französischer Soldat an die Front, die unter den Ansturm der deutschen Stahlwalze zusammenbrach, und dann,

nach Dünkirchen, als ein französischer Kriegsgefangener auf dem Wege nach Deutschland, aus dem er sieben Jahre zuvor geflohen war. Gleich nach dem Einmarsch in Paris hatten die Nazis begonnen, nach dem Manne zu fahnden, der einmal ein Deutscher war und ein Kommunist dazu. Der braune Gott führte gewissenhaft das Buch des Schicksals, aber der, den seine Schergen suchten, hatte einen anderen Namen angenommen und arbeitete nun als Kriegsgefangener in der gleichen deutschen Stadt, in der er damals den Weg zur „Partei“ und zur großen Sache der Freiheit gefunden hatte. In den Fabriken und Werkstätten, in denen er arbeitete, nahm er den Kontakt mit denen draußen auf, hinter denen nun keine Partei mehr stand und nichts als die unerschütterte Hoffnung auf die letzte Stunde, die doch endlich die Freiheit bringen sollte. Aber was konnte dieser Mann ihnen noch raten, er, der aufgehört hatte, gehorsamer Teil einer Partei, eines Heeres, eines Landes zu sein? Nun war er allein in der Mitte des Geheimnisses, das er in jeglichem Widerstand gegen die Gewalt gesucht hatte, auch jetzt wieder in der verödeten, geschundenen Heimat.

Denn auch hier fand er die verbotenen und verborgenen Wege zur Wahrheit, und eines Tages mußte er aus dem Munde eines alten Genossen, der ihn erkannt hatte, auch jene Wahrheit erfahren, die er selbst nicht finden konnte, weil sie nicht in ihm, sondern in den Verhältnissen lag: die Wahrheit über das alles, was in diesen neun Jahren in Deutschland allenthalben geschehen war. Wir wissen es alle, auch wenn uns das Schlimmste erspart geblieben ist als Täter oder Opfer. Aus dieser Gefangenschaft gab es keine Flucht wie für ihn, der sich bei den Genossen von einst unter Trümmern versteckt hielt ein Jahr und einen Monat lang. Die ihn aus Deutschland verjagt hatten, sie waren besiegt. Als Franzose kehrt er in ein Siegerland heim und als ein freier Mensch zu sich selbst.

Und jetzt schrieb er seinen Bericht. Das ist die Geschichte des verratenen Traumes von Millionen in vielen Ländern, aber in Deutschland zuerst. Denn nirgendwo ist soviel Vertrauen mißbraucht und nirgendwo soviel Unrecht getan worden wie in diesem Lande. Nur ein Deutscher konnte sich auf eine solche, nie endende Suche nach Deutschland aufmachen, nur ein Deutscher es als die schwerste Last empfinden, **die** er auf die Flucht mitnahm, daß er das Land nicht kannte, das er verließ. Das er durchstreift hatte auf seiner „roten Wallfahrt“ als Arbeiter, Landstreicher und Dichter, das er verließ, weil „die Partei“ ihn verlassen hatte, *und* das Vaterland. Der großen Verheißung, die einmal aus Rußland herüberscholl, waren andere erlegen, große europäische Geister, und es dauerte länger bei vielen von ihnen, bis sie die Täuschung und den Betrug erkannten. Namen tun nichts zur Sache, aber es ist ein Faktum, daß mancher leidenschaftlich dem Ideal der menschlichen Freiheit ergebene Geist in Europa und in der ganzen Welt die Botschaft glaubte und sich zu ihr bekannte. Aber Glaser hat in seinem Buch „Geheimnis und Gewalt“ etwas anderes geschrieben als nur die Odyssee eines Menschen dieser Zeit, der den Glauben an den Kommunismus verloren hat, weil er betrogen wurde. Er hat die große Legende von dem Menschen geschrieben, der das Geheimnis eines neuen Glaubens fand, in dem die Würde der Wahrheit dem Ungeist der Gewalt und der Entwürdigung der Freiheit eine beispielhafte Niederlage bereitet hat. Ich glaube nicht mehr, wie es der Franzose *Albert Beguin* noch 1947 tat, das Buch könnte der Vorläufer einer deutschen Bekehrung sein. Aber ich glaube wie er, daß es eines der bedeutenden Dokumente unserer Zeit sein wird.

## Einheitsgewerkschaft in evangelischer Sicht

### I.

Die evangelische Sicht, von der hier die Rede ist, ist formal nicht die Sicht der Evangelischen Kirche Deutschlands. Eine Stellungnahme etwa des Rates der Evangelischen Kirche zur Frage der Einheitsgewerkschaft liegt nicht vor, ebensowenig eine solche der Generalsynode. Wir finden aber eine große Anzahl von Äußerungen aus den Reihen repräsentativer kirchlicher Amtsträger, evangelischer Verbände, Arbeitskreise und Presseorgane. Es sind Stimmen von Gewicht, und sie dürften in ihrer Gesamtheit doch so etwas wie eine evangelische Sicht darbieten. Es sind nicht voneinander abweichende Einzelstimmen, sondern es ist in erstaunlicher Weise ein Gemeinschaftschor, bei dem selbst die auch vorhandenen Dissonanzen die Harmonie nicht stören.

Diese Tatsache hat ihre guten Gründe. An die Frage der Einheitsgewerkschaft wird nicht isoliert herangegangen. Sie wird in einem größeren Zusammenhang gesehen. Sie ist ein Teil des umfassenderen Fragenkomplexes Kirche und Arbeiterschaft. Diese Sicht bewahrt vor Kurzschlüssen, denn sie rollt die ganze Problematik dieses Verhältnisses neu auf. Sie zwingt zur Selbstbesinnung. Sie führt zur Erkenntnis, daß in diesem Verhältnis vieles falsch war, und zu dem Willen, dieses Verhältnis in die rechte Ordnung zu bringen.

Auch das hat seine guten Gründe. Die Evangelische Kirche ist durch Erschütterungen hindurch zu einer erneuten Erfassung dessen gekommen, was ihr Wesen ausmacht. Sie will Kirche, nichts als Kirche sein. Damit ist sie zu einer Souveränität durchgestoßen, die es ihr erlaubt und gebietet, zu den Dingen des sozialen Lebens nur als Kirche Stellung zu nehmen, einen Weg zu gehen, der sich von dem des 19. Jahrhunderts tief unterscheidet.<sup>1)</sup> Damit ist zugleich gesagt, daß die evangelische Sicht der Einheitsgewerkschaft nicht aus dem 19. Jahrhundert stammt. Es kann ganz allgemein behauptet werden, daß die Evangelische Kirche vor allen anderen sozialen Gruppierungen dieses 19. Jahrhundert am meisten überwunden hat, daß sie in dieser Hinsicht wohl das Fortschrittlichste darstellt, das es augenblicklich gibt. Denn das muß mit aller Deutlichkeit von vornherein gesagt werden: Nur wenn es gelingt, die zeitbedingten Anschauungen des 19. Jahrhunderts abzubauen, werden wir zu einer Sicht der sozialen Dinge, und damit auch der Einheitsgewerkschaft, gelangen, die konstruktive Lösungen im sozialen Raum ermöglicht. Nur dann werden wir den Begriffswandel erkennen, dem alle Begriffe des vorigen Jahrhunderts unterworfen sind. Nur dann werden wir sie nicht mehr als Schlagworte gebrauchen, sondern sie in ihrem heutigen Wirklichkeitsgehalt erkennen und ihre falsche Anwendung — bewußt oder unbewußt falsch — entlarven. Dieses Streben nach dem Wirklichkeitsgehalt überkommener Begriffe ist typisch für die evangelische Sicht der Einheitsgewerkschaft und ein beglückendes Zeichen für die künftige Entwicklung des Verhältnisses zwischen Evangelischer Kirche und Arbeiterschaft.

### II.

Bevor darauf näher eingegangen wird, soll aus der evangelischen Sicht der Einheitsgewerkschaft jener Realismus hervorgehoben werden, der die parteipolitische Lage der evangelischen Kirche rein äußerlich nüchtern analysiert. *Klaus von Bismarck*, der Leiter des Sozialamtes der Evangelischen Kirche Westfalens, spricht davon, daß die Evangelische Kirche da, wo sie als Ganzes auftritt, den Spannungsbogen von der SPD bis zu den Rechtsparteien umgreift.<sup>2)</sup> Diese simple Tatsache kann nicht

1) Zum Verständnis dieses und auch des Folgenden siehe Lutz „Evangelische Soziallehre“ in Gewerkschaftl. Monatshefte 1952, Heft 5 2) „Kirche und Mann“ November 1953

nachdrücklich und oft genug festgestellt werden. Sie verwehrt von vornherein die üble Trennung der Schafe von den Böcken, indem man die einer christlichen oder auch nur bürgerlichen Partei angehörenden Arbeiter als Christen ansieht, die zu den Sozialisten sich haltenden aber offenbar in Bausch und Bogen als Nichtchristen abstempelt. Daß es so nicht geht, darauf wird in der evangelischen Sicht der Einheitsgewerkschaft hingewiesen. Wenn diese Dinge allgemein so gesehen würden, wie sie sind, würde nicht nur das Problem der Einheitsgewerkschaft wahrhaftiger gesehen, es würde auch eine Entgiftung des politischen Bereiches überhaupt eintreten. Es ist unverantwortlich, wenn, so drückt sich *Johannes Doehring* aus, „einmal vor der Geschichte die Entscheidungen, die uns in der Mitte des 20. Jahrhunderts aufgetragen sind, als ein blasser und müder Nachhall aus längst überholten Reminiszenzen des 19. Jahrhunderts erkannt werden müßten“.<sup>3)</sup> Die falsche Gleichung bürgerlich = christlich und ihre Entgegensetzung zu der ebenso falschen sozialistisch = unchristlich ist einfach ein Anachronismus. Wenn diese Formel trotzdem heute noch gebraucht wird, so geht es nicht mit rechten Dingen zu. Daß sie auf evangelischer Seite kaum mehr angewandt wird, ist erfreulich und eine Hauptvoraussetzung für ein echtes Gespräch über die Einheitsgewerkschaft.

Aus der nüchternen Erkenntnis dieser Sachlage heraus ist man sich auf evangelischer Seite klar darüber, daß bei Gründung christlicher Gewerkschaften die weitaus überwiegende Mehrzahl der evangelischen Arbeiter beim Deutschen Gewerkschaftsbund verbleiben würde. Das Zahlenverhältnis zwischen evangelischen und katholischen Arbeitern innerhalb einer etwaigen christlichen Gewerkschaft wird gelegentlich mit 1:6 angegeben<sup>4)</sup>. Das dürfte stimmen. Von einer christlichen Gewerkschaft im Vollsinn des Wortes kann aber dann nicht die Rede sein, wenn Millionen von christlichen Arbeitnehmern ihr nicht zugehören, sondern in einer anderen, sogenannten nichtchristlichen Gewerkschaft organisiert sind. Wenn dem entgegengehalten wird, daß es zur Kennzeichnung einer Gewerkschaft auf deren Geist ankommt, dann muß erwähnt werden, daß hier die Dinge sich vermischen und daß in bezug auf die Gestaltung der sozialen Ordnung der Unterschied zwischen christlich und nichtchristlich ebensowenig gemacht werden kann wie bei den Mitgliedern und Wählern christlich-bürgerlicher und sozialistischer Parteien.

### III.

Wie von evangelischer Seite die Gleichung sozialistisch = nichtchristlich nicht vollzogen wird, so wird auch die Gleichung sozialistisch = marxistisch nicht aufgestellt. *Lord Pakenham*, der frühere englische Deutschlandminister, hat in seinen Erinnerungen „Mein Abschied von den Deutschen“ als die Tragödie des europäischen Sozialismus seinen marxistischen Ursprung bezeichnet. Man muß wohl zugestehen, daß die Auseinandersetzungen zwischen christlich und sozialistisch nicht die Schärfe angenommen hätten oder gar ganz unterblieben wären, wenn es anders gewesen wäre. England ist Beispiel dafür. Auf die Frage, wessen Konto mit dieser Auseinandersetzung zu belasten ist, soll und kann hier nicht eingegangen werden. Jedenfalls würde uns dann die Auseinandersetzung um die Einheitsgewerkschaft ebenfalls erspart geblieben sein. Da nun aber einmal die Dinge in Deutschland anders gelaufen sind, muß wohl die Frage erörtert werden, wie es denn mit diesem Marxismus in der Einheitsgewerkschaft steht. Auch das wird in der evangelischen Stellungnahme zur Einheitsgewerkschaft getan.<sup>6)</sup>

Diese Frage wird als das eigentliche Problem der Einheitsgewerkschaft gesehen, da sie viel weiter und tiefer greift als das Acht-Punkte-Programm. Dieses muß versagen,

3) „Die Gewerkschaftsfrage“ in „Sonntagsblatt“ 1953 Nr. 43

4) „Sonntagsblatt“ 1953 Nr. 43

5) Eberhard Müller in „Christ und V/elf 12. 8. 53; Johannes Doehring in „Sonntagsblatt“ 25. 10. 53

weil es rein äußerlich und mechanisch auf eine Machtverschiebung im Funktionärkorps gerichtet ist. Durch Mitbestimmung einiger christlicher Funktionäre im DGB wird das Gewerkschaftsproblem nicht gelöst, weil so die notwendige geistige Wandlung nicht herbeigeführt wird.<sup>6)</sup> Diese geistige Wandlung geht über das hinaus, was *Karl Arnold* als das einzige Ziel der christlichen Arbeitnehmer im DGB bezeichnet, nämlich „endgültig eine Geisteshaltung herbeizuführen und für die Zukunft zu sichern, die die religiöse Toleranz, die parteipolitische Neutralität und den gebührenden Respekt gegenüber der Auffassung der Mehrheit wie auch der Minderheit in sachlicher wie in personeller Hinsicht gewährleistet“. Die aus evangelischer Sicht geforderte geistige Wandlung soll die Abkehr von der marxistischen Ideologie bezwecken. Das hängt nun freilich mit dem von Arnold aufgezeigten Ziel aufs engste zusammen. Denn jene religiöse Toleranz, jene parteipolitische Neutralität und der gebührende Respekt sind bei einem Festhalten der marxistischen Ideologie kaum möglich. Aber halten denn die „marxistischen“ Gewerkschaftsführer diese Ideologie noch fest? Muß nicht überhaupt gesagt werden, daß auch die sogenannte marxistische Gewerkschaftsrichtung von vornherein gerade auf das wenig Gewicht legte, was den Motor der politischen Arbeiterbewegung ausmachte? War denn nicht von vornherein die soziale Reform, in der sie sich mit der christlichen Soziallehre trafen, wichtiger als die soziale Revolution? Waren denn nicht diese Gewerkschafter die typischen Vertreter eines Revisionismus, der doch eine Abkehr von der marxistischen Ideologie bedeutete? Es wird von evangelischer Seite anerkannt, daß „auch die alten marxistischen Gewerkschaftsführer, die heute im Amt sind, inzwischen ihrer marxistischen Ideologie weithin entsagt haben“.<sup>7)</sup> Diese Tatsache braucht aber nicht zu bedeuten, daß *Karl Marx* nun ganz über Bord geworfen werden muß. Mit diesem Problem befaßt sich *Johannes Doehring* in seiner Stellungnahme zur Einheitsgewerkschaft.<sup>8)</sup> Er erwähnt die Studienkommission für Fragen des Marxismus, die die Evangelischen Akademien gebildet haben, und bespricht das Ergebnis ihrer Arbeit. Wir möchten es unter Benutzung und Ergänzung dieses Ergebnisses so formulieren, daß in der marxistischen Ideologie Realismus und Utopismus zu unterscheiden sind. Der Realismus ist nach einem Wort *Masaryks* die Verwerfung des Idealismus, der es versäumt hat, für Hungernde Brot zu schaffen, ist das Ernstnehmen der Leiblichkeit des Menschen. Dieser Realismus ist zugleich Humanismus, denn es geht ihm um die menschliche Existenz des Menschen, der in der Selbstentfremdung nicht mehr Mensch ist. Dieser Realismus umgreift aber auch die sogenannte materialistische Geschichtsauffassung, sofern sie nichts weiter ist als die Anerkennung der leiblichen Grundlage aller menschlichen Existenz und eine Methode zur Erkenntnis geschichtlicher Entwicklungen und Epochen. Bis dahin und so verstanden, kann eine solche Ideologie allgemein anerkannt werden. Sie entspricht der urchristlichen, reformatorischen und gegenwärtig wiedererkannten und mit Nachdruck bekannten These: „Das Ende der Wege Gottes ist die Leiblichkeit.“

Diesem Realismus steht als Utopismus gegenüber die Vision des Paradieses auf Erden in einer klassenlosen Gesellschaft, aufgebaut auf der Überzeugung von der Vollkommenheit des Proletariats, also auf einer Verkennung der unverrückbar gegebenen Struktur des Menschen, aus der er nicht ausbrechen kann; aufgebaut auf der Überzeugung, daß ein institutioneller Vorgang, wie Abschaffung des Privateigentums an Produktionsmitteln, die vollkommene Ordnung schaffen, die schlagartige Lösung der sozialen Probleme bewirken könne.

Es ist dieser marxistische Utopismus, der in den evangelischen Äußerungen zur Einheitsgewerkschaft abgelehnt wird und vom Evangelium her abgelehnt werden muß.

6) „Christ und Welt“ 8. 10. 53

7) Eberhard Müller in „Christ und Welt“ 12. 8. 53

8) „Sonntagsblatt“ 25. 10. 53

Das heißt aber nicht, daß ein Zusammenarbeiten auch mit solchen „radikalen“ Sozialisten innerhalb einer Einheitsgewerkschaft unmöglich ist. *Eberhard Müller*, Leiter der Evangelischen Aktionsgemeinschaft für Arbeiterfragen, betont, daß die Christen keinen Totalitätsanspruch innerhalb der Gewerkschaft erheben, sondern eine ehrliche Zusammenarbeit mit allen Gruppen bis hin zu den radikalen Gruppen unter den Sozialisten erstreben. Er sagt dies ganz bewußt mit besonderem Nachdruck. Die Radikalen dürfen nur nicht die Absicht verraten, die Christen in den Gewerkschaften mundtot zu machen. Es geht ihm um die innere Lebendigkeit der Gewerkschaftsbewegung, die darin begründet ist, daß die verschiedenen Meinungen in ehrlichen Kämpfen zum Austrag kommen. Sie können sich durchaus ergänzen, sofern beide Seiten die Gelegenheit haben, ihren Standpunkt in allen Versammlungen und Presseveröffentlichungen der Gewerkschaftsbewegung offen zur Diskussion zu stellen<sup>9)</sup>.

Aber es muß nun doch gefragt werden: Sind solche radikalen Sozialisten, solche utopischen Marxisten in der Einheitsgewerkschaft noch typisch für den sogenannten nichtchristlichen Teil der Arbeitnehmerschaft, also des Teils, der von den früheren Gewerkschaften herkommt oder zu ihnen stoßen würde, falls sie bestünden? Ist es richtig, wenn behauptet wird, daß die Masse der Funktionäre des DGB sich genau in der gleichen Lage befindet wie das mittlere Funktionärstum der SPD, daß also die alten marxistischen Überzeugungen (der utopische Marxismus!) nicht über Bord geworfen worden sind?<sup>10)</sup> Kann man das in solcher eindeutigen Gewißheit sagen? Muß man nicht anerkennen, daß hier ein Lösungsprozeß im Gange ist, der Verheißung hat?

Zu allem ein Vorschlag: Wäre es nicht sachlicher, wenn die Gruppen innerhalb der Einheitsgewerkschaft nicht als Christen und Nichtchristen abgestempelt würden, was nicht stimmt, sondern als Realisten und Utopisten bezeichnet würden? Dann würde sich bald zeigen, daß der Sog des Realismus auch die Utopisten erfaßte und die Kritik an der Einheitsgewerkschaft aus dem Kreuzfeuer falscher Fronten befreit würde. Nichts ist heute verheerender im sozialen Leben als das Bestehen und Verhärten falscher Fronten. Wir schließen uns voll und ganz dem Worte *Doehring's* an: „Es kommt darauf an, daß alle, die guten Willens sind und die Kraft des Geistes und Charakters besitzen, wo immer sie stehen, gemeinsam die echte Front suchen, in der geschichtliche Entscheidungen gefällt werden können<sup>11)</sup>.“ Warum ist es so schwer, daß echte Bundesgenossen sich finden, und warum stürzen wir immer wieder so leicht in falsche Koalitionen?

#### IV.

Solche grundsätzlichen Erwägungen nehmen in den Erörterungen der evangelischen Publizistik zur Frage der Einheitsgewerkschaft einen großen Raum ein. Ihnen gegenüber tritt das Acht-Punkte-Programm in seinen Einzelheiten zurück. Gerade weil in evangelischer Sicht die Frage der inneren Wandlung des Gewerkschaftsbundes ein ernstes Anliegen ist, muß das rein äußerlich und mechanisch auf eine Machtverschiebung im Funktionärkorps gerichtete Acht-Punkte-Programm der CDU versagen<sup>12)</sup>. Zudem besteht in evangelischen Kreisen eine Scheu vor der verlangten Fraktionsbildung innerhalb des DGB. *Klaus v. Bismarck* hat eine Betrachtung angestellt, in der er betont, daß der Bewegungsraum der Christen innerhalb der Einheitsgewerkschaft institutionell nicht abzusichern ist. Wenn auch die Frage, wie der Erkenntnis Rechnung getragen werden kann, daß in der heutigen Gesellschaft Zusammenschlüsse notwendig sind, um auch die Christen innerhalb des DGB zu Gehör zu bringen, ohne daß eine syndikalistische Lahmlegung von Gesamtentscheidungen befürchtet werden muß, noch der Erörterung bedarf, so mahnt er doch vor der falschen Hoffnung, die Probleme

9) „Kirche und Mann“ Oktober 1953

10) „Christ und Welt“ 8. 10. 53

11) „Sonntagsblatt“ 25. 10. 53

12) „Christ und Welt“ 8. 10. 53

der Zusammenarbeit durch institutionelle Sicherungen zu lösen<sup>13</sup>). Die entscheidende Frage, zu der diese Betrachtung führt, ist die, ob für die Christen innerhalb der Einheitsgewerkschaft heute tatsächlich so *viel* Bewegungsfreiheit gegeben ist, daß sie in rechter Weise mitarbeiten können. Die Spielregeln der Arbeit innerhalb moderner Großorganisationen können auch bei formaler Respektierung demokratischer Satzungen der Minderheit eine tatkräftige Mitarbeit unmöglich machen. Und hier ist nun in der Tat die Frage der institutionellen Sicherung offen. Wenn auch eine Fraktionsbildung innerhalb der Gewerkschaft abgelehnt wird, so glaubt man doch nicht, auf Gruppenbildung verzichten zu können, weil in der Massengesellschaft der einzelne erfahrungsgemäß ein reines Objekt des Willens jener ist, die die Verbände führen, wenn er nicht das Recht hat, mit Gesinnungsgenossen zu kooperieren und gemeinsam seine Anliegen zur Geltung zu bringen<sup>14</sup>). So sind evangelische Betriebsgruppen entstanden, die zum Beispiel in Württemberg durch gütliche Vereinbarung mit den Betriebsräten ihre Angehörigen in den Betriebsrat haben wählen lassen können<sup>15</sup>). Auf diese Weise wird die Möglichkeit geschaffen, daß solche Arbeitnehmer auch in die höheren Gremien gewählt werden. Es findet sich auch der Hinweis, daß die Mehrheit die Minderheit ermutigen müßte, mitzuarbeiten. Wenn das geschähe, dann bedürfte es freilich nicht irgendeiner besonderen institutionellen Sicherung.

#### V.

Die Einheitsgewerkschaft ist in evangelischer Sicht nicht nur von christlicher Seite bedroht, sondern auch von der SPD nahestehenden Kreisen des DGB. Die Satzungsvorschrift der parteipolitischen Neutralität sei ihnen ein Hindernis, wenn es gälte, die stärkste Kampftruppe des Sozialismus aufs politische Kampffeld zu führen<sup>16</sup>). Das Risiko des Ausscheidens einiger hunderttausend Mitglieder sei besser als die dauernde Rücksichtnahme auf die politische Einstellung der ehemaligen christlichen Gewerkschafter. Man glaubt vor einer solchen Haltung warnen zu müssen. Es sind taktische Erwägungen, die hier angestellt werden. Nicht eigentlich Erwägungen aus evangelischer Sicht, aber von evangelischer Seite, die dem DGB Sympathien entgegenbringt. Und deshalb seien sie kurz erwähnt: Ein Alles-oder-Nichts-Standpunkt kann unter den gegebenen Kräfteverhältnissen nur beim Nichts enden. Ein gewerkschaftlicher Kurs, der sich die Freundschaft derer verscherzt, die aus christlichem Verantwortungsbewußtsein auch in nichtsozialistischen Parteien für die Interessen der Arbeiterschaft eintreten, ist bei den gegebenen Kräfteverhältnissen mit mathematischer Sicherheit zum Scheitern verurteilt.

#### VI.

Die mitgeteilten Stimmen sind solche von evangelischen Persönlichkeiten, die im kirchlichen Raum, gerade auch was die Dinge des sozialen Lebens anbelangt, maßgebende Rollen spielen. Nun muß aber auf eines verwiesen werden. Das erwähnte Acht-Punkte-Programm ist auch von den Evangelischen Arbeitervereinen unterschrieben worden. Sie haben sich der scharfen Kritik der KAB am DGB angeschlossen. Diese Evangelischen Arbeitervereine stellen nichts Neues dar, sondern haben eine

13) »Kirche und Mann« November 1953

14) Eberhard Müller: „Freiheit in der Gewerkschaft“ Zeitwende 1953, Heft 7

15) Hinter dieser Arbeit steht die Evangelische Aktionsgemeinschaft für Arbeiterfragen, die sich zusammensetzt aus dem Evangelischen Arbeiterwerk des Männerdienstes, der Evangelischen Arbeiterbewegung, der Evangelischen Akademien und des Jugendwerkes. Ziel der Arbeit ist, die evangelischen Arbeiter aus ihrer Vereinsamung im Betrieb zu befreien, ihnen ihre Verantwortung für den Betrieb deutlich zu machen und sie instand zu setzen, innerhalb ihres Werkes und innerhalb ihrer Berufsorganisation eine positive Wirkung auszuüben.

16) „Kirche und Mann“ Oktober 1953

bewegte Geschichte hinter sich. Das Verhältnis der Kirche zu ihnen ist nicht immer ganz ohne Reibungen, was z. B. deutlich wird an den Beziehungen zum Evangelischen Männerdienst. Es spielen hier zum Teil Reminiszenzen an Thron und Altar und der damit verbundene Gegensatz zur Sozialdemokratie eine Rolle, zu der die Evangelische Kirche nach 1945 ein neues Verhältnis zu schaffen gewillt ist. Die Evangelischen Arbeitervereine sprechen nicht im Namen der evangelischen Arbeiterschaft schlechthin; sie repräsentieren nur einen verhältnismäßig kleinen Teil derselben. Ihre scharfe Kritik an der Einheitsgewerkschaft ist besonders deutlich geworden nach dem Wahlauftritt des DGB. Bis dahin war die positive Stellung zur Einheitsgewerkschaft kaum zu bezweifeln. Am 8. 6. 1952 wurden bei der Wiedergründung des Gesamtverbandes Evangelischer Arbeitervereine als Evangelische Arbeiterbewegung offiziell die Notwendigkeit und die Verdienste der großen Einheitsgewerkschaft gewürdigt. Selbst im Wahlauftritt blüht der Gedanke der Spaltung wohl auf, aber der Wunsch nach Erhaltung der Einheitsgewerkschaft scheint zu dominieren. Jedenfalls deutet in der Entschließung des Gesamtverbandes zum Wahlauftritt des DGB nichts darauf hin, daß das nicht der Fall ist<sup>17)</sup>.

## VII.

Das Ja sagen zur Einheitsgewerkschaft kann echt und kann unecht sein. Unecht ist es z. B., wenn sie nicht abgelehnt wird und zugleich erklärt wird, man glaube nicht an das Dogma, daß nur eine Einheitsgewerkschaft die Arbeiter vertreten könne. Unecht ist es ebenso, wenn die Einheitsgewerkschaft bejaht wird, weil es etwa bei der augenblicklichen Einstellung der Arbeiter nicht möglich sei, eine Sondergewerkschaft zu gründen. So könnte hier noch eine ganze Liste von Möglichkeiten unechter Bejahungen aufgestellt werden.

Demgegenüber muß klar herausgestellt werden, daß die evangelische Sicht der Einheitsgewerkschaft ganz eindeutig positiv ist. Sie ist ein echtes Ja. Die Stimmen der erwähnten Publizisten, der Essener Kirchentag von 1950, die Erklärung der Evangelischen Kirche Westfalens aus demselben Jahr, die der Evangelischen Aktionsgemeinschaft für Arbeiterfragen in diesem Jahr — um nur diese zu nennen —, sie sind sich darin einig, alles zu fördern, was der Einheit der Gewerkschaft dient. Die eindrucksvollste Kundgebung ist die des von Bischof *Lilje* herausgegebenen Sonntagsblattes vom 27. 9. 1953. Auf der Titelseite, neben einem Bild, das einen aufgerollten Drahtzaun zwischen zwei Arbeitnehmergruppen zeigt, steht in Fettschrift die Parole: *Einheit der Gewerkschaften muß bleiben!*

Das ist die Grundhaltung. Und wenn bei solcher Grundhaltung gewisse Wünsche geäußert oder auch Maßnahmen getroffen werden, so sollte man dem nicht mit Mißtrauen begegnen. Es gibt keine geistigen Vorbehalte. Es gibt im Raum der Evangelischen Kirche auch keine Herrschaftsansprüche. Wenn auch vielleicht beide Seiten noch zu wenig das eigentliche Wesen des anderen kennen, die Evangelische Kirche jedenfalls bemüht sich ernstlich um solche Erkenntnis, und das sollte erwidert werden.

Zur Beantwortung der Schlußfrage, wie denn die Bejahung der Einheitsgewerkschaft aus evangelischer Sicht begründet wird, können wir auf das hinweisen, was grundsätzlich bereits gesagt ist. Wir können es uns ersparen, auf alle Einzelheiten solcher Begründung einzugehen, weil wir alles in einem einzigen Satz zusammenfassen können: *Das evangelische Ja zur Einheitsgewerkschaft wird gegeben, damit nicht das 19. Jahrhundert über das 20. Jahrhundert und die Zukunft triumphiere!*

17) Veröffentlicht im „Evangelischen Arbeiterboten“, September 1953

## Gewerkschaften und Sozialdemokratie vor 1933

### *Zur Geschichte der Einheitsgewerkschaft*

In den Auseinandersetzungen um die Einheitsgewerkschaft spielt heute die Frage der früheren Beziehungen zwischen den freien Gewerkschaften (Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund) und der Sozialdemokratie eine wichtige Rolle. Franz *Spliedt* hat hier jüngst „die Legende von der diktierten Einheitsgewerkschaft“ („Gewerkschaftliche Monatshefte“, September 1953) widerlegt und darauf hingewiesen, daß der Wille zur Einheitsgewerkschaft nicht erst im Jahre 1945 entstanden ist. Mit der Bildung der Einheitsgewerkschaft wurden lediglich die Konsequenzen aus den Erfahrungen gezogen, die die Gewerkschaften der verschiedenen Richtungen vor 1933 gesammelt hatten. Die unterschiedlichen weltanschaulichen Bekenntnisse haben die Vertreter aller Gewerkschaftsrichtungen nicht gehindert, die Interessen ihrer Mitglieder gegenüber den Wirtschaftsmächten und dem Staat gemeinsam zu vertreten. In der drängenden Not des Tages mußten konkrete Lösungen für die konkreten Fragen gefunden werden. Arbeitslosigkeit, Lohn, Arbeitszeit, soziale Gesetzgebung — diese Probleme mußten gemeistert werden, mit Sachkenntnis, Verantwortung und Energie. Die Waffen für den Kampf um die Verbesserung der Arbeitsbedingungen, um die Überwindung der wirtschaftlichen Unfreiheit aller derjenigen, deren einziger Besitz ihre Arbeitskraft ist, waren überall dieselben — für die „Christen“ wie für die „Marxisten“. Mit Weltanschauungen und Ideologien lassen sich Arbeitskämpfe weder führen noch gewinnen.

Die Erkenntnis, daß gemeinsame Not gemeinsames Handeln erfordert, wurde schon während des ersten Weltkrieges für die Gewerkschaften aller Richtungen eine lebendige Kraft. Das gemeinsame Bekenntnis zur Nation schlug ein Thema an, das nie wieder verklingen sollte: Einheit des Willens und Einheit der Organisation. Leider gelang es vor 1933 nicht, die einheitliche Gewerkschaftsbewegung zu verwirklichen. Aber in den Konzentrationslagern des „Dritten Reiches“ wurde der Bund besiegelt. Als die übriggebliebenen unter der Führung Hans *Böcklers* nach 1945 die Einheitsgewerkschaft endlich verwirklichten, vollstreckten sie den Willen von Millionen: jenseits der Weltanschauungen alle Arbeiter in einer freiwilligen Gewerkschaft verbundenen Willens zusammenzufassen.

Die Einheitsgewerkschaft ist weder von den Alliierten diktiert noch am Schreibtisch Hans *Böcklers* entworfen worden. Sie ist das Ergebnis einer jahrzehntelangen Entwicklung, eines Prozesses der Erkenntnis innerhalb der Gesamtarbeiterschaft, daß man ohne Rücksicht auf politische und religiöse Anschauungen zusammenarbeiten muß, wenn man sich behaupten will.

Es entspricht nicht den Tatsachen, daß die *freien* Gewerkschaften vor 1933 parteipolitisch an die Sozialdemokratie gebunden waren, wie man heute vielfach hört. Die parteipolitische Unabhängigkeit der Gewerkschaften in der Führung ihres Kampfes wie die parteipolitische und religiöse Neutralität ihren Mitgliedern gegenüber ist keine Nachkriegserrungschaft. Die Geschichte des Verhältnisses zwischen den freien Gewerkschaften (Generalkommission, später Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund [ADGB]) und der SPD lehrt vielmehr eindeutig, daß die aktive Mitgliedschaft in der SPD die Führer der freien Gewerkschaften niemals gehindert hat, eifersüchtig darüber zu wachen, daß die *Eigenständigkeit* der Gewerkschaften gegenüber der Partei gewahrt wurde. Auch die freien Gewerkschaften waren niemals „marxistisch“. Sie vereinten mehr christliche Arbeiter in ihren Reihen, als die christlichen Gewerkschaften Mitglieder zählten. Es erscheint wichtig, gerade heute daran zu erinnern. Niemals sind die Arbeiter christlicher Konfession durch die freien Gewerkschaften vor 1933 daran gehindert

worden, als Christen zu leben. Und die Tatsache, daß zahlreiche Führer der freien Gewerkschaften vor 1933 aus der Kirche ausgetreten waren, bedeutete doch nicht, daß sie vom Christentum nichts mehr wissen wollten. Im Gegenteil: Sie wollten mit ihrem Austritt die Kirche oft lediglich an ihre soziale Verantwortung erinnern. „Freidenker“ („Frei vom Denken“ — sagte der Sozialist *Hermann Heller*) waren die wenigsten.

Carl *Legien*, der geniale Organisator der freien Gewerkschaften, hat seine sozialdemokratischen Parteigenossen häufig genug daran erinnern müssen, daß die Gewerkschaften nicht daran denken, ihre Eigenständigkeit aufzugeben. Gewiß: Legien war Sozialist, aber sein Sozialismus war praktischer Sozialismus, „unmittelbar nicht abzielend auf einen Zukunftsstaat, sondern auf den allmählichen Aufbau einer neuen sozialen Lebensordnung des deutschen Volkes, auf eine gerechte Verteilung des gemeinsam erarbeiteten Ertrages der deutschen Wirtschaft. Dieser Sozialismus war nie ‚Marxismus‘ im Sinne des Glaubens an eine alleinseligmachende Theorie — ein Glaube, der im übrigen im schroffen Gegensatz zu dem Wesen des Mannes stand, auf den er sich berief.“ (Lothar *Erdmann*<sup>1</sup>). Schon die Gründung der „Generalkommission“, der ersten Spitzenorganisation der freien Gewerkschaften, im Jahre 1890, die im Jahre 1919 vom ADGB abgelöst wurde, „wurde aus keinem anderen Grunde in den Kreisen der SPD als ein Bruch ungeschriebener Gesetze, als ein Löcken wider den Stachel parteipolitischer Vormundschaft empfunden, weil damit die Gewerkschaftsbewegung sich als selbständige Macht konstituierte und sich aus eigenem Recht und für ihren Kampfbereich ein Organ politischer Willensbildung schuf“. (Lothar *Erdmann*<sup>2</sup>). Immer wieder haben sich die freien Gewerkschaften gegen Versuche der SPD wehren müssen, sie „auf Vordermann“ zu bringen. Der gewerkschaftliche Widerstand gegen eine „Gleichschaltung“ ist also nicht erst im Jahre 1933 erwacht.

Gewiß waren freie Gewerkschaften und SPD vor 1933 *Bundesgenossen* im Kampf um die Verbesserung der Lebensbedingungen der Arbeiterschaft. Aber die Gewerkschaften führten diesen Kampf *auf einem anderen Felde* als die SPD. Die Verwirklichung des Sozialismus war den freien Gewerkschaften nicht eine Frage des „Tages nach der Revolution“, sondern eine Frage des akuten Kampfes und des täglichen Einsatzes. Die freien Gewerkschaften stellten den Sozialismus in das Heute und Hier der konkreten Aufgaben und befreiten ihn aus der Sackgasse des „Endziels“, aus den Fesseln der vulgärmarxistischen Mißverständnisse.

Schon 1891 sah sich Legien veranlaßt, den in der Sozialdemokratie herrschenden Vorurteilen gegenüber den Gewerkschaften mit der gelassenen Bemerkung entgegenzutreten, „daß die Gewerkschaftsorganisationen gegenwärtig noch eine überaus nützliche Arbeit zu entwickeln haben“. Manche Sozialdemokraten hielten die Gewerkschaften sogar für überflüssig. Auf dem Parteitag in Köln 1893 und in Frankfurt 1894 kam es zu heftigen Auseinandersetzungen um die Gewerkschaftsfrage zwischen Carl *Legien* auf der einen und Ignatz *Auer* bzw. August *Bebel* auf der anderen Seite. Als die Gewerkschaften sich entgegen der Erwartung vieler Sozialdemokraten kräftig entwickelten, versuchte man immer wieder, ihre Organisationen parteipolitischer Kommandogewalt zu unterstellen. Die freien Gewerkschaften wehrten sich entschieden. Die Auseinandersetzungen über die Frage des politischen Massenstreiks führten im Jahre 1906 zu dem sogenannten „*Mannheimer Abkommen*“ zwischen SPD und Gewerkschaften, in dem die Gleichberechtigung der Generalkommission in allen für das Schicksal der gesamten Arbeiterbewegung entscheidenden Fragen anerkannt wurde. Auf An-

1) Lothar *Erdmann* „Nation, Gewerkschaften und Sozialismus“, „Die Arbeit“, März—April 1933, Seite 136.

2) Lothar *Erdmann*, ebenda, Seite 138. Ich folge hier im wesentlichen den Ausführungen meines verehrten Kollegen Lothar *Erdmann*, des Schriftleiters der Zeitschrift „Die Arbeit“ (1924—1933), in seinem letzten großen Aufsatz „Nation, Gewerkschaften und Sozialismus“. Lothar *Erdmann* wurde am 18. September 1939 in Sachsenhausen ermordet.

trag Legiens wurde in das Abkommen der folgende Satz eingefügt: „Um bei Aktionen, die die Interessen der Partei und der Gewerkschaften gleichmäßig berühren, ein einheitliches Vorgehen herbeizuführen, sollen die Zentralleitungen der beiden Organisationen sich zu verständigen suchen.“ Damit hatte die freie Gewerkschaftsbewegung ihren Anspruch durchgesetzt, als gleichberechtigter Träger der sozialistischen Idee zu gelten. Die Gewerkschaften dachten nicht daran, ihre in der mühevollen Arbeit von Jahrzehnten aufgebauten Organisationen für die SPD aufs Spiel zu setzen, wenn der Einsatz nicht in einem klaren Verhältnis zu den Erfolgsmöglichkeiten stand.

Das Wort Theodor *Bömelburgs*, des Organistors der Maurer, auf dem Stuttgarter Gewerkschaftskongreß im Jahre 1902: „Sozialdemokratie und Gewerkschaften sind eins“ wird zwar immer zitiert — es hat aber niemals der Wirklichkeit entsprochen und niemals allgemeine Anerkennung gefunden. Die geschichtliche Entwicklung bekräftigt vielmehr die These *Wickels*<sup>3)</sup>, daß die sozialdemokratische Ideologie schon immer mit der gewerkschaftlichen Praxis im Widerspruch gestanden hat.

Die Wesensverschiedenheit von Sozialdemokratie und freien Gewerkschaften ist auch schon vor dem ersten Weltkrieg immer wieder sichtbar geworden. Die Spaltung der Sozialdemokratie während des Krieges zwang die Gewerkschaften zur Kündigung: des Mannheimer Abkommens (1919, Nürnberger Kongreß). Sie war notwendig geworden, um die Einheit der freien Gewerkschaftsbewegung zu erhalten. Die Zerstörung der geistigen und organisatorischen Einheit des politischen Sozialismus hätte auch die freien Gewerkschaften gespalten, wenn das Vertragsverhältnis aufrechterhalten worden wäre.

Die freien Gewerkschaften waren damit auf sich selbst gestellt. Theodor *Leipart* war ebenso wie Carl *Legien*, dessen Nachfolge er als Vorsitzender des ADGB Anfang 1921 antrat, bestrebt, die Eigenständigkeit der freien Gewerkschaften gegenüber der SPD unter allen Umständen zu sichern.

Nach der Darstellung Lothar *Erdmanns* zitiere ich einige Stellen aus einem wichtigen Brief Theodor *Leiparts* vom 12. September 1925 an den damaligen Vorsitzenden der SPD, Hermann *Müller*, der gegen einzelne Punkte des Heidelberger Programms unterschiedenen Einspruch einlegte, weil in ihm der alte Anspruch der SPD auf die „geistige Führung“ der freien Gewerkschaften wiederaufzuleben schien:

„Der neunte Absatz der Einleitung beginnt mit dem Satz: ‚Der Kampf der Arbeiterklasse gegen die kapitalistische Ausbeutung ist *notwendigerweise ein politischer Kampf*‘

In dieser Formulierung entspricht der Gedanke nicht den Tatsachen. Der Kampf gegen die kapitalistische Ausbeutung der Arbeiterklasse ist in erster Linie ein wirtschaftlicher Kampf, der von den Gewerkschaften ausgefochten wird und auch in Zukunft ausgefochten werden muß.

Noch bedenklicher und für die Gewerkschaften untragbar ist der elfte Absatz der Einleitung: ‚Den Befreiungskampf der Arbeiterklasse, den politischen, *den gewerkschaftlichen*, den genossenschaftlichen *Kampf zu einem bewußten und einheitlichen zu gestalten und ihm sein notwendiges Ziel zu weisen, ist die Aufgabe der Sozialdemokratischen Partei.*‘ Die Partei ist gar nicht in der Lage, den gewerkschaftlichen Kampf bewußter und einheitlicher zu gestalten, ganz abgesehen davon, daß dieser Satz zu unterstellen scheint, daß die Gewerkschaften ihren Kampf bisher weder bewußt noch einheitlich geführt hätten und erst unter Leitung der Partei dazu in den Stand gesetzt werden müßten. Wenn schon dieser Gedanke gleichfalls an vergangene Zeiten gemahnt, in denen sich die Partei als Vormund der Gewerkschaften fühlte, so gilt das noch viel mehr von der Schlußwendung, die die Unabhängigkeit und Selbständigkeit der Gewerkschaften geradezu verneint. Die Gewerkschaften haben sich in der Vergangenheit

3) Helmut Wickel, Sicherung der Einheitsgewerkschaft, GM, Heft 10/1953, Seite 579 722

stets dagegen gewehrt, daß die Partei den Gewerkschaften Marschrichtung und Ziel vorschreibe, sie bestehen auch heute und gerade heute auf der autonomen Festsetzung ihres ‚notwendigen Zieles‘. Der Anspruch der Sozialdemokratischen Partei auf die ‚geistige Führung‘ der Gewerkschaften kann genau sowenig anerkannt werden wie der Führungsanspruch der Kommunistischen Internationale, die seit Jahren vergeblich bestrebt ist, den Gewerkschaften ihre Ziele und ihre Taktik aufzuzwingen. Gerade um ein eigenes, auf Anerkennung der beiderseitigen Unabhängigkeit beruhendes Zusammenarbeiten zwischen den Gewerkschaften und der Sozialdemokratischen Partei herbeizuführen und zu gewährleisten, ist die Grundvoraussetzung, daß die Partei die volle Selbständigkeit der Gewerkschaften ebenso respektiert, wie umgekehrt die Gewerkschaften es ihrerseits tun. Die Gewerkschaften haben auf ihren Kongressen nie die ‚geistige Führung‘ der Partei beansprucht.“

Dieser Brief Leiparts hat seine Wirkung nicht verfehlt. Die beanstandeten Sätze sind bei der endgültigen Formulierung des Heidelberger Programms abgeändert worden.

Die freien Gewerkschaften dachten nicht daran, sich zu einer Kampftruppe der SPD degradieren zu lassen, sie wollten selbständige Sachwalter der Arbeit bleiben. Sie stellten ein lebendiges Stück deutschen sozialen Lebens dar, sie waren eine wirkende Kraft der Nation, Fundament einer neuen Volksordnung. Ihr Lebensinteresse zwang sie dazu, alle Möglichkeiten zu ergreifen, um die Lage des Arbeiters im Hier und Heute der kapitalistischen Wirtschaftsordnung zu verbessern. Sie hatten sich längst von der marxistischen Verelendungstheorie abgewandt und die Umstellung auf die Theorie von der Erhöhung der Kaufkraft vorgenommen, die dem amerikanischen Kapitalismus entstammt. Und ganz zweifelsohne gelang es den Gewerkschaften zwischen 1919 und 1933, eine wesentliche Kräfteverschiebung im sozialen System der deutschen Wirtschaft zu erreichen. Der Staat hatte den freien Vereinigungen der Gewerkschaften eine Fülle von Funktionen übertragen, deren Ausübung sie auch gleichzeitig dem Staate verpflichtete. Die soziale Macht, die sie ausübten, war praktisch eine öffentliche Funktion geworden. Die positive Stellung der Gewerkschaften zu Staat und Nation war seit der geschichtlichen Entscheidung der Arbeiterbewegung am 4. August 1914 kein Problem mehr, sie war eine Tatsache. Danach stellten die Gewerkschaften diese Haltung oft genug unter historischen Beweis: während des Krieges durch die Einstellung der Lohnkämpfe, während des Ruhrkampfes durch einen entschiedenen Kampf für die Einheit des Reiches, während der ganzen Nachkriegszeit durch ihren unerbittlichen Kampf gegen die Reparationen.

Gewiß waren die freien Gewerkschaften sozialistisch. Aber der gewerkschaftliche Sozialismus hatte mit dem konfessionell fixierten, egalitären, marxistischen Sozialismus nichts mehr gemein. Er war ein humanistischer Sozialismus der täglichen Aktion, frei von jeder Bindung an eine bestimmte Doktrin, In seinem programmatischen Aufsatz „Gewerkschaften und Sozialismus“ sagte *Lothar Erdmann*<sup>4)</sup>, der enge Mitarbeiter Theodor Leiparts, schon im Jahre 1925: „Die Arbeiterbewegung wird daher anerkennen müssen, daß der Sozialismus eine fruchtbare Verbindung mit den verschiedensten Weltanschauungen eingehen kann, ja, daß er um so mehr Aussicht hat, die Mehrheit des Volkes für seine Forderungen zu gewinnen, je mannigfaltiger seine weltanschaulichen Begründungen werden . . . *Wenn der Sozialismus die beherrschende Auffassung der praktischen Lebensgestaltung werden will, wenn er die Lebensanschauung aller Arbeitenden werden soll, muß er in die Sprachen der verschiedensten Traditionen übertragen werden, muß er einer Legierung mit den verschiedensten Weltanschauungen fähig sein. Er ist nicht selbst eine Weltanschauung. Er ist ein Inbegriff von Überzeugungen von der staatlichen und gesellschaftlichen Gestaltung des Lebens der Nation. Jede Identifizierung mit einer bestimmten Weltanschauung würde seinen Wirkungskreis verengen.*“

4) Lothar Erdmann „Gewerkschaften und Sozialismus“. „Die Arbeit“ 1925, Heft II, Seite 667.

Die eigenständige Position der freien Gewerkschaften gegenüber der Sozialdemokratie gründete in einem praktischen Sozialismus, der sich von dem landläufigen Marxismus sozialdemokratischer Prägung deutlich abgrenzte. Dieser hat sich niemals den großen Lebenswirklichkeiten, wie der Religion und der Nation, in ihrer Eigenmächtigkeit für die Gestaltung des Menschen verschlossen. Die Einsicht, daß nicht an jeder Eigentumspartikel „Kapitalismus“ zu hängen braucht, war in den Gewerkschaften sehr früh sichtbar geworden. Man wußte sehr wohl zwischen dem großkapitalistischen Ausbeutungseigentum und dem Arbeitseigentum der bäuerlichen, handwerklichen und sonstigen Kleinbetrieblichen Wirtschaft zu unterscheiden. Die auch von den freien Gewerkschaften erhobene Sozialisierungsforderung für die Kommandohöhen der Gesamtwirtschaft war niemals Selbstzweck, sondern Mittel zum Zweck: der Wiederherstellung der inneren Verbindung zwischen Arbeit und Eigentum, dieser einzig möglichen Grundlage lebenserfüllender Arbeit, die der Kapitalismus zerstört hat, indem er die vielen des Eigentums zugunsten der wenigen beraubte.

Es kam hier darauf an, mit der Legende aufzuräumen, daß vor 1933 „Partei und Gewerkschaften eins“ waren. Es kam darauf an, zu zeigen, daß die freien Gewerkschaften sich in dem Maße, in dem sie sich zu einer Massenorganisation entwickelten, ihrer Eigengesetzlichkeit bewußt wurden. Der wachsenden Spannung zwischen den freien Gewerkschaften und der Sozialdemokratischen Partei ging parallel ein Prozeß der Annäherung der Gewerkschaften aller Richtungen. Die Gespräche, die zwischen Wilhelm Leuschner, Jakob Kaiser und Max Habermann (als den Repräsentanten der wichtigsten Gewerkschaftsrichtungen vor 1933) während der Nazizeit geführt wurden — unser unvergeßlicher Wilhelm Leuschner wurde im September 1944 von Hitlers Schergen ermordet —, galten im wesentlichen der Frage, wie die organisatorischen, politischen und geistigen Voraussetzungen geschaffen werden können, um nach dem Zusammenbruch des „Dritten Reiches“ die Einheitsgewerkschaft möglich zu machen. Und man war sich klar darüber, daß der historische Weg der deutschen Gewerkschaftsbewegung in den letzten Jahrzehnten geradezu in die parteipolitisch und religiös neutrale Einheitsgewerkschaft einmünden mußte.

Die Einheitsgewerkschaft — heute Wirklichkeit — ist keine willkürliche Schöpfung Anno 1945, sondern ein geschichtlich gewachsenes Gebilde.

Es kam hier ferner darauf an, nachzuweisen, daß die freien Gewerkschaften vor 1933 durch ihren Verzicht auf jedes „ideologische Korsett“ wesentlich dazu beigetragen haben, den Sozialismus der Arbeiterbewegung aus dem marxistischen Schema herauszulösen und ihn an die Notwendigkeit der konkreten Bemühungen um die Verbesserung der Lebenswirklichkeit des Arbeiters in der gegebenen Ordnung heranzuführen. Sie haben vor 1933 durch die Tat und das Wort wesentliche Beiträge zu einer Neuorientierung des Sozialismus geliefert. Die hier zitierten Sätze aus dem Gedankengut der freien Gewerkschaften und insbesondere Lothar Erdmanns, einer ihrer geistig führenden Köpfe, sind vor einem Vierteljahrhundert ausgesprochen worden — nicht erst im Jahre 1953. Es muß in diesem Zusammenhang auch auf den bedeutsamen Anteil der „Sozialistischen Monatshefte“ und der „Neuen Blätter für den Sozialismus“ an dem Kampf um die Befreiung der Sozialdemokratie aus ihrer „ideologischen Verharzung“ hingewiesen werden.

Das Studium der Geschichte der Beziehungen zwischen den freien Gewerkschaften und der SPD ist insbesondere denen zu empfehlen, die die Einheitsgewerkschaft heute aufspalten wollen, weil sie ihren konfessionellen Sonderinteressen keinen Raum zu geben vermag. Die freien Gewerkschaften vor 1933 respektierten nicht nur das religiöse Bekenntnis ihrer Mitglieder, sondern anerkannten auch die positive Bedeutung humanistischer und christlicher Wertmaßstäbe für das geordnete Zusammenleben der Menschen.

## Der neuliberale Interventionismus im Wandel zweier Jahrzehnte

*In der Bundestagsdebatte über die Regierungserklärung hat Erich Ollenhauer es ausdrücklich abgelehnt, Wirtschaftspolitik nach weltanschaulich betonten Grundsätzen zu betreiben. Entsprechend dem Dortmunder Aktionsprogramm der SPD trat er für eine Verbindung von einzelwirtschaftlichem Wettbewerb und volkswirtschaftlicher Planung ein. Damit hat er in aller Öffentlichkeit marxistische Restbestände liquidiert und den Weg für eine Wirtschaftspolitik ohne Dogma frei gemacht.*

*Dieser Aufsatz zeigt sehr deutlich, daß auch die Neuliberalen von ihrer starren Ausgangsposition in Praxis und Theorie mehr und mehr abrücken mußten. Die Wirklichkeit zwingt sie, neben den rein marktwirtschaftlichen auch andere wirtschaftspolitische Mittel anzuwenden. Jedoch — und darin liegt der wesentliche Unterschied — sie tun es in aller Stille, ohne sich offen zu diesem Wandel zu bekennen.*

*Die Redaktion*

### *1. Der neuliberale Ausgangspunkt*

Als sich im September 1932 — zu einer Zeit, da es in Deutschland mehr als fünf Millionen Arbeitslose gab und die wirtschaftliche Not ihren politischen Ausdruck in der Erschütterung des Weimarer Staates fand — die Mitglieder des Vereins für Sozialpolitik in Dresden versammelten, empfanden sie es als vordringliche Aufgabe, Wege aufzuzeigen, die aus der Not wieder zu Wohlstand und sozialem Frieden führen würden. Eine starke Gruppe forderte damals mit Nachdruck die völlige Abkehr von den liberalen Wirtschaftsprinzipien. Die Beeinflussung der Wirtschaft durch staatliche Interventionen genügte ihnen nicht. Der Staat sollte selbst aktiv den Wirtschaftsablauf entscheidend bestimmen.

In dieser Situation galt es für die Liberalen, zu retten, was noch zu retten war. Wollte man sich der Drift zur Allmacht des Staates in der Wirtschaft entgegenstemmen, so mußte ein Weg gefunden werden, der — die Vorteile des Marktes erhaltend — durch Eingriffe ihre Nachteile zu verringern suchte. Diesen Weg wies *Alexander Rüstow* mit seinem Postulat, nur noch Interventionen anzuwenden, die nicht entgegen den Marktgesetzen, sondern in Richtung der Marktgesetze wirken. Ziel jeder Maßnahme sollte die Wiedererringung des verlorenen Gleichgewichtszustandes auf den Märkten sein. Rüstow prägte auf jener Tagung den Begriff des *liberalen Interventionismus* und wurde damit zum Geburtshelfer des Neoliberalismus<sup>1)</sup>.

### *Die konforme Intervention*

*Wilhelm Röpke*, der die Stellungnahme Rüstows 1932 miterlebte, hatte schon 1929 versucht, Maximen staatlicher Interventionen aufzustellen<sup>2)</sup>. Damals war es ihm noch nicht gelungen, für die Staatseingriffe ein einheitliches Prinzip herauszuarbeiten.

In der Folgezeit aber wurde er zum führenden Former und Gestalter des liberalen Interventionismus, weshalb ihm hier besondere Aufmerksamkeit gewidmet werden muß. Sein 1937 erschienenes Buch „Die Lehre von der Wirtschaft“ enthielt erstmalig die von ihm gesuchten Regeln staatlicher Eingriffe, zusammengefaßt in der Forderung nach einer konformen Wirtschaftspolitik.

1) Rüstow, A.: „Interessenpolitik oder Staatspolitik“ in „Schriften des Vereins für Sozialpolitik“, Bd. 187, München 1933, S. 62—69.

2) Röpke, W.: „Staatsinterventionismus“, Artikel im „Handwörterbuch der Staatswissenschaften“, 4. Aufl., Ergänzungsband 1929, S. 861 ff.

Während er bislang vor allem die Quantität der Eingriffe als Hauptkriterium für die Beurteilung der Interventionen ansah und maßvolle Zurückhaltung predigte, versuchte er nun, die Mittel ihrer Art nach einzuteilen. Statt einer mengenmäßigen Beschränkung des Imports durch Kontingente forderte er Zölle, statt Preisbindungen — Steuern. Seine konformen Mittel sollten „den indirekten, organischen Weg der Beeinflussung einschlagen“ und so die preismechanische „Selbststeuerung des Marktes nicht aufheben, sondern sich ihr als neue ‚Daten‘ einordnen und von ihr assimiliert werden“<sup>3)</sup>.

Es war jedoch keineswegs von ausschließlich indirekten Mitteln die Rede. Röpke sprach von „möglichst“ und „nach Möglichkeit“. Damit gab er zu, daß sehr wohl Situationen eintreten können, die einen Eingriff in das Preisgefüge geboten erscheinen lassen. Außerdem maß er der Eingriffstiefe weiterhin Bedeutung zu. Sein Verlangen ging also nicht nach Konformität schlechthin, sondern nach einem *Primat der Konformität*. Letztes Halt bei allen Interventionen war für ihn der kritische Punkt, der keinesfalls überschritten werden darf.

## 2. Der Weg zum Dogma

Die politische Entwicklung in Europa führte 1939 zum Krieg, der fast alle Länder zwang, in immer stärkerem Maße direkt in den Wirtschaftsablauf einzugreifen und zu einer planmäßigen Lenkung überzugehen. In dieser Situation schrieb Röpke, der Deutschland 1933 verlassen hatte und nach den Etappen Wien und Istanbul in Genf seinen Wohnsitz aufschlug, „Die Gesellschaftskrisis der Gegenwart“.

Wenn schon das 1937 veröffentlichte Buch kein völlig harmloses Lehrbuch der politischen Ökonomie sein sollte, sondern darin konzentriertes Gift des antitotalitären Widerstandes versteckt wurde — wie Röpke 1946 im Vorwort zur 4. Auflage dieses Buches bekennt —, so war seine „Gesellschaftskrisis“ geradezu ein Fanal gegen alle Unterdrückung. Die konforme Intervention — 1937 aus primär wirtschaftlichen Erwägungen heraus gefordert — wird nunmehr vor allem politisch begründet. Röpke ist bemüht, eine klare Grenze für die Wirtschaftspolitik festzulegen. Die Notwendigkeit von Eingriffen anerkennend, glaubt er sich dabei einer Gefahr gegenüber, die er für weit größer hält als den Schaden, der durch einen nicht vollkommen funktionierenden Marktmechanismus entsteht. Er fürchtet, auf den Abweg des Kollektivismus zu geraten. Man solle nach seiner Meinung alles tun, um die Nachteile des freien Wettbewerbs soweit wie möglich auszuschalten, aber niemals dürfe man dabei Schritte unternehmen, die einen kumulativen Prozeß zum Kollektivismus hin auslösen. Die Lähmung des Preismechanismus führe eine Situation herbei, die sofort nach einem neuen tieferen Eingriff ruft und die bisher vom Markt besorgte Regulierungsfunktion mehr und mehr auf die Behörde überträgt.

Mit dem Beispiel der Wohnungswirtschaft glaubt er, die Richtigkeit der *Unvereinbarkeitslehre* schlagend beweisen zu können. Er zeigt, wie ein Stop des Mietpreises zwangsläufig zur Rationierung des Wohnraums und weiter zur Übernahme der Wohnungsproduktion durch den Staat führt. So werde man schließlich auf eine Bahn gedrängt, die im reinen Kollektivismus ende<sup>4)</sup>. Für ihn ist die Wahrung der Marktfreiheit und der Konkurrenz schlechterdings zur Schicksalsfrage geworden. Die konforme Intervention erlangt ausschlaggebende Bedeutung. Sie wird zur qualitativen Scheidelinie, vor deren Übertretung er dringend warnt. Der Weg zum Dogma ist angetreten.

1944 zeichnet sich das Ende des Krieges ab. Welche Wirtschaftspolitik werden die Länder künftig einschlagen? Das Pendel scheint noch stärker zur Planwirtschaft hin auszuschlagen. Sowohl in den USA als auch in England — den einstigen Hochburgen einer

3) Röpke, W.: „Die Lehre von der Wirtschaft“, Wien/Berlin 1937, 6. Aufl. (1951) S. 299 „Die Gesellschaftskrisis der Gegenwart“, Erlenbach-Zürich 1942, 5. Aufl. (1948) S. 259. 4) Derselbe: „Gesellschaftskrisis a.a.O. S. 260 f.

liberalen Wirtschaft — drängen starke Kräfte auf eine Fortsetzung planwirtschaftlicher Lenkung. Fast überall stehen Vollbeschäftigungspolitik und Sozialisierung auf den Nachkriegsprogrammen der Regierungen.

In dieser Situation wirft Röpke die ganze Kraft seiner Beredsamkeit in die Waagschale, um eine Gegenbewegung zu schaffen. Unter dem Titel „Civitas Humana“ erscheint von ihm ein Buch, durch das er jedem die Augen öffnen möchte über den verderblichen Weg, den man einschlägt, wenn der von ihm beschriebene Limes überschritten wird. In seinem Bestreben, einen festen Damm als absolute Grenze gegenüber allen nichtkonformen Staatseingriffen zu errichten, will er keine Ausnahmen und Differenzierungen mehr gelten lassen. Die qualitative Scheidelinie muß für jedermann deutlich sichtbar sein. Man soll sie so sicher erkennen, wie man Methyl- vom Äthylalkohol unterscheiden muß, wenn man Alkohol genießen will. Er versteift sich zu der Ansicht, daß sich in jedem ihm bekannten Falle die Unterscheidung zwischen konformen und nichtkonformen Eingriffen mit ausreichender Genauigkeit treffen läßt<sup>5</sup>). Von einem kritischen Punkt ist ebensowenig die Rede wie von der Quantität der Eingriffe. Die Qualität des Mittels ist allein maßgebend. Die konforme Intervention hat den Höhepunkt ihrer Bedeutung erreicht, sie ist zum *Dogma* geworden.

So befindet sich Röpke — wie wir annehmen, ohne seine ursprüngliche Absicht — in der gefährlichen Situation eines Demagogen. Er verlangt Unmögliches, damit Mögliches verwirklicht wird. Mit seiner Unvereinbarkeitslehre will er in Umkehrung des bekannten Satzes eine faktische Kraft des Normativen entwickeln. Alle Schwächen der Marktwirtschaft bewußt verkleinernd, preist er ihre Vorzüge und geißelt - die Fehler der Kommandowirtschaft. Als Rufer in der Wüste wird er nicht müde, seine Kassandrarufer auszustößen. Er selbst sagt von sich, daß man es ihm in einer solchen Situation nicht verübeln könne, wenn er sein Temperament mitsprechen läßt<sup>6</sup>).

Gewiß, in jenen letzten Kriegsmonaten und vielleicht auch noch einige Zeit danach war zur Einpendelung auf einen tragbaren Gleichgewichtszustand der Wirtschaftsordnung manche überspitzte Formulierung von Wert. Jedoch wurde ein solches Vorgehen völlig sinnwidrig, als sich insbesondere in Deutschland die liberale Richtung durchzusetzen begann. Der hier durch mancherlei Faktoren besonders begünstigte Trend zur freien Wirtschaft lief dadurch Gefahr, von einer gemäßigten Linie zu leicht ins Extrem gedrängt zu werden. Wenn die faktische Kraft des Normativen als Bremswirkung gegenüber starr planwirtschaftlichen Neigungen gerade noch zu begrüßen war, so mußte sie als liberaler Verstärkungseffekt höchst fragwürdig werden.

In seinem Bemühen wurde Röpke durch eine Reihe namhafter neuliberaler Vertreter unterstützt. Wenn auch bei ihnen der Weg zum Dogma nicht so ausgeprägt war, so stehen sie doch alle auf dem Boden der Unvereinbarkeitslehre und akzeptieren mehr oder weniger ausdrücklich die Röpkesche Konformitätsthese.

In der Schrift „Zwischen Kapitalismus und Kommunismus“ (1949) verweist Rüstow ausdrücklich auf seine 1932 gemachten Ausführungen und sagt, daß er schon damals „konforme Anpassungsinterventionen“ gefordert habe (S. 132). *Walter Eucken* verlangt in seinen Grundsätzen der Wirtschaftspolitik als ein wesentliches Mittel zur Realisierung der Wettbewerbsordnung eine konforme Handelspolitik (S. 268). Auch *Müller-Armack* plädiert für konforme wirtschaftspolitische Maßnahmen, um die sozialen Möglichkeiten einer Marktwirtschaft auszuschöpfen<sup>7</sup>).

Die Reihe der Namen könnte noch fortgesetzt werden. Jedoch genügt es, hier festzustellen, daß die neuliberalen Postulate nicht unbeachtet blieben.

5) Röpke, W.: „Civitas Humana“, Erlenbach-Zürich 1944, 2. Aufl. (1946) S. 78.

6) Derselbe: „Maß und Mitte“, Zürich 1950, S. 135.

7) Müller-Armack: „Deutung unserer gesellschaftlichen Lage“ in „Ordo“, Bd. 3, 1950.

### 3. Die kritischen Gegenargumente

Man kann die Gegenstimmen aus dem sozialistischen Lager etwa wie folgt zusammenfassen:

In simplifizierender Schwarzweißmalerei tut Röpke alle Nuancierungen sozialistischer Wirtschaftspolitik als unbeachtlich ab und entwirft damit ein Zerrbild des Sozialismus westlicher Prägung. Besonders heftigen Gegenangriffen ist seine Unvereinbarkeitslehre mit ihrer Forderung nach ausschließlicher Anwendung konformer Intervention ausgesetzt<sup>8</sup>). Zum Beispiel hatte *Ortlieb* mit dem Hinweis auf die Realität energisch bestritten, daß die Wohnraumbewirtschaftung zu einer allgemeinen Zwangswirtschaft führe. („Sozialisierungsdebatte“ a. a. O. S. 286.)

#### *Der wechselseitige Einfluß*

Insgesamt wirft man Röpke eine dogmatische Verengung des Blickfeldes vor, rechnet es ihm aber als Verdienst an, „daß die Vertreter sozialistischer und planwirtschaftlicher Ideen heute dem Freiheitsproblem verstärkt ihre besondere Aufmerksamkeit zuwenden“<sup>9</sup>).

So hat er einen indirekten Anteil an der Tatsache, daß sich das Gedankengut der Neosozialisten, die Planung und den Wettbewerb zu koordinieren streben, schon weit gegen die marxistischen Thesen sozialistischer Wirtschaftspolitik durchgesetzt hat. Wenn sich hier aus These und Antithese in einem dialektischen Prozeß langsam die erste Form einer Synthese herausbildet, fragt man sich, ob nicht auch auf die Konzeption des neoliberalen Interventionismus die kritischen Einwürfe aus dem Lager der freiheitlichen Sozialisten und realpolitische Notwendigkeiten einen Einfluß ausgeübt haben.

### 4. Die neue Phase

Am Herbst 1948 — kurz nach der Wiedereinführung der Marktwirtschaft — erschien von Röpke ein Aufsatz unter der Überschrift „Die natürliche Ordnung“ mit dem bezeichnenden Untertitel „Die neue Phase der wirtschaftspolitischen Diskussion“. (Kyklos, Vol. 2.) Dort liest man, daß der neue Liberalismus durch eine Verbindung von Unbeugsamkeit auf der einen Seite und einer durchaus undoktrinären Art auf der anderen zu erkennen sei. Noch im Zweifel, worauf sich die realistische Wendung bezieht, erfährt der Leser, daß Auswahl und Dosierung wirtschaftspolitischer Maßnahmen gemeint sind. Es ist eine ganz andere Tonart, wenn Röpke sich bereit findet, „die Zweckmäßigkeit von bestimmten Eingriffen auf dem Markt selbst je nach der Eigenart dieses Marktes oder je nach den besonderen Umständen offenen Sinnes zu prüfen“. (S. 217.)

Von dem bislang so sehr betonten Limes, der durch die alleinige Anwendung konformer Interventionen gezogen wird, ist kein Wort zu finden. Mit besonderem Interesse blättert man deshalb in dem 1950 erschienenen Buch „Maß und Mitte“, das als eine Sammlung von Aufsätzen seiner Trilogie gelten könnte, „wenn nicht gleichzeitig auch manche neue Melodie angeschlagen würde“ (S. 7). Solche neue Melodie ist zu finden, wo sie niemand vermutet hätte, nämlich in dem schon 1948 veröffentlichten Aufsatz „Die natürliche Ordnung“. Er erscheint mit variiertem Wortlaut und bietet daher ein besonders gutes Objekt, Änderungen in der Auffassung des Verfassers kenntlich zu machen. Wenn schon die alte Fassung überraschend war, so ist es die neue um so mehr. Bei der Erörterung der Grundfragen der Wirtschaftspolitik liest man von einem

8) Vgl. u. a. Marbach, F.: „Zur Frage der wirtschaftlichen Staatsintervention“, Bern 1950. — Ortlieb, H.-D.: „Stand der Sozialisierungsdebatte“, in „Schriften des Vereins für Sozialpolitik“, N. F. Band 2, 1950. — Derselbe: „Dogmatismus — unser wirtschaftspolitisches Schicksal?“, in „Gewerkschaftliche Monatshefte“, Köln 1951, S. 68, 124 ff. — Ritschl, H.: „Zur Kritik des Neoliberalismus“, in „Gewerkschaftliche Monatshefte“, Köln 1950.

9) Ortlieb, H.-D.: „Krisis des Kollektivismus oder des Humanismus?“, in „Frankfurter Hefte“, 3. Jg., H. 7, Juli 1948.

„freimütigen Eingeständnis“, daß sich im Grunde niemand mehr seiner Sache recht sicher sei, „der Sozialist sowenig wie der Verfechter der freien Wirtschaft“. Zum Allokationssystem — der Verteilung von Produktionskräften auf die möglichen Verwendungszwecke — sagt er, daß sowohl das marktwirtschaftliche als auch das befehlswirtschaftliche in einer Volkswirtschaft nebeneinander auf verschiedenen Märkten wirken können. Dann heißt es: „Die Schwelle zur Kommandowirtschaft wird überschritten, wenn die zeitliche Steuerung des Wirtschaftsprozesses durch den Staat übernommen wird“<sup>10</sup>).

Das sind völlig neue Versionen. Sie lassen vermuten, daß Röpke von seiner als eminent wichtig gepriesenen Konformitätsthese immer mehr abrückt. Besonders aufschlußreich für diese Annahme ist das 1950 für die deutsche Bundesregierung angefertigte Gutachten, das unter dem Titel erschien: „Ist die deutsche Wirtschaftspolitik richtig?“

#### *Der Rückzug auf den kritischen Punkt*

In dem Gutachten ist die Rede von wohlbegründeten und wohlberechneten Eingriffen, die bei einem allgemeinen Notstand oder einer spezifischen Notlage zugelassen sind. Hier, an Hand eines konkreten wirtschaftspolitischen Problems, muß Röpke klar zum Ausdruck bringen, was er darunter versteht. Entweder muß er sich zu einer Lehre von der völligen Unvereinbarkeit nichtkonformer Interventionen mit der Marktwirtschaft bekennen oder aber unmißverständlich eine bis dahin als unmöglich angesehene Kompromißlösung vorschlagen.

Er stellt einige Kardinalpunkte auf, die es bei Eingriffen in die Marktwirtschaft zu beachten gilt. Unter a) erscheint die der Marktwirtschaft konforme Intervention. Aber sie hat ihren Ausschließlichkeitscharakter verloren. Röpke spricht lediglich von einer bevorzugten Anwendung solcher Maßnahmen und gibt auch zu, daß die Scheidung in konforme und nichtkonforme Eingriffe nicht immer mit der wünschenswerten theoretischen Schärfe möglich ist. Punkt c) bringt dann die Bestätigung dessen, was schon auf Grund der vorangegangenen Schriften zu vermuten war. Er sagt sinngemäß, daß Abweichungen von der Konformitätsregel sehr wohl möglich sind, ohne zwangsläufig zum Kollektivismus zu führen. Wenn auch Röpkes eigene wörtliche Formulierung diesen Rückzug nicht so offen zeigt, so bleibt sie dennoch ihrem Inhalt nach unzweideutig. Nichtkonforme Interventionen hält er plötzlich nur dann für besonders gefährlich, wenn es sich um lebenswichtige Nervenzentren des Wirtschaftslebens handelt. In den peripheren Bereichen würden sie dagegen keine allgemein kollektivistische Skepsis hervorrufen. Hier wird die Unvereinbarkeitslehre zum Bumerang, denn was er 1950 schreibt, ist wirklich unvereinbar mit dem, was 1946 unumstößliche Erkenntnis sein sollte. Als zentralwichtige Bereiche des wirtschaftlichen Lebens nennt Röpke den Außenhandel, den Devisenmarkt und den Kapitalmarkt. Mit Spannung wartet man auf ein Beispiel für die sogenannten „peripheren Bereiche“ und kommt aus dem; Staunen nicht mehr heraus, wenn dafür die Wohnungswirtschaft angeführt wird, dasselbe Beispiel, das einst als klassische Demonstration für das zwangsläufige Abrutschen in den Kollektivismus galt. Hier scheinen sich die kritischen Einwürfe der Neusozialisten fruchtbar ausgewirkt zu haben. Jetzt heißt es, daß eine Suspendierung der Marktwirtschaft im Bereich der Wohnungswirtschaft „... keine unmittelbaren Folgen für die Wirtschaftsordnung als Ganzes haben wird...“.

Es ist offensichtlich, daß sich ein sehr deutlicher Wandel in den Auffassungen vollzogen hat. Röpke befindet sich auf dem Rückzug und verteidigt wieder — wie einst — den *kritischen Punkt* als letzten Halt. Er soll das Höchstmaß an Eingriffen aller Art darstellen, das für eine Marktwirtschaft tragbar ist. Aber selbst wenn er überschritten wird, befindet man sich noch nicht im Bereich des Kollektivismus, sondern habe nur mit ersten Störungen der Gesamtordnung zu rechnen. Man sieht, wie sehr sich die Grenzen

10) Röpke, W.: „Maß und Mitte“, Zürich 1950, S. 150.

verschoben haben. Zwischen den beiden Extremformen, Marktwirtschaft und Planwirtschaft, erkennt nun auch Röpke ein weites Niemandsland. Er gibt zu, daß man sich in ihm bewegen kann, ohne sofort von einem zwangswirtschaftlichen Sog gepackt zu werden. Man kann behaupten, daß damit ein wesentlicher Schritt vorwärts zu einer undogmatischen Lösung praktischer wirtschaftspolitischer Fragen getan ist. Seit dem Tage, da in Deutschland das marktwirtschaftliche System zum Siege gekommen war, verlor die Haltung Wilhelm Röpkes mehr und mehr an Starrheit. Als er schließlich aufgefordert wurde, sein Urteil über die deutsche Wirtschaftspolitik abzugeben, war der Bann gebrochen. Bei der Lösung konkreter wirtschaftspolitischer Probleme zeigt sich, daß die Wirklichkeit wenig Raum für Verabsolutierungen läßt. In noch viel stärkerem Maß als Röpke selbst haben andere neuliberale Vertreter daraus reale Folgerungen gezogen.

##### 5. Die realpolitischen Konsequenzen

In seinem Bemühen, das Maximum noch mit der Marktwirtschaft verträglicher Sozialgestaltung zu ermitteln, stellt Müller-Armack in einer Auseinandersetzung mit Röpkes Trilogie fest, daß es zwischen Anti-Marktwirtschaftlichkeit und völliger Marktkonformität noch eine *Zwischenschicht* von Maßnahmen gibt<sup>11)</sup>. Diese läßt er — und mit ihm eine Reihe anderer Wirtschaftstheoretiker und -praktiker, die zum neuliberalen Lager gehören oder ihm nahestehen — vor allem dann gelten, wenn die Wettbewerbsapparatur ihre Funktion nicht voll erfüllt.

##### *Undogmatische Maßnahmen bei strukturellen Mängeln der Wettbewerbsapparatur*

Bei anomalen Reaktionen auf dem Arbeitsmarkt z. B. anerkennt er staatliche Mindestlöhne und bezeichnet sie als marktgerecht, wenn sie sich als sog. Ordnungstaxen etwa in der Höhe des Gleichgewichtslohnes halten. In Krisenzeiten erscheint ihm sogar ein gewisser Lohnschutz sinnvoll, der nur in Zeiten annähernder Vollbeschäftigung gelockert werden soll. In ähnlicher Weise hatte v. Stackeiberg in seinem 1949 veröffentlichten Aufsatz über die Möglichkeiten und Grenzen der Wirtschaftslenkung den Ordnungstaxen die Aufgabe zugewiesen, bei gleichgewichtslosen Marktformen das konkurrenzwirtschaftliche Gleichgewicht wiederherzustellen.

So werden bei ihm Festpreise zu systemgerechten Maßnahmen, wenn die Umwandlung der Marktform, die „organisierte Konkurrenz“, nicht möglich ist. Auch als therapeutisches Mittel gegen Preisschwankungen erkennt er den Festpreis an, solange er dem langfristigen Gleichgewichtspreis gleichgesetzt wird. Von Stackeiberg will diese Maßnahmen als *ergänzende* Preisbildungsfaktoren zulassen, weil sonst in gewissen Bereichen der Preisbildung ein vernünftiger Austausch überhaupt nicht möglich ist.

Hierher gehören auch die *subsidiären* Maßnahmen, die Jähr zur Ergänzung des Marktmechanismus in den beschriebenen Fällen einsetzen will<sup>12)</sup>.

Selbst Röpke wird auf Grund seiner veränderten Anschauung in einem anderen Kernpunkt der Wirtschaftspolitik anerkennen müssen, daß staatliche Festpreise u. U. eine wettbewerbsfördernde Kraft haben. Röpke hatte in den Büchern „Die Gesellschaftskrisis der Gegenwart“ und „Civitas Humana“ eine Verstaatlichung der Versorgungsbetriebe als selbstverständlich angesehen und darüber hinaus sogar erwogen, die zur ökonomischen und politischen Machtzusammenballung neigende Eisen- und Stahlerzeugung in die öffentliche Hand zu überführen. Schon 1947 war er mehr und mehr davon abgegangen. Aber wenn er den Weg der generellen Verstaatlichung aus einleuchtend dargelegten Gründen nicht gehen will, bleibt ihm kaum eine andere Wahl als die der Monopolüberwachung. Dann steht er wie Eucken vor der Notwendigkeit, alle Mono-

11) Müller-Armack: „Deutung unserer gesellschaftlichen Lage“ in „Ordo“, Bd. 3, 1950, S. 266. 12) Jähr, W. A.: „Das Problem der Wirtschaftsordnung“, St. Gallen 1949.

polisten und Oligopolisten zu einem „*wettbewerbsanalogen*“ Verhalten zu zwingen. Festpreise und ihre konkurrenzanaloge Fixierung gewinnen dabei größte Bedeutung.

Insgesamt scheint sich die von den freiheitlichen Sozialisten besonders betonte Erkenntnis durchzusetzen, daß gewisse Mängel, die den Mechanismus des Marktes niemals voll automatisch laufen lassen, ein Eingreifen ohne Rücksicht auf die Konformität rechtfertigen. Solche wirklichkeitsnahen Konsequenzen hat man in ähnlicher Weise noch für einen anderen Fall gezogen.

#### *Realpolitik gegen exogene Störungen des Marktmechanismus*

Auch bei diesen, meist durch besondere Umstände vorübergehend eintretenden Lähmungen des Marktautomatismus hat Müller-Armack als Schrittmacher einer nüchternen Betrachtung der Lage neue Wege vorgeschlagen. Als nach Ausbruch des Koreakrieges infolge der sprunghaft ansteigenden Nachfrage für die Produzenten jeglicher Wettbewerbsdruck aufhörte und die Preise entsprechend anstiegen, stellte er einen „Katalog marktkonformer Sozialmaßnahmen“ zusammen, um den dringendsten sozialen Bedarf zu decken<sup>13)</sup>.

Alle Maßnahmen gipfeln in der Forderung nach einer Gemeinschaftshilfe der Unternehmer. Bei der Herstellung von Möbeln, Hausrat, Bekleidung sowie im Wohnungsbau sollen durch eine Kalkulationsdifferenzierung verbilligte Standardgüter geschaffen werden. Ebenso will er für einen abgegrenzten Konsumentenkreis verbilligte Nahrungsmittel anbieten. Mit eindringlichen Worten appelliert er an die Einsicht der Unternehmer und stellt seine Forderungen, die praktisch bei steigender Nachfrage eine Preisfixierung auf heraufgesetztem Niveau beinhalten, als unternehmerische Sozialaufgabe hin. Er tut das, obwohl diese aus sozialen Motiven befürwortete Preisfestsetzung nur schwerlich mit den konkurrenzwirtschaftlichen Grundsätzen vereinbar ist und wohl auch nicht mehr zu den konformen Interventionen im Sinne Röpkes gerechnet werden kann. Immerhin besteht ein Unterschied zu staatlich dekretierten Preisen, den wir nicht übersehen wollen. Müller-Armack will erreichen, daß sich die beteiligten Industrien zu einer Gemeinschaftsaktion zusammenfinden und dann freiwillig ohne direktes staatliches Gebot einheitlich die vorgeschlagene Preisfestsetzung für herzustellende Standardgüter vornehmen.

Wenn man schon hier mit dem Hinweis auf das im Anschluß noch zu besprechende Schicksal der Investitionshilfe eine Überforderung der Bereitschaft und sozialen Einsichtsfähigkeit der Unternehmer annehmen kann, so scheint dieser Vorschlag noch eine andere Gefahr einzuschließen. Es wird den gemeinschaftlichen Abreden der Unternehmer Vorschub geleistet, und man geht kaum fehl in der Annahme, daß bei einer solchen Preissenkungsaktion wohl auch Worte über die allgemeine Preisgestaltung gewechselt werden. Damit hätte man den Teufel Monopol, der mit viel Lärm durch die Vordertür vertrieben werden soll, als Beelzebub durch ein Hintertürchen wieder hereingelassen.

Trotz dieser dem Katalog von Sozialmaßnahmen anhaftenden Problematik kann er als positiver, durchaus undogmatischer Versuch in die schon beschriebene Zwischenschicht wirtschaftspolitischer Mittel eingeordnet werden. Weiterhin gehört hierzu die Investitionshilfe, die als direkte Kapitallenkung einen besonders interessanten Fall einer erzwungenen Gemeinschaftshilfe darstellt. Während des Koreabooms traten die durch vielerlei Faktoren verursachten Engpässe in der Grundstoffindustrie besonders hemmend in Erscheinung. Um einer drohenden Sondersteuer, die nach Röpke eine konforme Maßnahme gewesen wäre, zu entgehen, schlug der Gemeinschaftsausschuß der gewerblichen Wirtschaft eine völlig neuartige Selbsthilfeaktion vor, durch die der Grundstoffindustrie leihweise eine Milliarde D-Mark für Investitionen zur Verfügung gestellt werden sollte. Obwohl diese Aktion zweifellos im direkten Interesse aller Beteiligten lag — durch eine

<sup>13)</sup> Müller-Armack: „Katalog marktkonformer Sozialmaßnahmen zur Ausgestaltung der Sozialmarktwirtschaft“, Köln, Januar 1951.

Sondersteuer wäre ihnen die gleiche Summe entzogen worden, ohne daß sie später dafür Obligationen in die Hand bekommen hätten —, kam trotz langwieriger Verhandlungen keine Einigung über die Freiwilligkeit der Maßnahme zustande, weshalb schließlich die Investitionshilfe in die Form einer gesetzlichen Zwangsanleihe gekleidet wurde.

Beachtenswert ist die Reaktion auf diesen der marktwirtschaftlichen Konzeption widersprechenden Eingriff. *Preusker*, der erst kürzlich als Interpret einer sozialverpflichteten Marktwirtschaft hervorgetreten ist (vgl. „Wirtschaftsdienst“, Juli 1953), gehörte zu den Befürwortern des Gesetzes. Er sah in ihm einen Schritt auf dem Wege zur Sanierung des Kapitalmarktes, der dann eine marktwirtschaftliche Investitionslenkung möglich mache<sup>14</sup>). Genau wie er hat sich auch *Prof. Schiller*, ein eifriger Verfechter des neosozialistischen Gedankengutes, für die Investitionshilfe ausgesprochen<sup>15</sup>). Als Propagandist einer „gezielten Strukturpolitik“ will er alle wirtschaftspolitischen Mittel nur nach ihrer reinen Zweckmäßigkeit beurteilen und bejaht deshalb diese Maßnahme, die ihm geeignet erscheint, die „bottle-necks“ zu sprengen.

Die begrüßenswerte Tatsache, daß hier zwei aus recht unterschiedlichen politischen Lagern stammende Vertreter in Einzelfragen der praktischen Wirtschaftspolitik etwa gleiche Ansichten vertreten, muß um so mehr hervorgehoben werden, als aus beiden Lagern auch heftige Kritik an dem Gesetz geübt wurde. *Muthesius* lehnte die Investitionshilfe als einen „Fremdkörper“ in dem Gesamtbild neuliberaler Wirtschaftspolitik ab<sup>16</sup>). *Franz Böhm* machte in einem Gutachten auf die ordnungspolitische Gefahr des Gesetzes aufmerksam<sup>17</sup>). Wenn man bedenkt, daß der Ausnahmecharakter des Investitionshilfegesetzes immer wieder betont wurde, scheinen bei dieser Kritik dogmatische Gesichtspunkte zu sehr in den Vordergrund gerückt zu sein. Das gilt in noch stärkerem Maße für die Haltung der Opposition im Bundestag, die sich gegen das Gesetz aussprach, weil durch die Investitionshilfe u. a. keine allgemeine staatliche Investitionslenkung erreicht wurde.

#### 6. Das Fazit der gewonnenen Erkenntnisse

In dem Bemühen, die Grundzüge der liberalen Wirtschaftsform zu erhalten und sie mit den immer dringender vorgetragenen sozialen Forderungen unserer Zeit in Einklang zu bringen, wurde der neuliberale Interventionismus als Kind der Wirtschaftskrise 1932 geboren. Seine erste Ausgestaltung ist untrennbar mit dem Namen Wilhelm Röpkes verbunden. Durch ihn wird die konforme Intervention zum Dogma neuliberaler Wirtschaftspolitik und damit gleichzeitig zur Zielscheibe heftiger Angriffe der Sozialisten. Röpke hat mit seiner Unvereinbarkeitslehre eine faktische Kraft des Normativen entwickelt.

Mit dem Start der sozialen Marktwirtschaft beginnt ein Zeitabschnitt praktischer Erprobung neuliberaler Grundsätze. Wir gewannen den Eindruck, daß seitdem eine unvoreingenommene Beurteilung konkreter wirtschaftspolitischer Probleme sich immer mehr durchsetzt. Bei grundsätzlicher Beibehaltung der alten Prinzipien wird die Notwendigkeit auch direkter Eingriffe in den Marktmechanismus in den Fällen anerkannt, in denen dieser Mechanismus seinen Dienst versagt. Insbesondere greift die Erkenntnis Platz, daß man es mit der sozialen Verpflichtung der Marktwirtschaft wirklich ernst meinen muß. Sonst bleibt die soziale Marktwirtschaft — wie Alexander Rüstow beklagt — nur „ein schwerer Mißbrauch dieses schönen Schlagwortes“<sup>18</sup>).

14) Preusker, V.: Verhandlungen des Deutschen Bundestages, 176. Sitzung.

15) Schiller, K.: „Scheinprobleme und Existenzfragen“, München 1951.

16) Muthesius: „Fallobst Investitionshilfe“ in „Zeitschrift f. d. ges. Kreditwesen“, Frankfurt, 5. Jg., H. 17, S. 432.

17) Böhm, F.: „Gutachten für den Wissenschaftlichen Beirat beim Bundeswirtschaftsministerium“, Tönnisstein 28. 4. 1951.

18) Rüstow, A.: „Wirtschaftsordnung und Staatsform“, in „Magna Charta der sozialen Marktwirtschaft“, Heidelberg 1952.

sozialer Hinsicht nicht die Ansprüche, die sich ergeben, wenn es auf die Annäherung der Startpositionen ankommen soll.

Unserer heutigen Verteilung liegt überhaupt kein wie immer geartetes Verteilungsprinzip zugrunde, das Sinn haben könnte. Sie ist sinnlos. Auch von hier aus gesehen darf kein heutiger Politiker es unterlassen, ein *Programm der Verteilungspolitik* zu vertreten. Es muß sich in erster Linie mit der historisch gegebenen Startverteilung auseinandersetzen. Mit Recht hat der Sozialismus in seinen verteilungspolitischen Forderungen stets eine Kernposition seiner Programme zur Gestaltung des sozialen Lebens gesehen. Er wird das auch weiterhin so halten müssen, wiewohl das Dortmunder Aktionsprogramm auf diesem Gebiet zu wenig enthält und seine beiden verteilungspolitischen Hauptforderungen — entsprechende Preis- und Steuerpolitik — ohne ausreichenden Anschluß an den neuesten Stand der Theorie formuliert sind. Der Neoliberalismus hat sich bisher mit hinreichender Intensität dem von der Theorie aufgeworfenen Problem der Funktionsfähigkeit der Marktwirtschaft bei bestimmten Startverteilungen noch nicht gewidmet. Konkret gesprochen, handelt es sich hier um die Frage, ob die heute historisch gegebene Startverteilung den in der Bundesrepublik von Erhard eingeleiteten Versuch, wenn die Gunst der Verhältnisse ihm einmal weniger als heute entgegenkommen wird, gemessen an seinen höchsten Zielen illusorisch machen wird oder nicht.

Viele Sozialisten vermögen die Großzügigkeit (und selbstverständlich auch innere Unabhängigkeit) des Erhardschen Versuches nicht zu erkennen und setzen daher ihre Kritik nicht richtig an. Der Kern der Kritik muß sein, daß diese Politik keine fundierte verteilungspolitische Konzeption hat. Das Wort, daß die „beste Sozialpolitik in einer guten Wirtschaftspolitik bestehe“, kann hier nicht weiterführen, da diese Formel inhaltsleer ist, sofern sie nicht mit Folgerungen aus der Erkenntnis verbunden ist, daß *keine Wirtschaftspolitik wissen kann, ob sie gut ist, wenn sie nicht von einer bestimmten verteilungspolitischen Position ausgeht*: Die Schätzung des Sozialproduktes hängt davon ab!

Der Neoliberalismus nimmt nicht intensiv genug an der philosophischen Diskussion der Frage teil, welche Verteilung denn nun herrschen sollte. Daß darauf nicht das sog. „Leistungsprinzip“ antworten kann, steht heute fest. Die Theorie hat es als notwendig unbestimmte Formel erkannt. Das „Handbuch sozialdemokratischer Politik“ hat dieses Ergebnis der Theorie übernommen (Artikel „Einkommens- und Vermögensverteilung“ u. a.). Von den ethischen Grundforderungen des freiheitlichen Sozialismus und von dem kulturellen Lebensgefühl seiner Anhänger aus läßt sich die Frage nach den unter den heutigen sozialgeschichtlichen Bedingungen geltenden Grundforderungen der Verteilungspolitik beantworten. Kein freiheitlicher Sozialist ist für mechanische Gleichheit.

Daß so viele Praktiker und Theoretiker der Wirtschaft und Wirtschaftspolitik die Verteilung wie ein „Anhängsel“ sehen, liegt auch am Festhalten an einer alten, heute nicht mehr zutreffenden Vorstellung. Man stellt sich die Wirtschaft als einen Vorgang vor, der sich im wesentlichen als ein System von Tauschakten zwischen Selbständigen abspiele. Was dabei herauskommt, sei „Schicksal“. Es falle unter die Verantwortung der Gesellschaft allenfalls nur insoweit, als irgendwo krasse Mißstände auftreten oder das „Spiel“ nicht funktioniert. Tatsächlich aber kann heute die Gesellschaftswirtschaft — ob Marktwirtschaft oder nicht — nur als eine großzügige Vereinigung der Arbeiten aufgefaßt werden, als eine Gesellschaft, die *veranstaltet* wird, für deren *ganzen Bestand* daher die Menschen auch *voll verantwortlich* sind. Die Volkswirtschaft soll zwar nicht verstaatlicht werden, aber sie steht unter unserer Verantwortung, und zwar als solche. Daß die Freiburger Schule der Neuliberalen auch die Marktwirtschaft als gesellschaftliche Veranstaltung erkannt hat, eröffnete die Aussicht auf ein Zusammengehen zwi-

schen ihr und den freiheitlichen Sozialisten nicht nur im Sinne eines guten Kompromisses, sondern im Sinne einer fruchtbaren Begegnung. (Eine solche Begegnung bahnt sich heute zwischen den Sozialisten und denjenigen Politikern an, die aus aktivem Christentum heraus eine Erneuerung des sozialen Lebens anstreben.) Der Neoliberalismus sucht aber seine Gefolgschaft an der falschen Stelle. Das macht ihn schwunglos und unentschlossen in Bereichen, in denen er bereit sein sollte — wehe zu tun. Markten kann nur, wer etwas zum Markten hat. Man kann die Marktwirtschaft nicht im Bunde mit den Interessenten jener historisch gegebenen Startverteilung verwirklichen, die die Marktwirtschaft weitgehend funktionsunfähig macht. Hier, und nicht im angeblich „professoralen“ Charakter des Programms, liegt der wahre Grund der Verlegenheiten des Neoliberalismus. „Professoral“ ist an dieser Lehre — wenn überhaupt etwas, dann — ihre unrealistische Nichtberücksichtigung historisch gegebener Interessenlagen. Aber Professoren müssen nicht so sein. Das hat u. a. Marx gezeigt. Nicht je lebensfremder, sondern je — mutiger neuliberale Professoren sind, desto weniger sind sie dort beliebt, wo sie ihre Gefolgschaft suchen, aber nur als Zulieferer willkommener Argumente geschätzt werden.

Natürlich kann man die Lehre von den Interessenten, die sich Weltanschauungen liefern lassen, auch übertreiben. Der freiheitliche Sozialist von heute neigt dazu sehr wenig (vielleicht hier oder da etwas zu wenig). Natürlich gibt es unter den führenden Männern der Wirtschaft viele, die menschlich zu sehr Format haben, um nicht über den Kirchturm ihres Dorfes hinwegblicken zu können. Mit ihnen wird ein fruchtbares Gespräch immer möglich sein. Auch der freiheitliche Sozialist sucht diese Gespräche, und seine Anhänger haben viele geführt. Aber nochmals: Wie steht es mit der geschichtlich gegebenen Startverteilung? Was soll mit ihr geschehen — an und für sich und im Hinblick auf die Funktionsfähigkeit der Wettbewerbswirtschaft? Der Sozialismus stellt diese Frage seit hundert Jahren. Katholische Sozialforscher haben sie mit strenger Entschiedenheit aufgegriffen. Die evangelische Moraltheologie widmet ihr zunehmende Aufmerksamkeit. Hat der Neoliberalismus zu ihr wesentlich mehr zu sagen als die Mahnung zu mehr Wettbewerb? Wenn ja: wo glaubt er die politischen Stützen für unbeliebte Forderungen solcher Verteilungspolitik zu finden?

#### *Verteilt werden Lebenslagen*

Verteilt wird nicht Geld, verteilt werden nicht /einzelne Güter und Dienste — *verteilt werden Lebenslagen mit allen ihren „materiellen“ und „immateriellen“ Werten und Unwerten.* Daher sollte die Begriff „Lebenslage“ zum Zentralbegriff der Verteilungslehre und besonders aller Sozialpolitik werden. Bei dem vor Jahrzehnten begonnenen Bemühen darum steht die Forschung mit sozialistischer Fragestellung nicht allein. Es gibt heute Neuliberale, die sich um Ähnliches bemühen. (Wenn ich unfreundlich wäre, würde ich hier sagen: „mit süßsaurer Miene“. Aber warum sollte ich mich nicht lieber über die Tatsache der Annäherung freuen?)

Zwei immaterielle Unwerte seiner Lebenslage haben sich in neuerer Zeit beim Arbeiter immer mehr in den Vordergrund seines Bewußtseins geschoben und beschäftigen ihn und die Organisation seiner Gruppe heute fast mehr als die nicht mehr ganz so dringend der Abhilfe bedürftigen „materiellen“ Unwerte seiner Lebenslage wie geringe Lohnhöhe und unvollkommene „soziale Sicherheit“. Es sind die immateriellen Übel der praktisch unvermeidlichen sozialen Abhängigkeit und der zu geringen Möglichkeit menschlicher Bewährung und gegebenenfalls gesellschaftlicher Auszeichnung beim Wirtschaften, im besonderen zu geringer Aufstiegsmöglichkeit. Beide Übel hängen zu einem wesentlichen Teil mit der Vermögenslosigkeit des Arbeiters zusammen, aber zu-

gleich auch mit der herrschenden Politik hinsichtlich der Unternehmenstypen und mit den sozialen Mängeln unserer Schulverfassung, von denen im folgenden nicht die Rede sein soll.

Jeder sittlich gebundene Politiker von Format und jeder Sozialpädagoge werden es als hochbedeutsamen kulturellen Fortschritt empfinden, daß sich die Arbeiterschaft im Verlauf eines Jahrhunderts aus stumpfer Proletarität zu einer selbstbewußten sozialen Gruppe mit deutlich geprägtem eigenem Lebensgefühl entwickelt hat (ein Lebensgefühl, das sich natürlich wandelt — zur Zeit vielleicht nicht überall zu seinen Gunsten). Es wäre töricht, sich in der Freude über diese epochale Entwicklung durch Hinweise auf gewisse „kollektivistische“ Züge im Lebensstil dieser Gesellschaftsgruppe beeinträchtigen zu lassen. Die Vermassung ist kein Spezialmerkmal dieser Gruppe, sondern eine bedrohliche Zeiterscheinung in *allen* sozialen Gruppen *ohne jede Ausnahme* und muß anders erklärt und bekämpft werden, als dies bei Blickfixierung auf die Arbeiter und ihre Organisationen möglich ist.

Nun besteht aber hier eine wahrhaft tragische *Gegenläufigkeit der sozialgeschichtlichen Tendenzen*: In einer Zeit, in der auch der Arbeiter zum Selbstbewußtsein der Persönlichkeit gelangt, verringert sich die Zahl der Arbeitsplätze, an denen der Produzent unter eigener individueller Verantwortung tätig sein kann, bis auf einen immer kleiner werdenden Rest (in Deutschland gibt es noch 15,4 vH „Selbständige“). Hier ist ein säkulares Problem entstanden, dessen Lösung höchste Kunst schöpferischer Neugestaltung des wirtschaftlichen Lebens erfordert. Wir können uns hier nicht bei der Überlegung aufhalten, daß der Arbeitsvertrag im Rechtssinne frei ist. So, wie die Dinge heute tatsächlich liegen, bedeutet der an keine bestimmten menschlichen Qualitäten geknüpfte äußerliche Vorzug des Besitzes von Vermögen *Anspruch auf Menschenführung*. Der Art, wie dieser Anspruch realisiert wird, können sich, abgesehen von der Wirkung gewisser Schutzvorschriften, die dieser Leitungsmacht Unterworfenen nicht entziehen. Sie können allenfalls von dem einen derartigen Arbeitsplatz zum anderen hinüberwechseln; aber es ist reiner Zufall, wenn sie dort eine andere Situation antreffen. Dieser Zustand trifft zwar auch die gehobenen Schichten der abhängigen Produzenten; aber er trifft sie in wesentlich milderer Form, gemildert durch den ihnen entgegengebrachten höheren sozialen Respekt sowie durch eigene abgeleitete Leitungsbefugnisse.

Dieses Übel läßt sich weder durch Einstellung von Psychologen in die Betriebe noch romantisch durch Rückkehr zu Unternehmens-*Idyllen* beheben. Zwar gibt es einige sehr beachtliche neue Tendenzen zugunsten des Mittel- und Kleinbetriebes. Im ganzen handelt es sich aber bei der erdrückend hohen Zahl der Unselbständigen um Wirkungen der allgemeinen Industrialisierung auf der Grundlage der heutigen Politik hinsichtlich der Unternehmenstypen und der herrschenden Vermögensverteilung. Das Übel wiegt dabei, gemessen am eigentlichen Sinn des individuellen und sozialen Lebens, so schwer, daß hier selbst Maßnahmen gerechtfertigt sein können, die, bezogen auf die Regeln für die einzelnen Teilbereiche des sozialen Lebens, nicht „konform“ sind. Ohne Zweifel wird es *stets* auf die menschlichen Haltungen im Betrieb ankommen, und vieles ist da besser geworden. Aber das reicht nicht. Unter den gegebenen Verhältnissen kommt es auch auf ausreichende institutionelle Maßnahmen an.

#### *Neue Formen der Verantwortung im Wirtschaftsleben*

Es ist klar, daß heute im industriellen Sektor der Volkswirtschaften Verantwortung nur noch als Mitverantwortung, Eigentum für die „Kleinen“ nur noch als Miteigentum oder Gemeinschaftseigentum und Dispositionsrechte nur noch als Mitbestimmungsrechte verwirklicht werden können; also als das, was man mit Vorbehalt als „Surrogate der Selbständigkeit“ bezeichnen könnte. M.a.W., der alleingängerische Einzelunternehmer,

die Unternehmergeellschaften und die „angestellten Unternehmer“ der Kapitalgesellschaften — ganz zu schweigen von ihren Inhabern — müssen irgendwelche Rechte abtreten, wenn dieser kulturellen Not unserer Zeit gesteuert werden soll, die ja *nur die andere Seite einer kulturellen Chance unserer Zeit* ist.

Hier erhebt sich nun in der Tat unter dem Gesichtspunkt der „Konformität“ das Problem, ob nicht derjenige *mithaften* müsse, der mitbestimmen will. Aber wir sehen klar: Hier kann die Forderung der Modellkonformität — gewissermaßen ein wirtschaftsrechtlicher Ressortpartikularismus — unmöglich das letzte Wort haben. Es geht um größere Dinge. Man stelle sich einmal vor, das Vermögen wäre so verteilt, daß sich niemand mehr bereit fände, mit einem Unternehmen einen Arbeitsvertrag abzuschließen, der ihm nicht Mitbestimmungsrechte einräumte. Diese Situation würde der Liberalist als „natürlich“ hinnehmen und sich ihr anpassen. Er würde zunächst versuchen, den Partner zur Beteiligung zu bewegen; und wenn er auch dies nicht erreichte, würde er die Mitbestimmung bedingungslos zugestehen. Er würde dann wohl die Erfahrung machen, die schon heute einige Unternehmer besitzen, daß sich auch mit dem wirtschaftlichen Mitbestimmungsrecht sehr wohl arbeiten läßt. (Auch der Verfasser hat das bei der Sanierung eines großen Unternehmens vor Jahrzehnten einmal praktisch erprobt.)

Aber unterstellen wir einmal, es sei anders, und akzeptieren wir die These, daß in den wirtschaftlichen, also den eigentlich wesentlichen Fragen Mitbestimmung nur haben solle, wer auch vermögensrechtliche Haftungen übernimmt! Dann kann das bei der Bedeutung des ganzen Problems nur heißen, daß man den abhängigen Produzenten *nicht weniger, sondern mehr als das begehrte Mitbestimmungsrecht* bietet. In der Tat sollte ihnen, um deren Würde es hier geht, *in ausreichendem Umfang die Möglichkeit eröffnet werden, solche vermögensrechtliche Haftung zu übernehmen*: d. h., es sollte ihnen Vermögensbildung ermöglicht werden.

Das bedeutet entweder echte dirigistische Umverteilungen des Vermögens, wie sie im agrarischen Sektor seit Jahrtausenden in allen Erdteilen immer wieder vorgenommen worden sind und heute im Falle des Lastenausgleichs dem allgemeinen Rechtsgefühl des Volkes entsprechen. Oder aber, man entschließt sich zu wirksamer Förderung rascher Vermögensbildung durch lenkerische Begünstigung des Sparens und vor allem zu entsprechender Lenkung des Kredits. (Was hätte nach dem Kriege in dieser Hinsicht zur Gesundung unserer sozialen Verhältnisse alles geschehen können, wenn die inländischen und ausländischen Mittel zur Förderung der Neuinvestitionen unter diesen Gesichtspunkt gestellt worden wären! Es ist bisher im Industriesektor trotz aller Anregungen von sozialistischer Seite nicht einmal im Lastenausgleich geschehen. Es hat hier an schöpferischer Phantasie gefehlt.) Oder schließlich, man legt so große Teile des Einkommens der Oberschichten auf die wirtschaftlich schwachen abhängigen Produzenten um, daß es bei ihnen gewissermaßen von selbst zur Vermögensbildung und von da aus zur Übernahme von Haftungen in Verbindung mit Mitbestimmung an der Stätte des Vermögenseinsatzes kommen kann. In dieser Hinsicht haben unabhängig voneinander sozialistische Theoretiker und nichtsozialistische katholische Sozialwissenschaftler nach dem Krieg immer wieder betont, daß das volkswirtschaftliche Erfordernis der Kapitalbildung nicht gegen hohe Löhne spricht, wenn gleichzeitig wirksame Maßnahmen getroffen werden, die das Sparen erleichtern und anreizen oder dahin führen, daß Einkommensanteile in Gemeinschaftsunternehmen eingebracht werden.

Der freiheitliche Sozialist wird den ersten Weg — also den Weg der dirigistischen Umverteilung von individuellem und Gruppenvermögen — nur gegen Entschädigung und auch nur, soweit sich kein anderer Ausweg bietet, beschreiten wollen. Zwar geschähe derartige im Dienste der Idee des Eigentums und nicht zur Verletzung dieser Idee; die Persönlichkeitswerte, die mit dem Eigentum verbunden sind, würden auch

denjenigen Menschen zugänglich gemacht werden, denen eine ungerechte geschichtlich gegebene Verteilung sie bisher vorenthält. Aber es würde sich wie beim Lastenausgleich um einen Eingriff in — subjektiv gesehen — wohlverworbene Rechte handeln, der nur aus zwingenden Gründen und also nur insoweit zulässig ist, als nicht andere Wege zuverlässig zum gleichen Erfolg führen. Immerhin könnte man an ähnliche Maßnahmen wie in der Landwirtschaft die Erfassung „auslaufender“ und „wüster“ Höfe für Flüchtlingsiedler auch zugunsten von Arbeiter-Gemeinschaftsunternehmen in der Industrie, ferner an geeignete Auflagen in dieser Richtung bei der Investierung von Lastenausgleichsmitteln in der Industrie und an Ähnliches denken. Vor allem aber könnten *neu zu gründende* Unternehmen in diese Richtung gelenkt werden. Als organisatorische Form solcher Unternehmenstypen würde sich im allgemeinen die sog. Produktivgenossenschaft *nicht* eignen. Aber es gibt erprobte bessere Formen kapitalgesellschaftlicher Art, für die sich hinsichtlich der Vertriebenen der „Ständige Ausschuß für Selbsthilfe“ einsetzt. In allen diesen Fällen wird das Nächstliegende getan. Es wird Mitverantwortung und Mitbestimmung geschaffen, indem die bisher Abhängigen *gemeinschaftlich die eigentlichen Träger des Unternehmens werden*. Die kulturelle und sittliche Situation der industrialisierten Volkswirtschaften unserer Zeit gestattet nicht, daß abgewartet wird, ob sich etwa eine derartige Entwicklung, die die heutige Mitbestimmungsbewegung überhöhen würde, von selbst einstellen wird. Angesichts der Vermögenslosigkeit der abhängigen Produzenten ist das höchst unwahrscheinlich. Die bloße institutionelle und sozialpädagogische Sicherung des Wettbewerbes kann dieses Problem nicht lösen. Die wirtschaftlich schwachen Abhängigen bedürfen auf diesem Gebiete wirksamer verteilungspolitischer und investitionspolitischer Starthilfe und fördernder Maßnahmen von ähnlicher Art, wie die vor hundert Jahren von *Friedrich List* für das Gebiet des Außenhandels empfohlenen befristeten „Erziehungs“-Maßnahmen.

Auch diese Betrachtung möge mit einer Frage beendet werden: Kann der Neoliberalismus zur Lösung der Probleme, die die wirtschaftliche Abhängigkeit von über SO vH der Produzenten aufwirft, Vorschläge entwickeln, die nicht in der Empfehlung von Idyllen bestehen, sondern konstruktiv und umfassend genug sind? Solche Programme brauchen die Marktwirtschaft nicht zu gefährden. Sie sind unentbehrlich zur Lösung sozialer und kultureller Kernfragen unserer Zeit.

*Böhm*<sup>1)</sup> sagt mit Recht, es könne einen guten Sinn haben, von „Marktwirtschaft von links“ zu sprechen. Der freiheitliche Sozialismus hat diese Formel geprägt. Seine Anhänger sind von der Neuartigkeit dieser Formel selbst fast ein wenig benommen, obwohl sie der folgerichtige Abschluß einer mindestens dreißigjährigen Entwicklung ist. Aber der freiheitliche Sozialismus würde seinen Sinn verfehlen, wenn er sich in der Stellungnahme zu einem Problem erschöpfte, das nicht nur unter gesamtpolitischem Aspekt, sondern sogar schon unter wirtschaftspolitischem Aspekt nur ein Teilproblem ist. Eine Geste der Verständigungsbereitschaft, wie sie Böhm's Artikel unverkennbar bedeutet, sollte den freiheitlichen Sozialismus nicht auf diese Bahn drängen wollen. Böhm selbst verwahrt sich gegen die Deutung, als könnten alle Probleme in der Blickrichtung zur Marktwirtschaft gesehen werden. Aber was er zu den von uns erörterten wirtschafts-, sozial- und kulturpolitischen Kernproblemen sagt oder vielmehr nicht sagt, zeigt doch, daß zwischen Neoliberalismus und freiheitlichem Sozialismus diese Kernfragen zum mindesten noch offen sind. Am Ende meint Böhm, konzentriert auf die „reine Lehre“, schließlich doch nur, der Sozialist könne getrost der Marktwirtschaft vertrauen und bietet dem Sozialismus im Bereich seiner Kernanliegen, soweit sie mit dem Verhältnis zur Marktwirtschaft nichts zu tun haben, recht eigentlich — nichts. Ja, weniger als nichts: ein herablassendes Schulterklopfen.

1) Franz Böhm, Marktwirtschaft von links und von rechts, Frankfurter Allgemeine Zeitung, Nr. 248 vom 24. Oktober 1953

## Sozialdemokratie und Mittelschichten

Auch bei demokratischen Wahlen muß immer einer unterliegen, und die SPD ist bei den Bundestagswahlen am 6. September 1953 zum zweiten Male in der Minderheit geblieben. In anderen Demokratien ist dieses Schicksal manchen Parteien jahrzehntelang widerfahren; und niemand sieht darin mehr als eine Aufforderung, das Spiel beim nächsten Male zu wiederholen. In den Vereinigten Staaten haben die Republikaner, „The Grand Old Party“, achtzehn Jahre hindurch auf ihren Zug warten müssen. In Deutschland erhebt man ob eines Vorgangs, der in der Natur der Demokratie liegt und nur deren Spielregeln entspricht, ein großes Geschrei. Man macht aus einer Wahlniederlage eine tiefsinnige Theorie vom Versagen der Sozialdemokratie, deren Verderben vom Marxismus komme. So *Heinz-Dietrich Ortlieb* und *Walter Theimer*, bekannte Kämpfer gegen die Schimäre, die sie für den „Marxismus“ halten, in den GM vom Oktober 1953. Beide sind Sozialdemokraten.

Walter Theimer: „Wieder ist es der Sozialdemokratie mißlungen, in die Mittelschichten einzudringen. Einer der Gründe — keineswegs der einzige — ist die immer noch fehlende Absage an den Marxismus.“ Demnach das logisch konkludierbare Rezept Theimers (von der „Waage“ abguckt): Man nehme irgendwoher . . . zig Millionen Deutsche Mark und verwende sie zu Inseraten folgenden Inhalts in allen deutschen Zeitungen: *Die SPD ist keine marxistische Partei!* Denn: „Bis zur unzweideutigen Erklärung des Gegenteils bleibt die SPD in den Augen des Volkes eine marxistische Partei.“

Nur wird sich leider die vollkommene Fehlinvestition einer solchen Inseratenkampagne nach vier Jahren erweisen, wenn Theimer recht hat mit seiner Behauptung von der Mentalität des Angestelltenteils der Mittelschichten: „Eine Gewerkschaft ist für sie (dummerweise) schon Marxismus!“. Es gibt auch gar nicht so etwas wie eine „marxistische Partei“, es gibt auch keine „marxistische Politik“; es gibt nur eine marxistische Methode der sozio-historischen Analyse, aus deren Ergebnissen man mehr oder weniger richtige politische Schlußfolgerungen ziehen kann. Wer eine Gewerkschaft für Marxismus hält, wird sich von einer sozialistischen Partei nie gewinnen lassen.

Theimer glaubt, auch die Gründe dafür zu kennen, weshalb die Sozialdemokratie dem Marxismus noch nicht abgeschworen hat: „Die Sozialdemokratie ist kaum noch eine marxistische Partei zu nennen; sie wagt aber nicht, das klar zu sagen. Rücksicht auf die alte Garde der Partei, die noch im marxistischen Glauben erzogen ist, auf die noch marxistisch denkenden Zuwanderer aus dem kommunistischen Lager, dann einfache Trägheit und eine aus der Apparatpolitik folgende Geringschätzung des Grundsätzlichen, das alles hat dazu beigetragen, daß die so wichtige Frage der Stellung zum Marxismus jahrelang auf Eis gelegt wurde. Erst jetzt, wo sich gezeigt hat, daß das keine ‚mir‘ grundsätzliche Frage ist, sondern von ausschlaggebender Bedeutung für die Wahlen war, beginnt man, sich damit zu beschäftigen.“

Alles, was Theimer hier zur Erklärung des von ihm gesehenen Phänomens vorbringt, ist grundfalsch. Bei dem streng demokratischen Aufbau und Charakter der SPD kann „die Partei“ nur sagen, was die repräsentativen Gremien der Partei, in höchster Instanz der Parteitag, grundsätzlich festgelegt haben. Die „alte Garde der Partei, die noch im marxistischen Glauben erzogen ist“, kann nach den durch die Nazidiktatur vorgenommenen Aderlässen kaum die Parteitage nach 1945 beherrscht haben. Bei der vorhandenen heftigen Abneigung gegen das sogenannte kommunistische Lager ist es widersinnig, zu sagen, daß man Rücksicht auf Zuwanderer aus diesem Lager nimmt. Der „Apparat“, soweit er überhaupt zwischen den einzelnen Parteitag Politik auf eigene Faust machen kann, ist doch an die auf den Parteitag festgelegten Grundlinien gebunden. Es ist naiv, anzunehmen, daß dieser „Apparat“ grundsätzlich dauernd gegen den Willen der

Parteimitgliedschaft verstoßen könnte, ohne seine Existenz und die der Partei aufs Spiel zu setzen. Im übrigen ist der „Apparat“ so vielgestaltig, daß in ihm permanent um die Linie der zu verfolgenden Politik zwischen den Parteitagern gerungen wird. Gerade die Vielgestaltigkeit des „Apparats“ bewirkt ja, daß jedes seiner Organe die anderen bewacht, damit die vom Parteitag festgelegte Linie nicht willkürlich verlassen wird. Zum „Apparat“ gehören beispielsweise auch die Fraktion der Partei im Bundestag sowie Verwaltung und Organisation der Gesamtpartei; beide sind im Parteivorstand vertreten, der in recht kurzen Abständen tagt. Das alles ist „die Partei“, von deren Art der Willensbildung Theimer offensichtlich nichts weiß, wenn er sagt, daß sie nicht wage, klar zu sagen, was sie ist. Die lebendige Partei wird in der Vorstellung Theimers zu einem Abstraktum, das mit der Fähigkeit eigenen Denkens und Handelns begabt ist. Von diesem mystischen Wesen werden zwischen 600 000 und 700 000 Mitglieder, die sich aber auf eine Satzung verpflichtet haben, auf politisches Denken und Handeln festgelegt, und acht Millionen Menschen sind bei den letzten Wahlen zum Bundestag so dumm gewesen, ihm ihre Stimmen zu geben. Es stünde schlecht um die Demokratie in Partei und Staat, wenn Theimers Phantasien der Wirklichkeit entsprächen.

Die „marxistische Partei“, von der Theimer schreibt, ist also eine Schimäre. Eine ähnliche Schimäre ist der „Marxismus“, wie Theimer ihn sieht. Für ihn ist der Marxismus ein „Ökonomismus“, eine „nur wirtschaftlich fundierte Soziologie“. Tatsächlich ist jedoch die ökonomische Lehre von *Karl Marx* ein makro-ökonomisches Modell, das sich auf makro-soziologische Untersuchungen gründet<sup>1</sup>). Marx versuchte, die ökonomischen, gesellschaftlichen, politischen und historischen Vorgänge von der Produktionsweise, also im Grunde von der Technik her, zu erfassen und in ihren Wechselwirkungen darzustellen.

Theimers Satz, „Zunächst ist in der marxistischen Lehre kein Ort für die Mittelschichten“, wird von Theimer selbst widerlegt. Allerdings sieht Theimer dort eine Verachtung für den Mittelstand, wo Marx die Existenz des Mittelstands durch Produktionsweise und Produktionsverhältnisse negiert sieht. Das Schicksal des besitz- und rechtlosen Proletariats, das Schicksal des sein Eigentum verlierenden und in das Proletariat hinabsinkenden Handwerkers, kleinen Unternehmers und Kaufmanns schien von den großen stationären Anlagen bestimmt, mit denen die Dampfkraft erzeugt wurde. Die Dampfmaschine erzeugte den Proletarier und die großindustrielle Produktion, die Dampfmaschine vernichtete den Mittelstand, der einst Träger der gewerblichen Produktion und Verteiler ihres Produkts war. Für einige spätere Marxisten schien ebenso der Dampfpflug den Bauern vernichten zu wollen, und man kann heute noch diese Hypothese begreifen, wenn man beispielsweise die anschaulichen Schilderungen von *Max Eyth* liest.

Nachdem Marx gestorben war, kamen die Elektrizität und der Elektromotor, kamen der Gasmotor und insbesondere der sehr bewegliche Explosionsmotor auf. Sie wirkten dezentralisierend auf Produktion, Wirtschaft und Verkehr und schufen eine neue betriebliche und gesellschaftliche Arbeitsteilung, eine neue ökonomische und gesellschaftliche Schichtung sowie neue gesellschaftliche und politische Bewußtseinsinhalte. Die neue Technik schuf nicht nur neue Erzeugnisse, sondern setzte zu ihrer Erhaltung, Anwendung und Weiterentwicklung auch neue Erzeugnisse voraus. Das alles machte neue Berufe und neue Unternehmensgrößen erforderlich. Beträchtliche Teile der Arbeiterschaft wurden Angestellte oder Kleinunternehmer. Neue gesellschaftliche Mittelschichten (keinesfalls mehr „Mittelstand“) entstanden so, deren Großteil sich einkommensmäßig jedoch wenig von den gehobenen Arbeitern unterscheidet, während das Problem der Eigentumslosigkeit (im Sinne einer eigentumsmäßigen Trennung von den Produktionsmitteln) heute

<sup>1</sup>) So hat Lawrence R. Klein in „The Keynesian Revolution“, New York 1948, Seite 131, darauf hingewiesen, wie sehr sich die makro-ökonomischen Modelle von Marx und Keynes ähneln.

für beide besteht, wie es zu Marx' Zeiten nur für die Arbeiter bestanden hatte. Dafür nur ein Beispiel: Der „Besitzer“ einer Tankstelle, die den großindustriell hergestellten Automobilen den Treibstoff liefert, ist meistens nicht deren „Eigentümer“. Viele solcher Beispiele finden sich im gesellschaftlichen Verteilungs- und Dienstleistungsapparat. Der Schmied und der Stellmacher erzeugten noch den Pflug und den Wagen, die Reparaturwerkstätte pflegt und repariert den Traktor und das Automobil, meistens sogar in gemieteten Räumen.

Die großen Dampfpflüge und Dampflokomobile sind längst verschrottet worden, und an ihre Stelle sind Traktoren, elektrisch getriebene Maschinen und dergleichen getreten, die zur Erneuerung des bäuerlichen Klein- und Mittelbetriebes mehr als die schönsten Ideologien beigetragen haben. Dennoch sind es noch keine zwanzig Jahre her, daß *John Steinbeck* seine großartigen „Früchte des Zorns“ schrieb, deren Anlaß die Entwurzelung der Klein- und Mittelfarmer durch die großen Traktoren der Landgesellschaften war. Die Wirtschafts- und Gesellschaftsplaner des Roosevelt'schen New Deal, die den amerikanischen Mißständen abhelfen sollten, und später die Keynes'schüler in der Truman'schen Administration wurden in den Vereinigten Staaten ebenso als Sozialisten, Kommunisten und Bolschewisten verschrien, wie in Deutschland die Sozialdemokraten als Marxisten und Zwangswirtschaftler verschrien werden, wenn sie von wirtschaftspolitischer Lenkung auf der Grundlage eines volkswirtschaftlichen Gesamthaushaltsplans sprechen. Dennoch glaubt Theimer, es sei der „Marxismus“, der die Sozialdemokratie hindere, die Mittelschichten zu gewinnen.

Die menschliche Gesellschaft hatte sich in ihrer Struktur nicht vereinfacht, wie es Marx berechtigterweise aus den ihm bekannten Fakten erwarten durfte, sondern sie war differenzierter geworden. Differenzierter war die Technik, differenzierter die Arbeiterklasse, differenzierter waren die Mittelschichten (als es der Mittelstand gewesen war), differenzierter waren die Einkommensverhältnisse, differenzierter deshalb auch das gesellschaftliche Bewußtsein der Menschen, differenzierter das politische Verhalten der Menschen.

Der geschichts-, besitz- und rechtlose Proletarier von einst ist zum selbstbewußten Arbeiter und Staatsbürger von heute geworden; er ist eine der stärksten Stützen, wenn nicht die stärkste Stütze des demokratischen Staates und der industriellen Wirtschaftsgesellschaft. Ein unerhörter Wandel der technischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlich-politischen Szenerie hat diesen Aufstieg des Arbeiters begleitet und mitverursacht. Indem Karl Marx der Arbeiterklasse zeigte, daß sie als Klasse selbst eine der größten geschichtsbewegenden Kräfte ist, gab er ihr ein geschichtliches Bewußtsein und führte sie in Gesellschaft und Staat zurück.

Wie kann man behaupten, in der marxistischen Lehre sei kein Ort für die Mittelschichten, und zugleich feststellen, daß Marx das Verschwinden der Mittelschichten weissagte? Es gab also doch einen Ort für die Mittelschichten in der Marx'schen Analyse. Was Theimer nicht bemerkt hat, ist nur, daß jener bei Marx aussterbende Mittelstand etwas gänzlich anderes war, als die Mittelschichten sind, die heute existieren, und die für die Sozialdemokratie gewonnen werden müssen. Schließlich haben wir doch auch feststellen müssen, daß die Arbeiterschaft von heute etwas anderes ist als das Proletariat, dessen Menschwerdung das Anliegen von Marx gewesen ist. Bei Hogarth in London ist kürzlich der dritte Band von *Leonhard Woolfs* „After the Deluge“ unter dem Titel „Principia Politica“ erschienen. Aus der Schilderung eigener Erlebnisse des sozialistischen Mittelständlers Woolf kann ein Leser von einigermaßen Intelligenz den Unterschied zwischen Arbeiter oder Mittelständler des 19. Jahrhunderts und Arbeiter oder Mittelständler des 20. Jahrhunderts herauslesen.

„Im Zeitalter des allgemeinen Wahlrechts jedenfalls bedeutet eine Stimme soviel wie die andere“, so schreibt Theimer selbst und erfaßt offenbar doch nicht die Schwere dieses Gedankens. Heute haben Arbeiter und Mittelschichten das allgemeine Wahlrecht, zu Marx' Zeiten hatten die Arbeiter gar kein Wahlrecht und der Mittelstand bestenfalls ein beschränktes. Wollte man dem simplen „Ökonomismus“ Walter Theimers, den er fälschlich Marx zuschreibt, folgen, so könnte man behaupten, daß die Mittelschichten aus ihrer miserablen ökonomischen Situation heraus in den dreißiger Jahren unseres Jahrhunderts das allgemeine Wahlrecht benutzten, um die Demokratie zu vernichten, indem „sie kräftig ihre eigene Politik zu machen vermochten, während der Marxismus erklärte, sie könnten sich nur entweder den Kapitalisten oder den Proletariern anschließen; ein Drittes gäbe es nicht“.

Vor dem 6. September 1953 behaupteten nicht „die Marxisten“, aber die Sozialdemokraten, das eigentliche Interesse der Mittelschichten würde von der SPD vertreten. Jedoch wählten die Mittelschichten — und nicht nur diese — die Parteien der sogenannten „Sozialen Marktwirtschaft“. Das lag nun nicht etwa an der „immer noch fehlenden Absage an den Marxismus“ seitens der Sozialdemokratie. Es lag auch nicht am fehlenden Klassenbewußtsein der Wähler, das tatsächlich „eben nicht einfach eine Funktion der wirtschaftlichen Lage“ (wer mag so etwas behauptet haben?) ist. Wenn sich aber die Mittelschichten nach der Meinung Theimers ein eigenes Klassenbewußtsein — „auch abgesehen vom Wirtschaftlichen“, so sagt eigentümlicherweise derselbe Theimer — erhalten haben, dann müßte das Werben um sie seitens der Sozialdemokratie als aussichtslos angesehen werden. Aber auch dieses vermeintliche Klassenbewußtsein der Mittelschichten hat diesen Wahlausgang nicht gebracht, zumal Theimer es sucht in „Bildung, kulturellen Gewohnheiten, gesellschaftlichen Sitten“, die den Angestellten vom Arbeiter trennen, obwohl ersterer gegenüber letzterem — wiederum laut Theimer — „sich als der wahre Proletarier fühlt“. „Die momentanen Folgen von Krieg, Vertreibung und Geldentwertung“ sind schon eher Ursachen dieser Wahlentscheidung, zumal die Mittelschichten schon zweimal innerhalb eines halben Menschenalters durch Währungskatastrophen enteignet wurden. Ortlieb hat die Ursachen des Wahlausgangs besser erkannt: „Unsere Wirtschaftspolitik ist seit der Währungsreform nicht viel anderes als eine leichtfertige, aber erfolgreiche À-la-Hausse-Spekulation gewesen. Dem entspricht eine überwiegend saturiert-optimistische Stimmung der westdeutschen Bevölkerung. In einer solchen Situation war ein erfolgreicher Wahlkampf für die Opposition schwierig, wenn nicht gar unmöglich.“ Der rasche Aufstieg nach Krieg, Zerstörung, Vertreibung, Inflation hat, was auch immer seine wirklichen Gründe und Ursachen waren, die in der Regierung sitzenden Parteien zum Sieg getragen. Wäre die SPD am Ruder gewesen, dann hätte wahrscheinlich auch sie gesiegt, und diese Diskussion wäre nicht aufgekommen. Schwer zu begreifen ist nur, warum Ortlieb trotz der von ihm erkannten plausiblen und realen Ursachen den Husarenritt gegen Schimären unternimmt und sich — vielleicht der Alliteration wegen? — vom „alten marxistischen Chiliasmus“ auf das „Charisma“ der Führerpersönlichkeiten zurückziehen will.

Den geschichtslosen Industrieproletarier zum geschichts- und klassenbewußten Arbeiter zu machen, war die Aufgabe der modernen Arbeiterbewegung; mit ihm und für ihn die moderne Demokratie zu erkämpfen, war die Aufgabe der Arbeiterparteien. Ihrer geschichtlichen Idee und Aufgabe nach ist die deutsche Sozialdemokratie in ihren Anfängen und noch im halbabsolutistischen Kaiserreich die Partei der Arbeiter gewesen. Mit den gewandelten sozialen Verhältnissen und nach dem Durchbruch zur Demokratie hat auch die Sozialdemokratie ihren Charakter gewandelt, und hat sie andere Aufgaben bekommen. Im System demokratischer Parteien verneint sie als Teil nicht mehr das Ganze, sondern sie ist mit ihrer Bejahung des demokratischen Staats ein Teil des

Genzen. Der Anspruch einer Partei auf die Führung im Staat ist demokratisch legitim, aber eine demokratische Partei gewinnt diese Führung nur über das Vertrauen der Wähler.

Um unter den gegebenen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Umständen das Vertrauen der Mehrzahl aller Wähler gewinnen zu können, muß die Sozialdemokratie mehr als eine reine Arbeiterpartei sein; sie muß die neuen Mittelschichten ansprechen, für sich gewinnen und in der Vereinigung von Arbeitern und Mittelschichten zur sozialen Volkspartei werden. Weil durch das Hinzukommen neuer Umstände, gänzlich neuer Fakten, die Entwicklung anders gegangen ist, als Marx aus seiner Kenntnis der seinerzeitigen Fakten geschlossen hatte, sagt man nun: Der ganze Marx ist falsch. Und man sagt — auch innerhalb der Sozialdemokratie — zur Sozialdemokratie: Wirf den Marx fort! Soweit diese Aufforderung von den Gegnern der SPD kommt, ist sie begreiflich.

„Soziale Pseudoreligion“ sagt der eine, und „Metaphysik“ sagt der andere unserer Kritiker. Sie glauben wohl, den Geist der Zeit gegen Marx aufrufen zu müssen, und leider ist es nur ihr eigener Geist. Der eine verzichtet mit seinem geringschätzigen Ausdruck auf das starke soziale Ethos, das uns von Marx überkommen und das im Grunde dasselbe ist wie „der praktische und fortschrittliche Idealismus in Aktion“, dessen Bedingung nach *John Dewey* nur „die Mechanisierung der Natur“ sein kann. Was *Theimer* die „Metaphysik des Marxismus“ nennt, ist seine eigene Ignorierung der Methode und die — in der Manier des Vulgärmarxismus — Übertragung von Untersuchungsergebnissen aus der Umwelt von Marx auf unsere eigene. Vielleicht ist auch in diesem Zusammenhang ein Wort von *John Dewey* nützlich: „When we take means for ends we indeed fall into moral materialism. But when we take ends without regard to means we degenerate into sentimentalism. In the name of the ideal we fall back upon mere luck and chance and magic or exhortation and preaching; or else upon a fanaticism that will force the realization of preconceived ends at any cost“<sup>2</sup>). (*John Dewey*: „Reconstruction in Philosophy“.)

Wenn *Walter Theimer* meint, der Sozialdemokratie raten zu müssen, sich um die Gewinnung der Mittelschichten zu bemühen, so ist ihm einfach entgangen, daß das mindestens seit 1945 geschehen ist<sup>3</sup>). Wenn er glaubt, daß die Sozialdemokratie zu diesem Zweck öffentlich dem Marxismus abschwören müsse („Entsagst Du dem Teufel?“), so hat er seinen Glauben selbst gründlich widerlegt. Er stellt ja in seinem Artikel dar, daß die anzusprechenden Schichten keine Ahnung davon haben, was denn eigentlich „Marxismus“ sei. Man müßte ihnen also erst erklären, was das ist, was die Sozialdemokratie abschwören will. Damit würde doch wohl das Gegenteil von dem erreicht, was *Theimer* selbst will. So steckt sein Aufsatz voller Widersprüche.

Eins ist richtig: „Das wirkliche Problem ist heute die Verelendung der Mittelschichten.“ Darum will die SPD den Mittelschichten helfen, wie sie einst den Arbeitern geholfen hat. Die „Soziale Marktwirtschaft“ der Herren *Erhard* et consortes tut alles andere, als den Mittelschichten zu helfen, und trotzdem haben diese Mittelschichten diese Herren gewählt, wie sie einmal auch Herrn *Hitler* und seinesgleichen gewählt haben. Sie wählen ihre Verderber und glauben, was diese ihnen an Märchen über die Veruchtheit der Sozialdemokratie auftischen. Und *Walter Theimer* hilft dazu, daß diese Märchen geglaubt werden. Es ist seine persönliche Tragik, daß er das nicht einsehen kann. Man muß den „marxistischen Standpunkt“ durchaus nicht „restlos aufgeben“, um anerkennen zu können, daß die Mittelschichten „ein dauernder Bestandteil der Ge-

2) „Wenn wir die Mittel für Ziele halten, dann verfallen wir tatsächlich moralischem Materialismus. Aber wenn wir Ziele ohne Berücksichtigung der Mittel betrachten, dann entarten wir zu Sentimentalismus. Im Namen des Ideals fallen wir zurück auf bloßes Glück, auf Zufall und Magik oder Ermahnung und Predigt; oder auch in den Fanatismus, der die Verwirklichung vorausbestimmter Ziele zu jedem Preis erzwingen will.“

3) Der „Marxist“ *Hilferding* hatte schon 1925 auf dem Heidelberger Parteitag es als notwendig bezeichnet, die Mittelschichten für die Sozialdemokratie zu gewinnen.

sellschaft sind“. Es scheint Theimer und anderen, ebenso wie den Mittelschichten, entgangen zu sein, daß die SPD geradezu ein besonderes Programm für die Mittelschichten hat.

Auf dem ersten Parteitag der deutschen Sozialdemokratie nach dem Zusammenbruch der Nazidiktatur sagte *Kurt Schumacher* 1946 in Hannover: „Sehen Sie unsere *geschichtliche Aufgabe*. Das wäre die Gewinnung des deutschen Mittelstandes. Es wäre die Aufgabe, das gesellschaftliche Sein, wie es sich aus diesem Krieg entwickelt hat, auch in politisches Bewußtsein umzuwandeln.“ Aus den Jahren 1946—1947 stammen die „Grundgedanken eines sozialistischen Wirtschaftsprogramms — Wege und Ziele sozialdemokratischer Wirtschaftspolitik“. In ihnen wurde den freien Berufen, den Handwerkern, den Einzelhändlern und den Bauern gesagt, daß man ihrer auch in einer sozialistischen Gesellschaft bedürfe, und daß diese ihr Eigentum, auch das an den Produktionsmitteln, nicht antasten werde. In den bei der Bundestagswahl von 1949 von der SPD herausgegebenen Schriften wurden wiederum die Mittelschichten eindringlich angesprochen, und im Aktionsprogramm, das der Parteitag von Dortmund im Jahre 1952 beschloß und das im Jahre 1953 als Wahlprogramm diente, befassen sich die einzelnen Hauptabschnitte positiv ganz besonders mit den freiberuflichen, intellektuellen, handwerklichen, gewerblichen und ländlichen Mittelschichten. Schließlich hat *Erich Ollenhauer* am 28. Oktober 1953 in seiner Rede zur Regierungserklärung programmatische Erklärungen an die Adresse der Mittelschichten gerichtet, die in der Öffentlichkeit sehr positiv gewertet worden sind, aber doch nur wiederholt haben, was die SPD seit 1946 immer wieder gesagt hat.

Innerhalb der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands bestehen die Arbeitsgemeinschaften sozialistischer Ärzte, sozialistischer Architekten und Techniker, sozialistischer Juristen, sozialistischer Lehrer und die Arbeitsgemeinschaften der selbständig Schaffenden für Handwerker, Kaufleute und ähnliche selbständige Berufe. Der Parteivorstand der SPD hat ein besonderes Sekretariat für die Arbeitsgemeinschaft der selbständig Schaffenden eingerichtet.

Walter Theimer hat unter dem Thema „Marxismus und Mittelschichten“ ganz andere Dinge abgehandelt, und das in unzulänglicher Weise: SPD und Marxismus; Mittelschichten und Marxismus; SPD und Mittelschichten u. a. m. Mit dem vorliegenden Aufsatz sollen einige Schiefheiten zurechtgerückt werden. Im übrigen wird die Sozialdemokratie nichts anderes tun können, als ihr Programm für die Mittelschichten immer wieder zu wiederholen, sich weiterhin für und um diese zu bemühen sowie geduldig zu warten, bis man sehen und hören kann oder will.

Denn auch hier gilt, was Ortlieb in Nr. 10/1953 der „Gewerkschaftlichen Monatshefte“ richtig bemerkte: „Wenn ein kurzfristiger Erfolg mehr als fraglich wird, tut man gut, in sachlicher Auseinandersetzung mit dem Gegner langfristig zu operieren.“ Aber es wirkt fast ein wenig erheitend, wenn solche Ratschläge an eine Partei gerichtet werden, die doch sicher nicht die bald neunzig Jahre seit ihrer Gründung überdauert hätte, wenn ihre wechselnde Führung nicht immer solcher Grundsätze eingedenk gewesen wäre.

Dieser Aufsatz kann durchaus passenderweise mit einigen Worten aus der Begrüßungsansprache beendet werden, die *Erich Ollenhauer* am 19. April 1953 in der öffentlichen Kundgebung der „Arbeitsgemeinschaft selbständig Schaffender in der SPD“ in Essen sprach: „Wir Sozialdemokraten beschäftigen uns wirklich nicht erst seit heute mit den hier behandelten Problemen; es ist eines von den guten Dingen, die wir von Karl Marx behalten haben, wenn wir immer und immer wieder unsere Umwelt und das Geschehen in ihr einer gründlichen Analyse unterziehen und nach deren Ergebnissen unser praktisches Handeln einstellen. Darum gibt es ja auch nichts Törichtereres, als der Sozialdemokratie nachzusagen, sie sei dogmatisch.“

## Marxismus — Absage oder Anpassung?

Ehe ich auf den Beitrag von Rudolf A. Paß vom sozialdemokratischen Parteivorstand eingehe, will ich mich mit den ziffernmäßigen Angaben auseinandersetzen, die A. Enderle im vorigen Heft der „GM“ in seinem Aufsatz „Ist der Marxismus schuld?“ betreffs des Verhältnisses von Arbeitern und Angestellten in der modernen Industriebevölkerung gemacht hat. Enderle zitiert nach der amtlichen Statistik der Bundesrepublik, daß die Arbeiter 51,9 vH, die Angestellten 15,7 vH der erwerbstätigen Bevölkerung ausmachen, und erklärt damit meine Behauptung, daß der Anteil der Arbeiter in kapitalistischen Ländern nirgends wesentlich über ein Drittel hinausgehe, für widerlegt. Er fügt hinzu: „Die Statistik erfaßt gewiß nur die Erwerbstätigen. Aber die nicht erwerbstätigen Alten, Invaliden, Hausfrauen und Kinder sind zweifellos in allen Bevölkerungsschichten entsprechend dieser Statistik vorhanden.“

Mitnichten, es ist zweifellos anders; das kann man durch einen weiteren Blick in die Bundesstatistik feststellen, eine Methode, die bloßen Vermutungen vorzuziehen ist. Dort steht zu lesen, daß der Anteil der Arbeiter im Jahre 1950 unter den *Erwerbspersonen* 50,9 vH betrug<sup>1)</sup>, unter der Gesamtbevölkerung, einschließlich der Angehörigen, jedoch nur 42,6 vH. Ich habe den Anteil an der Gesamtbevölkerung im Auge gehabt, weil ich ja die Beziehung des Berufsstandes zur Ausübung des Wahlrechts besprach und auch Nichterwerbstätige das Wahlrecht besitzen. Ich sprach ausdrücklich von der Frage, ob die *Völker* einmal überwiegend aus Arbeitern bestehen würden, und stellte fest, daß die Arbeiter nirgends Aussicht haben, zur *Mehrheit der Gesellschaft* zu werden. Zieht man von den erwähnten 42,6 vH gewisse Kategorien ab, die nicht zum Industrieproletariat im Marxschen Sinne gehören, so verbleiben für das letztere einige 37 bis 38 vH, also tatsächlich nicht viel mehr als ein Drittel.

Noch wichtiger ist die Frage, ob der Anteil der Arbeiter an der Bevölkerung *wächst* — das ist doch schließlich die Grundlage, auf der die marxistische Prognose ruht. Im Vergleich zur Bedeutung dieser Frage ist es ein zweitrangiges Problem, ob wir von der Gesamtbevölkerung oder der Erwerbsbevölkerung ausgehen, den momentanen Prozentsatz so oder so ansetzen. Ich stelle sicherheitshalber die Ziffern für *beide* Betrachtungsweisen zusammen:

Arbeiteranteil in vH der Gesamtbevölkerung		Arbeiteranteil in vH der Erwerbspersonen	
1882	47,6	1882	58,7
1907	47,4	1907	54,0
1950	42,6	1950	50,9

Aus diesen amtlichen Ziffern ist klar ersichtlich, daß der Anteil der Arbeiter *säkular im Abnehmen* begriffen ist. Gegenüber Marxens letztem Lebensjahr ist er merklich gesunken, indes Marx mit Sicherheit eine Zunahme bis zur „ungeheuren Mehrheit“ vorausgesagt hatte. Bis 1907 stagnierte der Arbeiteranteil an der Gesamtbevölkerung, dann begann er zu sinken. Der Anteil der Arbeiter an den Erwerbspersonen sank kontinuierlich seit 1882.

Die Erklärung Enderies, daß die SPD bei Erlangung sämtlicher Arbeiterstimmen schon allein die Mehrheit erreichen müßte, steht leider auf schwachen Füßen. Das wäre nur möglich, wenn das Wahlrecht auf Erwerbspersonen beschränkt würde. Daran denkt aber wirklich niemand. Wir müssen uns damit abfinden, daß Hausfrauen und alte Tanten zur Wahlurne gehen — wir haben ja jahrzehntelang dafür gekämpft.

1) Nach „Deutschland heute“, herausgegeben vom Bundespresseamt Bonn auf Grund der amtlichen Statistik. Ebenso die weiteren Ziffern.

Im Jahre 1907 kamen auf 13,31 Millionen Arbeiter erst 2,87 Millionen Angestellte und Beamte. Dagegen kamen 1952 auf nur 1.1,93 Millionen Arbeiter bereits 3,95 Millionen Angestellte und 895 000 Beamte. Von je 100 Erwerbspersonen waren 1882 erst 7 vH Angestellte und Beamte, 1950 waren es schon 19,9 vH. Auf drei Arbeiter kommt heute ein Angestellter (Ziffern des ¥¥I). Es ist in anderen Industrieländern ähnlich. In Schweden hat sich die Zahl der Angestellten und Beamten seit 1910 verfünffacht. Die Zunahme geht weiter. Noch 1915 kam in Schwedens Industrie ein Angestellter auf 12,5 Arbeiter, heute kommt schon ein Angestellter auf 4,4 Arbeiter. In der am meisten rationalisierten schwedischen Industrie, der chemischen, kommt ein Angestellter schon auf 2,5 Arbeiter.

Über die Gründe dieser Entwicklung brauchen wir hier nicht zu sprechen. Dr. *Croner*, Chef des Statistischen Büros der Angestellten und Beamten in Stockholm, aus dessen Aufsatz in der Zeitschrift „Sozialer Fortschritt“ Nr. 11/1953 obige Ziffern stammen, faßt die Gründe zusammen in den Schlagworten: Industrialisierung, Rationalisierung, Kommerzialisierung und Sozialisierung. Unter der letzteren versteht er die wachsende Übernahme wirtschaftlicher und sozialer Aufgaben durch die öffentliche Hand. Wir haben jedenfalls an Hand dieser Ziffern von der soziologischen Tatsache Kenntnis zu nehmen, daß der Anteil der Arbeiter an der Bevölkerung zurückgeht, zumindest stagniert, indes der Anteil der „neuen Mittelschichten“ rapid steigt. Davon müssen wir bei unseren politischen Erwägungen ausgehen. Das konnte Marx nicht wissen? Vielleicht nicht; aber er gab vor, es zu wissen. Er machte gerade in diesem Punkt sehr bestimmte Voraussagen, und diese Voraussagen wurden von den Sozialisten generationenlang propagiert. Marx und Engels sagten schon im *Kommunistischen Manifest*, daß nur das Proletariat „das eigenste Produkt der Industrie“ sei, wogegen alle übrigen, nicht zur „Bourgeoisie“ gehörigen Klassen „mit der großen Industrie verkommen und untergehen“ würden. Hätten so kluge Männer, die den ganzen Geschichtsablauf vorherzusagen unternahmen, eigentlich nicht wissen können, daß die gigantisch anwachsende Industrie auch immer mehr Angestellte benötigen würde?

Nun zu dem Aufsatz von Rudolf A. *Paß*. Auf die eingestreuten persönlichen Invektiven will ich nicht eingehen. Der Marxismus, den ich kritisiere, ist keine „Schimäre“, sondern jeder von mir angegriffene Lehrsatz ist in den Grundschriften des Marxismus, vom *Kommunistischen Manifest* über das *Kapital* bis zu den *Briefen* von Marx und Engels enthalten — den Schriften, die drei Generationen lang jedem werdenden Sozialisten in die Hand gedrückt wurden. Auch bei der augenblicklichen Diskussion über den politischen Standort der Mittelschichten wird immer in der SPD, z. B. in der Diskussion im „Neuen Vorwärts“ vom 16. Oktober 1953, S. 10, die Marxsche Formel wiederholt: „Das Sein bestimmt das Bewußtsein.“ Ist das Bekenntnis zu diesem Lehrsatz Marxismus oder nicht?

Nach dem Aufsatz von *Paß* muß man zu dem Schluß kommen, daß die SPD in der Mittelschichtenpolitik bei diesem Satz bleiben und geduldig abwarten will, bis die Mittelschichten auf Grund ihres „Seins“ das richtige Bewußtsein bekommen und die SPD wählen. Sollten die 40 Jahre, in denen diese Erwartung unerfüllt blieb, nicht genügt haben, um Zweifel an jenem Lehrsatz aufkommen zu lassen? *Paß* macht keinen Versuch zu einer wissenschaftlichen Diskussion über meine Behauptung, daß auch nicht-wirtschaftliche Dinge das Bewußtsein der Menschen, in diesem Fall der Mittelschichten, bestimmen können. Er geht darüber schnell hinweg und sucht die Gründe der Wahlentscheidung der mittleren Klassen wieder im Wirtschaftlichen. Er redet an meinen Einwänden vorbei.

Ich fürchte, daß der berühmte Satz „Das Sein bestimmt das Bewußtsein“ zwar eine Schimäre ist, aber keine von mir erfundene. Als Anleitung zum politischen Handeln hat er jedenfalls in der gegebenen Frage versagt. *Paß* wiederholt den immer wieder zu

hörenden Einwand, der Marxismus sei keine Sammlung von Lehrsätzen, sondern eine *Methode* der gesellschaftlichen und geschichtlichen Analyse. Eben die Richtigkeit dieser Methode ziehe ich in Zweifel. Sie beruht auf Lehrsätzen, z. B. auf dem Satz vom Sein und Bewußtsein. Ihre Arbeitshypothese ist: „Die Menschen reagieren auf ihr wirtschaftliches Sein rational und utilitarisch.“ Der politische Rationalismus, die Überzeugung von dem vernunftmäßigen Handeln der Menschen, ist das eigentliche Kernstück des Marxismus. Der Marxismus ist als analytische Methode nur beschränkt brauchbar, nämlich soweit die Menschen, was sie leider nicht immer tun, vernunftgemäß auf ihre Situationen reagieren. Das Verständnis irrationalen Handelns ist dem Marxisten verschlossen.

Mit dem Satz „Der Marxismus ist nur eine Methode“, mit der man die Kritiker so gern abspießt, klärt man in Wirklichkeit gar nichts. Die Kritik antwortet sofort: „Ja, eine Methode, die auf irrigen Voraussetzungen über das menschliche Verhalten ruht.“ Dann geht die eigentliche Diskussion erst an, und nun geht sie um das Dogma von Sein und Bewußtsein, um das Dogma von der rationalen Verhaltensweise, nicht mehr um eine Methode. Schon die Fragestellung über „Sein“ und „Bewußtsein“ ist in der morschen Form zweifelhaft und voller stiller Vorwegnahmen. Arbeitet man sich zu einer Definition dieser keineswegs einfachen Begriffe durch, so zeigt sich höchstens eine Wechselwirkung, bei großer Verschiedenheit von Fall zu Fall.

Bei Marx ist es durchaus nicht klar, ob er unter den alles beherrschenden „Produktionsverhältnissen“ die Technik versteht oder nicht vielmehr (wie das englische *relations of production*, das er hier zweideutig übersetzte, anzudeuten scheint) die sozialen Beziehungen zwischen den an der Produktion Beteiligten, also die Eigentums- und Rechtsverhältnisse. Das sind zwei ganz verschiedene Dinge, und Marxens Versuch, sie in streng geregelte Abhängigkeitsverhältnisse zu bringen, etwa daß die Technik letztlich die Wirtschaftsordnung bestimme, ist erstens nur andeutungsweise durchgeführt, zweitens durch wichtige geschichtliche Beispiele widerlegbar. Das Aufkommen der Dampfmaschine mußte *nicht* naturnotwendig zur kapitalistischen Ordnung führen, „den Proletarier erzeugen“, wie Paß in naiv-marxistischer Weise sagt — aus der neuen Technik hätte man genau so gut die sofortige Entstehung eines industriellen Kollektivismus ableiten [können, die genossenschaftliche Zusammenarbeit der Arbeiter an den neuen großen Maschinen, und das ist ja von den frühen Sozialisten tatsächlich versucht worden. Das Mißlingen ihrer Versuche war nicht von der Technik der Dampfmaschine vorbestimmt; es hätte auch anders kommen können.

Paß macht den Fehler aller Marxisten und sonstigen politischen Deterministen: Er verwechselt *Voraussetzungen* mit *Ursachen*. Die Dampfmaschine war gewiß die Voraussetzung des industriellen Kapitalismus, aber nicht seine Ursache; daß sich dieser Kapitalismus und nicht ein sofortiger Sozialismus daraus entwickelte, daran war noch eine Menge anderer Faktoren beteiligt, unter denen das Verhalten bestimmter Menschen und Menschengruppen, das *nicht* zur Gänze deterministisch erklärt werden kann, eine wesentliche Rolle spielte. Erst eine Untersuchung dieser anderen Faktoren kann *Ursachen* des Kapitalismus aufdecken. Im übrigen hätten auch die alten Manufakturen sich unter Umständen zu einem ganz netten Kapitalismus ausgewachsen können, ebenso wie es im Altertum die Latifundienwirtschaft auch ohne Dampfpflüge gab. Der „technische“ Determinismus ist noch bestechender als der „sozialrechtliche“, aber leider ebenso voll böser Fallen.

Daß die modernen elektrischen Kleinmaschinen wichtige Voraussetzungen für die Erhaltung des Kleingewerbes geliefert haben, ist selbstredend richtig. Es war übrigens ein Nichtmarxist, nämlich *Kropotkin*, der schon vor 50 Jahren diese Entwicklung voraussagte. Mit einer Dekretierung von Kausalitäten muß man aber wieder vorsichtig sein. Gewerbetreibende wie Bauern haben es auch schon zur Zeit rückständiger, ma-

schinenloser Betriebsmethoden verstanden, durch *politische* Mittel den Schutz ihres Kleineigentums durchzusetzen. Die dadurch gesicherte Erhaltung des Kleinbetriebs regte dann erst die Technik an, Kleinmaschinen für diesen Betrieb zu konstruieren. Die von Paß im marxistischen Ton der Verachtung erwähnten „Ideologien“ haben bei der Erhaltung des Bauern- und des Handwerkerstandes eine bedeutende, selbständige Rolle gespielt, so z. B. die Erwägungen über den bevölkerungs- und militärpolitischen Wert des Bauerntums, den politischen Wert einer starken Klasse kleiner Besitzer überhaupt — letztere Idee hat ja auch seit geraumer Zeit Eingang in die SPD gefunden. Auch wenn es keine Kleinmaschinen gäbe, müßte die SPD den Existenzanspruch des Kleingewerbes unterstützen.

„Wollte man dem simplen ‚Ökonomismus‘ Walter Theimers, den er fälschlich Marx zuschreibt, folgen“, schreibt Paß, „so könnte man behaupten, daß die Mittelschichten aus ihrer miserablen ökonomischen Situation heraus in den 30er Jahren unseres Jahrhunderts das allgemeine Wahlrecht benutzten, um die Demokratie zu vernichten.“ Ich schreibe nicht Marx fälschlich den Ökonomismus zu, sondern Marx hat sich ihn selbst auf das deutlichste zugeschrieben. Soll ich wieder einmal aus der Einleitung zur „Kritik der Politischen Ökonomie“ zitieren? Die von Paß mir unterstellte Behauptung kann man tatsächlich machen — was ist falsch daran? Natürlich war die wirtschaftliche Verelendung der Mittelschichten der Nährboden für Hitlers Propaganda. Erst greift Paß mich an, weil ich nicht marxistisch denke, dann aber schreibt er mir einen durchaus marxistischen Gedanken zu — und greift mich wieder an. Ich bin in jedem Fall ein Bösewicht. Der rein wirtschaftlichen Erklärung muß man natürlich noch geistige und politische Umstände hinzufügen, die bei der damaligen Entscheidung der Mittelschichten mitwirkten, darunter eine Reihe nationaler und autoritärer Traditionen, die geschichtlich gegebene Schwäche des demokratischen Gefühls in Deutschland, einen Hang zum Irrationalen und nicht zuletzt die mangelnde Anziehungskraft der marxistischen Parteien für jene Schichten. Ohne diese nichtwirtschaftlichen Faktoren hätte die Reaktion der Mittelschichten auf ihre Notlage anders ausfallen können. Der Fall zeigt doch gerade die Schwächen der marxistischen Betrachtungsweise, zu deren Verteidigung er sich besonders schlecht eignet. Man weiß nicht, worauf Paß mit diesem Passus eigentlich hinauswill.

Dann sagt Paß: „Wie kann man behaupten, in der marxistischen Lehre sei kein Ort für die Mittelschichten, und zugleich feststellen, daß Marx das Verschwinden der Mittelschichten weissagte? Es gab also doch einen Ort für die Mittelschichten in der marxistischen Analyse.“ Ja, wenn man den Aussterbeetat als diesen Ort ansieht, dann gab es ihn. Aber ich meinte einen Ort im gegenwärtigen wie zukünftigen Gesellschaftsbild, an dem sich die Mittelschichten wohl fühlen könnten; nur dann könnte man hoffen, daß sie sich in den sozialistischen Kampf einreihen. Der „bei Marx aussterbende Mittelstand“ ist bis heute nicht ausgestorben. Ich habe spaltenlang darüber geschrieben, daß sich heute außerdem noch große neue Mittelschichten anderer Art gebildet haben und daß diese für die SPD gewonnen werden müssen. Das hindert Paß nicht, zu schreiben, ich hätte den Unterschied zwischen alten und neuen Mittelschichten nicht bemerkt. Was für eine Diskussionsmethode!

Paß sagt, wie so viele andere, im Grunde folgendes: „Viele Einzelheiten am Marxismus sind falsch, aber der Marxismus als Ganzes ist richtig.“ Ich sage umgekehrt: „Viele Einzelheiten am Marxismus sind richtig, aber der Marxismus als Ganzes ist falsch.“ Es geht um die Grundauffassung, bis zu deren Änderung die teilweise Revisionsbereitschaft vieler Sozialisten noch nicht vorgedrungen ist. Die Philosophie des Marxismus ist irriger als seine Nationalökonomie. Es gibt hier keine Anpassung, sondern nur eine gänzliche Absage. Warum soll das so entsetzlich sein? Die englische Arbeiterpartei war

nie marxistisch, sondern hat sich immer zu einer liberalen, empirischen Philosophie „bürgerlichen“ Typs bekannt. Damit hat sie die 50 vH erreicht, die für die SPD noch ein Wunschtraum sind.

Zum Schluß kehre ich zu der Einleitung des Aufsatzes von Paß zurück. Den Versuch, die Niederlage zu bagatellisieren, halte ich für sehr bedenklich. Es ist nicht die erste dieser Art. Seit 35 Jahren ist der Sozialdemokratie, selbst wenn wir die Stimmen ihrer kommunistischen Abspaltung dazurechnen, der Griff nach der Macht immer wieder mißlungen. Man muß den tieferen Gründen dieser Serie von Mißerfolgen nachgehen. Sie liegen doch wohl nicht nur in Mängeln der Werbetechnik.

Was das Verhältnis zwischen „Apparat“ und Parteimitgliedern betrifft, so beweist der Hinweis auf die demokratische Verfassung der Partei nicht, daß es keine Apparatpolitik gibt. Seit den klassischen Untersuchungen von *Michels* über die Soziologie des Parteiwesens wissen wir, daß auch bei satzungsgemäß demokratischem Aufbau einer Partei der „Apparat“ herrscht. Das ist natürlich in anderen Parteien ähnlich, wenn auch mit dem wichtigen Unterschied, daß dort die herrschende Funktionärschicht nicht in einem Angestelltenverhältnis zur Partei steht. Paß versichert, daß der Apparat grundsätzlich nicht dauernd gegen den Willen der Parteimitgliedschaft verstoßen kann, ohne sein Bestehen aufs Spiel zu setzen. Nun, mit dem „Willen der Parteimitgliedschaft“ ist das so eine Sache. Angeblich weiß ich nicht, wie in den führenden Parteigremien die Willensbildung zustande kommt. Darüber weiß ich einiges, aber hier ist nicht unbedingt der Ort, davon zu sprechen. Sehr genau weiß ich dagegen, wie die Willensbildung in den unteren Parteiorganisationen, also der „Willen der Parteimitgliedschaft“, zustande kommt, denn das habe ich lange beobachtet. Die erste Tatsache, die in dieser Hinsicht in die Augen springt, ist der geringe Prozentsatz der Parteimitglieder, der überhaupt zu den regelmäßigen Versammlungen der Organisationseinheiten kommt. Das ist bei anderen Parteien noch schlimmer, gewiß. Aber Tatsache bleibt, daß in der SPD die überwiegende Mehrheit der Mitglieder an einer politischen Willensbildung überhaupt nicht teilnimmt. Von 700 000 den Parteivorstand überwachenden Mitgliedern zu sprechen, ist humoristisch. Die Soziologie moderner Parteien bringt es mit sich, daß der „Apparat“ immer ein wenig in der Luft schwebt. Die Passivität der Mitglieder bewirkt es. Das wird durch demokratische Deklamationen nicht geändert. Wie würden wir die demokratische Fundierung einer Regierung einschätzen, die auf Grund einer Wahlbeteiligung von — nennen wir eine willkürliche Ziffer — 10 oder 20 vH gewählt würde?

Zur Apparatpolitik gehören nicht nur diese soziologischen Tatsachen, sondern auch die Eigenart der Politik eines verselbständigten Angestelltenapparates. Das Sein der Apparatmänner bestimmt ihr Bewußtsein, um einmal mit Paß zu sprechen. Sie gehen in der apparativen Technik auf, leben in taktischen Erwägungen, denken in Manipulationen. Für das Grundsätzliche haben sie längst keine Zeit mehr. Aus dem Grundsätzlichen aber kam die feurige Sprache, die einst die Massen begeisterte. Heute hören wir statt dessen eine sonderbare offiziöse Sprache, schwerverständlich, diplomatisch-zweideutig, einschläfernd langweilig. So gewinnt man keine Wahlen.

## Parteien und Verbände im neuen Bundestag

In einer parlamentarischen Demokratie wie unserer Bundesrepublik, in der das Volk selbst die „Souveränität“ besitzt, vermag dieses Volk seine Herrschaft gerade deswegen unter den Bedingungen einer modernen Massendemokratie nur vermittels einer institutionell gefestigten „Vertretung“ auszuüben. Diese Vertretung, in der die vom Volke gewählten Abgeordneten den „Volkswillen“ repräsentieren, bildet das *Parlament*, bei uns also vornehmlich der Bundestag, nach den Worten des befugten Wahrers und Interpreten des Grundgesetzes, des Bundesverfassungsgerichts, jene „Stätte, wo die echten politischen Entscheidungen fallen“<sup>1)</sup>. Eines der wichtigsten und hervorstechendsten Merkmale des ersten deutschen Bundestages war dabei die fast vollkommene Durchsetzung der parlamentarischen Organe der Parteien, der „Fraktionen“, mit Vertretern außerparlamentarischer, ja sich „unpolitisch“ gerierender ökonomischer, sozialer usw. Interessengruppen, die zumeist organisatorisch gefestigt und dadurch „schlagkräftiger“ sind und die wir kurz „Verbände“ nennen wollen. Diese Verbände versuchen zur Durchsetzung ihrer partikular gerichteten Interessen fortlaufend einen „Druck“ auszuüben, sei es auf den einzelnen Abgeordneten oder die Fraktionen als solche, das Parlament insgesamt, die Ministerialbürokratie oder sonstige Organe und Repräsentanten der staatlich-politischen Sphäre<sup>2)</sup>. Seine Ergänzung findet dieses Merkmal unseres Staats- und Gesellschaftslebens in der Überschneidung und weitgehenden Identifizierung der fraktionellen und innerparteilichen Führungsgruppen, die insgesamt, im Gegensatz zum Wortlaut des Grundgesetzes, die tatsächliche staatliche Herrschaft in Form eines „politischen Oligopols“ ausüben. Das weitgehende Hineinragen der Verbände in diese oligarchischen innerparteilichen Führungsgruppen läßt dabei in höchst instruktiver Weise die tatsächliche Verklammerung und Verschmelzung von Staat, Gesellschaft und Wirtschaft als einer real gegebenen, unteilbaren sozialen Ganzheit einsichtig werden, die durch die einseitigen Teilfragestellungen und Teillösungen unserer überkommenen „Sozial“-Einzelwissenschaften zwar verdeckt, aber nicht aufgehoben werden kann<sup>3)</sup>. Die uns hier beschäftigende Frage zielt deshalb nach den Veränderungen oder — um es gleich vorwegzunehmen — Modifizierungen, denen dieses Gesamtbild durch die letzten Bundestagswahlen am 6. September dieses Jahres unterworfen worden ist.

Die Zahl von 282 Plenarsitzungen und 5832 Sitzungen der „Ausschüsse“ des ersten Bundestages verdeutlicht, welches Maß von Arbeit die Abgeordneten und Fraktionen zu erledigen berufen waren, zugleich aber auch, in welchem Maße sich auch in Deutschland die eigentliche parlamentarische Entscheidung vom Plenum, das der Öffentlichkeit und das heißt dem „souveränen Volk“ einsichtig ist, in die der Öffentlichkeit entzogenen Ausschüsse verlagert hat. Entgegen den Bestrebungen, nur jedem Fachministerium auf der parlamentarischen Ebene einen Ausschuß beizuordnen und dadurch die Anzahl der bisher 38 Fachausschüsse auf 25 bis 30 zu verringern, hat nach einer interfraktionellen Absprache das Plenum vorerst einmal für die künftige parlamentarische Arbeit 36 Fachausschüsse eingesetzt, nicht ohne ihre personelle Stärke gleichzeitig beträchtlich zu erhöhen, worin sich eine Verstärkung der bezeichneten Tendenz zur Verlagerung der parlamentarischen Entscheidung aus dem Plenum heraus ausdrückt. Ohnehin war die Anzahl der Ausschüsse *insgesamt* am Ende der Sitzungsperiode des letzten Bundestages auf 50 angeschwollen. Der „Deutschland-Union-Dienst“ der CDU kommentierte diese Entwicklung dahingehend, daß durch die verstärkte Übertragung des Hauptgewichts

1) Vgl. meinen Beitrag: Das Parlament, Gewerkschaftliche Monatshefte, Heft 8/1953, S. 463 ff. 2) Vgl. meinen Beitrag: Partei und Fraktion in Staat und Gesellschaft der Gegenwart, in: Gewerkschaftliche Monatshefte, Heft 2/1953, S. 74 ff.

3) Vgl. meinen Beitrag: Der Mensch in Betrieb und Wirtschaft, in: Gewerkschaftliche Monatshefte, Heft 11/1953, S. 661 ff.

der vorbereitenden gesetzgeberischen Arbeit an die Ausschüsse dem Plenum „mehr Freiheit für grundsätzliche Entscheidungen politischer Art“ gegeben werden solle. Diese intensivierte Konzentration der gesetzgeberischen und Regierungsarbeit überhaupt drückt sich auch in der Ernennung von vier „Sonderministern“ ohne Geschäftsbereich aus, zu denen auch noch der Bundesratsminister *Hellwege* (DP) zu rechnen wäre. Denn diese neuartige Ministergruppe, die sich gewissermaßen aus Exponenten ihrer Fraktionen im Kabinett zusammensetzt, hat den besonderen Auftrag, für eine noch intensivere und disziplinär gestrafflere Verbindung zwischen dem Kabinett und den Regierungsparteifraktionen zu sorgen. Ermächtigt der Art. 65 des Grundgesetzes den Bundeskanzler ohnehin, *allein* die Richtlinien der Politik zu bestimmen, so drückt sich in dieser Konstruktion, die ihren besonderen Rückhalt selbstverständlich in der 244 Mann starken Fraktion der CDU/CSU besitzt, der stärksten, jemals unter demokratischen Bedingungen gewählt in Deutschland, ein fast schon allumfassender Wille zur Konzentration der Regierungsmacht aus.

Ihre Entsprechung und Ergänzung findet diese Entwicklung, deren feste und tragfähige Basis selbstverständlich der große, ja überwältigende Wahlsieg der CDU/CSU bildet, in der womöglich vollständigeren und verstärkten Repräsentanz der Interessenverbandsvertreter im Bundestag, insonderheit natürlich derjenigen Verbände, die nachdrücklich Hilfsstellung bei diesem Siege geleistet haben. Die ohnehin sehr starke Vertretung der *Bauernverbände* und des *Bauernturns* ist im neuen Bundestag beispielsweise auf 59 angeschwollen, wobei auf die CDU/CSU allein 42 entfallen, auf die FDP 7, auf den BHE 4, der Rest zu gleichen Teilen auf die beiden übrigen Parteien. Es konnte deshalb kaum überraschen, daß die Bauernverbände alsbald nach der Bundestagswahl ihre Forderung nach Schutzzöllen anmeldeten und der Reduzierung des Imports auf den „natürlichen Bedarf“. Präzisiert wurden diese Forderungen auf der Hauptkundgebung des letzten Deutschen Bauerntages zu Münster bereits am 19. September dieses Jahres durch den Präsidenten des Bauernverbandes, Dr. Andreas *Hermes* (CDU), der bei diesem Anlaß die Hoffnung aussprach, daß die bäuerlichen Forderungen künftig stärker berücksichtigt würden. Im Vertrauen auf amtliche Zusagen hätten die deutschen Bauern zu dem „so erfreulichen Ergebnis“ der Bundestagswahl beigetragen und rechneten nun mit einer entsprechenden Führung der deutschen Wirtschaftspolitik. Dr. Hermes sprach sich im gleichen Zusammenhange auch für eine vertrauensvolle Zusammenarbeit des Bauernverbandes mit den Kirchen aus. Auf der gleichen Kundgebung machte das Vorstandsmitglied der Landwirtschaftlichen Rentenbank, Dr. Günter *Nöll*, den Vorschlag, Landwirtschaft und Industrie sollten über „Rationalisierung und Gesundung der Landwirtschaft“ gemeinsam beraten<sup>4</sup>).

Dieses Angebot richtet sich natürlich nicht nur generell an „*die Industrie*“, sondern vor allem an die in Frage kommenden Exponenten und Verbandsvertreter innerhalb der Fraktionen der Regierungskoalition, insonderheit natürlich der CDU/CSU. Hier sind nicht nur wiederum der besondere Intimus und Ratgeber des Bundeskanzlers, Dr. Robert *Pferdmenges*, sondern auch der Hamburger Bankier Hugo *Scharnberg* zu nennen. Ferner der Abteilungsleiter der Klöckner-Werke, Fritz *Berendsen*, Wilhelm *Nägel* von der Firma C. & A. Brenninkmeyer, der Präsident des Textileinzelhandelsverbandes, Josef *Illerhaus*, der Direktor des Deutschen Industrie-Instituts, Fritz *Hellwig*, das geschäftsführende Vorstandsmitglied des Unternehmerverbandes Remscheid, Peter-Wilhelm *Brand*, und der Hauptgeschäftsführer der Industrie- und Handelskammer Essen, August *Dresbach*. Aus der nächstwichtigen Fraktion der FDP wären im

4) Der Vorsitzende des Agrarausschusses des neuen Bundestages, Bauknecht (CDU), forderte die Bundesregierung alsbald nach seiner Wahl am 12. November 1953 auf, „ernsthaft zu prüfen“, ob eine noch größere Einfuhrliberalisierung für landwirtschaftliche Produkte verantwortet werden könne. Zwar sei der Export die stärkste Stütze der deutschen Wirtschaft, er dürfe aber nicht durch eine großzügige Importpolitik auf Kosten der Landwirtschaft ausgedehnt werden.

gleichen Zusammenhänge noch zu nennen der bisherige stellvertretende Vorsitzende des Finanzausschusses des Bundestages und Direktor der Gutehoffnungshütte, Dr. Martin *Blanck*, der Direktor der MAN-Werke Nürnberg, Hans *Wellhausen*, der Syndikus des Einzelhandelsverbandes Solingen, Willi *Weyer*, Willi Max *Rademacher*, ein führender Exponent des westdeutschen Spediteurgewerbes, und schließlich als einer der einflussreichsten und wichtigsten Männer neben Arthur *Stegner* Robert *Margulies*, der stellvertretende Präsident des Zentralverbandes des westdeutschen Getreide-, Futter- und Düngemittelhandels, während von den übrigen Fraktionen der Regierungsparteien noch besonders Dr. *Seebohm* (DP) hervorzuheben wäre.

Aber auch die Repräsentanz und damit der Einfluß des *Handwerks* wird im neuen Bundestag wesentlich verstärkt sein, ja nach Mitteilung seines Zentralverbandes wird das Handwerk im neuen Bundestag doppelt so viele Vertreter haben wie bisher.

Zu den elf wiedergewählten träten elf neue Abgeordnete hinzu, die dem Handwerkerstand angehören oder „ihm verbunden“ sind. Von den 22 Abgeordneten gehören 15 der CDU/CSU, 4 der SPD, 2 der DP und 1 der FDP an. Diese Ziffern nehmen sich allerdings geringfügig aus neben der Anzahl der Repräsentanten von Industrie und Gewerbe und ihrer Interessenverbände, deren hervorstechendste Vertreter wir bereits nannten und die insgesamt 67 Abgeordnete stellen, von denen 31 der CDU/CSU, 17 der FDP, der Rest den übrigen Fraktionen angehört. Gegenüber diesen eindrucksvollen Zahlen muß es als ein bedeutender Erfolg der anteilmäßig geringer vertretenen Bauernverbände und die bereits teilweise Erfüllung ihrer angeführten Forderungen und Wünsche betrachtet werden, daß der Bundeskanzler einem ihrer prominentesten und einflussreichsten Exponenten, dem Generalanwalt des Raiffeisenverbandes<sup>5</sup>), Dr. h. c. Heinrich *Lübke* (CDU), den Posten des Bundesernährungsministers an Stelle des ausgeschiedenen Dr. *Niklas* (CDU) anvertraut hat, der in den Augen der Bauernverbände die „bäuerlichen Belange“ nur ungenügend wahrzunehmen mußte. In diesem Zusammenhang verdient auch die Tatsache Interesse, daß der neue Sonderminister und Parteivorsitzende Waldemar *Kraft* (BHE) von 1921 bis 1939 Hauptgeschäftsführer des Hauptvereins der deutschen Bauernvereine war, der zentralen Bauernorganisation aller deutschen Landwirte des Posener Gebietes, und anschließend sogar Präsident der Posener Landwirtschaftskammer. Sein Parteifreund und Ministerkollege im neuen Bundeskabinett, Prof. Dr. Theodor *Oberländer* (BHE), studierte nicht nur Agrar- und Volkswirtschaftslehre, sondern war auch längere Zeit als Saatzüchter im Kubangebiet tätig.

Erfreulicherweise sind trotz ihrer sozialen Gebundenheit die Abgeordneten keineswegs immer bereit, sich widerspruchslos dem mehr oder minder massiven „Druck“ der Interessenverbände, der ihnen im angelsächsischen Sprachgebrauch den Namen „Pressure Groups“ („Druckgruppen“) eingetragen hat, zu beugen, wie der Fall des Spitzenkandidaten der südbadischen Landesliste der FDP/DVP lehrte. Der Fabrikant Dr. Karl *Hoffmann* (FDP/DVP) aus Schönau, der Vorsitzende des Wirtschaftspolitischen Ausschusses des ersten Deutschen Bundestages, legte nämlich seine sämtlichen Ehrenämter bei der oberbadischen Industrie- und Handelskammer, zu denen auch der Vorsitz des Industrieausschusses Oberbaden gehörte, nieder. Wie der Bundestagsabgeordnete Dr. Hoffmann aus diesem Anlaß mitteilte, geschah dies aus Protest gegen die Verletzung der parteipolitischen Neutralität durch die Schopfheimer Kammer, die sich in einem von ihrem Präsidenten unterzeichneten Rundschreiben einseitig für die Wahl der CDU-Kandidaten

5) Nach seinem jüngst erschienenen Jahresbericht für 1952 umfaßt der Deutsche Raiffeisenverband 3,341 Millionen Mitglieder (d. h. 200 000 mehr als 1947), die in 23 312 Genossenschaften zusammengeschlossen sind, mit einem Warenaumschlag von über 8,8 Milliarden DM für das Jahr 1952. Der zum neuen Generalanwalt an Stelle des ausgeschiedenen Bundesernährungsministers gewählte Dr. Gustav *Klusak* (CDU) meldete in einer Pressekonferenz am 12. November 1953 zu Bonn nachdrücklich die Forderungen des Raiffeisenverbandes an die neue Bundesregierung an. Sein Verband verlange, daß nicht allein die Flurbereinigung rasch verwirklicht und die Genossenschaften steuerpolitisch gestützt würden, sondern vor allem, daß die „allgemeinwirtschaftliche Bedeutung“ der Genossenschaften im künftigen Kartellgesetz der Bundesregierung anerkannt werde.

ausgesprochen hatte<sup>6)</sup>. Dieser massive Bruch der parteipolitischen Neutralität seitens einer „unpolitischen“, „rein wirtschaftlichen“, außerparlamentarischen Institution und der hinter ihnen stehenden Interessenverbände, der hier nur als ein positives Beispiel für viele angeführt sei, löst seltsamerweise jenseits der in diesem Falle erfreulicherweise kompromißlosen Gewissensentscheidung des Betroffenen in der Regel niemals jenen Proteststurm aus wie bei auch nur von fern daran gemahnenden Schritten auf der Gegenseite, was vielleicht seine Erklärung in dem berühmten biblischen Splitter im fremden beziehungsweise Balken im eigenen Auge finden mag.

Als einen der größten Sieger im Wettkampf der Verbände um einen möglichst großen Anteil an der politischen Entscheidungsgewalt darf man gewiß auch den *Deutschen Beamten-Bund* (DBB) bezeichnen. Er hat die Anzahl von rund 100 seiner Mitglieder im alten Bundestag im neuen nahezu verdoppelt. Dieser Erfolg wurde folgerichtig durch das Verbandsorgan des DBB mit einer Balkenüberschrift als „ein besserer Bundestag“ gefeiert. Die Forderungen des Deutschen Beamten-Bundes an den neuen Bundestag wurden dann auch — ganz analog dem Vorgehen der Bauernverbände — auf einer Sitzung des Bundeshauptvorstandes des DBB in Bad Wiessee Ende September des Jahres festgelegt. Zu ihnen gehört bekanntlich in erster Linie die Abschaffung der „Außenseiter“-Bestimmungen im neuen Berufsbeamtenrecht, das heißt also die verstärkte soziologische Differenzierung des Berufsbeamtentums in den Zustand einer „geschlossenen Gruppe“.

Gegenüber den vorgenannten zahlenmäßigen Anteilen der sozialen Gruppierungen und ihrer entsprechenden Verbände an der Gesamtzahl der Abgeordneten des neuen Bundestages und damit an der politischen Entscheidung für die nächsten vier Jahre muß die Anzahl der *Gewerkschaftsvertreter*, insonderheit wenn man sie, wie man das analog auch in den vorgenannten Fällen tun sollte, in Beziehung setzt zu der von ihnen repräsentierten Millionenzahl werktätiger Menschen, als gering bezeichnet werden<sup>7)</sup>. Von den 244 Mitgliedern der CDU/CSU sind beispielsweise nur 50 Gewerkschaftsmitglieder, während von den 151 Abgeordneten der SPD-Fraktion zwar 114 Gewerkschaftsmitglieder sind, aber nur 16 haupt- und 19 ehrenamtliche Gewerkschaftsfunktionäre. Dies widerlegt, wenn es dessen noch bedürfte, die ständig wiederholte Unterstellung von der heimlichen Übereinstimmung oder Zusammenarbeit der SPD und Gewerkschaften, da sich diese Anteilziffern vielmehr ganz eindeutig aus der Tatsache erklären, daß die SPD als politische Partei wie die Gewerkschaften als sozialer Verband sich vorwiegend aus den gleichen soziologischen Schichten rekrutieren, wie auch die geringere Anteilziffer für die CDU/CSU lediglich die entsprechend geringere Repräsentanz der in Frage stehenden soziologischen Schichten innerhalb der durch sie vertretenen Wählerschaft und von ihr umfaßten Mitgliedschaft zutreffend und richtig widerspiegelt. Zur Durchsetzung der gemeinsamen *gewerkschaftlichen* Ziele müßte sich jedem offensichtlich eine Zusammenarbeit der Gewerkschaftsvertreter *über* die Fraktionen *hinweg* anbahnen, zumal die Gewerkschafter innerhalb der SPD-Fraktion kraft der in der gegenwärtigen Regierungskoalition zusammengeballten, mit verfassungsändernder Gewalt ausgestatteten Zweidrittelmehrheit nahezu zur parlamentarischen Einflußlosigkeit verurteilt erscheinen. Ob sich eine derartige gewerkschaftliche Solidarität im neuen Bundestag anbahnen kann und wird und in welchem Umfang, muß allerdings erst die Zukunft lehren.

Bedeutsam erscheint auch besonders in diesem Zusammenhang, daß die fortgesetzten Spannungen, die das Verhältnis des mächtigen *Zentralverbandes der vertriebenen Deutschen* (ZvD) zu dem ausgeschiedenen Bundesvertriebenenminister *Dr. Lukaschek* (CDU)

6) Vgl. „Stuttgarter Zeitung“ vom 11. September 1953, S. 2.

7) Der prozentuale Anteil an der *erwerbstätigen* Gesamtbevölkerung umfaßt nach der letzten Volkszählung beispielsweise für die Beamten 4,5 vH, für die Arbeiter dagegen 51,9 vH, die Angestellten 15,7 vH und die „Selbständigen“ 15,4 vH („Wirtschaft und Statistik“<sup>11</sup>, 1951, Heft 3).

charakterisierten, nunmehr überbrückt oder zumindest abgemildert erscheinen. Der Vorsitzende des ZvD, Dr. Linus Kather (CDU/CSU), der auch in den zweiten Deutschen Bundestag als Abgeordneter zurückgekehrt ist und der während der Bildung der neuen Bundesregierung die Beteiligung des BHE an der Koalition heftig bekämpfte, hat in einem persönlichen Schreiben dem neuen Bundesvertriebenenminister, Prof. Dr. Theodor Oberländer (BHE), die loyale Zusammenarbeit des ZvD versichert, in der Hoffnung, „daß die Lösung der Probleme der Vertriebenen jetzt endlich mit Initiative, Tatkraft und Energie in Angriff genommen“ würden. Als ein paradoxes Gegenstück zu diesem Vorgehen des ZvD, das zeigt, mit welcher Unbekümmertheit, ja Unverfrorenheit selbst die politisch Mitverantwortlichen für das Elend der Vertriebenen die Durchdringung des politischen Bereichs durch die „unpolitischen“ Interessenverbände betreiben, muß die Reaktion der „*Interessengemeinschaft der Entnazifizierungsgeschädigten*“ bezeichnet werden. Sie ließ an die Adresse der Abgeordneten der Regierungskoalition verlauten, die „politisch Verfolgten der Nachkriegszeit“ könnten nach dem Wahlergebnis vom 6. September ihr Schicksal getrost der Zukunft überlassen. Das Wort des Bundeskanzlers: „Nun aber Schluß mit der Naziriecherei“ sei von Hunderttausenden von ehemaligen Nationalsozialisten als das erlösende Wort empfunden worden. Diese Haltung habe dem Bundeskanzler die Sympathie und das Vertrauen zahlreicher Wähler eingebracht, „die sonst bestimmt keine Regierungspartei gewählt hätten“. Die Zeit der Hoffnungslosigkeit sei damit für die Entnazifizierungsgeschädigten vorbei.

Als ein ganz gewiß minder zu politischer Wachsamkeit aufmunterndes, aber doch groteskes Seitenstück, das abermals die Selbstverständlichkeit der „Druck“-Ausübung jedweden Verbandes auf die politischen Instanzen in unserer modernen Massengesellschaft anschaulich illustriert, kann hier noch das Vorgehen des „*Deutschen Hausfrauenbundes*“, in dem etwa 100 000 Frauen zusammengeschlossen sind, angeführt werden. In einem Schreiben an den Bundeskanzler kritisierte er nämlich nicht allein in heftiger Form die angestrebte Vielzahl der Ministerien, sondern erklärte auch, der Steuerzahler werde auf jeden Fall verstimmt sein, wenn er feststellen müsse, daß durch dieses „Mammutkabinett“ wieder weitere Steuergelder ausgegeben werden müßten. Die Verantwortlichen in der Regierung möchten sich doch an die von ihnen gegebenen Wahlversprechungen hinsichtlich der Sparsamkeit in der Verwaltung erinnern. Darüber hinaus forderte der Deutsche Hausfrauenbund in diesem Zusammenhang u. a. ferner, daß zumindest *eine* Frau mit in das Bundeskabinett aufgenommen werde, während hingegen interessanterweise das Familienministerium von ihm abgelehnt wurde, weil es nach seiner Meinung keinen Zweck erfülle. Übrigens hat es nur die SPD für notwendig erachtet, diese oftmals mit schönen Worten angesprochene, ökonomisch und sozial so ungemein wichtige Gruppe der Hausfrauen im Bundestag vertreten zu lassen. Die einzigen fünf Hausfrauen unter den Abgeordneten gehören nämlich der SPD-Fraktion an, ebenso wie die einzigen zwölf Arbeiter-Abgeordneten, die noch als solche tätig sind.

Ungemein wichtiger erscheint aber der Anteil der Abgeordneten nach ihrer *konfessionellen* Gruppenzugehörigkeit, insonderheit deswegen, weil die zahlenmäßig überwältigende Fraktion der CDU/CSU ihre Partei ideologisch stets als eine „überkonfessionell-christliche“ erscheinen zu lassen bestrebt ist, in ihren Reihen aber der offene Konfessionshader alsbald nach der Wahl losbrach. Wenige Tage nach der Wahl ließ z. B. bereits die Informationsstelle der badenwürttembergischen CDU vernehmen, von den 38 in Baden-Württemberg gewählten Abgeordneten gehörten 14 der evangelischen Kirche an. Hierdurch und durch die Tatsache, daß die evangelischen Wähler im ganzen Bundesgebiet ein „überwältigendes Bekenntnis“ zur CDU abgelegt hätten, werde das Märchen von der „katholischen CDU“ eindeutig widerlegt. Bald darauf erklärte der

CDU/CSU-Pressedienst für die Gesamtheit der CDU/CSU-Fraktion, 40 vH ihrer Abgeordneten seien evangelischer Konfession und schloß ebenfalls, „daher“ sei die CDU/CSU keine katholische Partei.

Von dem führenden evangelischen Exponenten innerhalb der CDU/CSU, dem wiedergewählten Bundestagspräsidenten Dr. *Ehlers*, wurde dieses Thema alsbald aufgegriffen, als er in seiner bekannten Rundfunkrede nachdrücklich und unmißverständlich für konfessionelle Parität innerhalb seiner Partei plädierte und erklärte, das konfessionelle Verhältnis verhielte sich 3:2 zugunsten der katholischen Parteifreunde. Ein offensichtlich offiziös inspirierter Artikel im „Rheinischen Merkur“, der mit Recht als Sprachrohr der dem Bundeskanzler zunächststehenden Kreise gilt, stellte darob unter der Überschrift „Vorsicht mit Sprengstoff!“ mit unüberhörbaren Untertönen die Frage, ob dies „ein Fehdehandschuh sein soll“<sup>8)</sup>.

Dr. *Ehlers* griff dies Thema darauf nochmals im „Evangelischen Sonntagsblatt für Bonn und Umgebung“ auf und lehnte zwar ein Konfessionsbeamtentum um einer zahlenmäßigen Gleichheit willen ab, bezeichnete es aber andererseits als „ein Gebot der Vernunft“, daß in einem Volk, das konfessionell nicht einheitlich sei, bei der politischen Betätigung und Verteilung der Ämter auf diese konfessionelle Situation Rücksicht genommen werden müsse. Er forderte abermals, daß in der Bundesrepublik, in der mehr als die Hälfte der Bevölkerung evangelischen Bekenntnisses sei, sich dieses Verhältnis auch in der Regierung widerspiegeln müsse. Zugleich wies er darauf hin, daß im ersten Bundeskabinett neun katholische Minister fünf evangelischen gegenübergestanden hätten, was nicht dem Konfessionsverhältnis entsprochen habe. Zweifellos muß durch diesen offenen Ausbruch latenter Spannungen der konfessionellen Gruppierungen innerhalb der CDU/CSU, die sich auch in dem Tauziehen um die Besetzung des Postens des Bundespostministers durch einen Kandidaten der CSU womöglich evangelischer Konfession deutlich abzeichneten, die oftmals geäußerte Vermutung mangelnden konfessionellen und allgemein Dauerhaftigkeit verheißenden parteikörperlichen Zusammenhalts, der gegenwärtig nur durch das Geschick und das überragende persönliche Ansehen des Bundeskanzlers und Parteiführers gewährleistet werde, neue Nahrung gewinnen.

Das Bild übermächtiger Durchsetzung des „rein politischen“ Kräftefelds unserer Bundesrepublik und ihrer politischen Institutionen durch „unpolitische“, soziale, ökonomische, religiöse usw. Gruppierungen und „Pressure Groups“, das frühere wissenschaftliche Erhebungen bereits erbracht hatten, wird somit durch die mit dem 6. September eingeleitete Entwicklung noch bestärkt. Daß auch der latente totalitäre Trend, den viele Beobachter auf Grund der die verfassungsändernde Zweidrittelmehrheit umspannenden übermächtigen Position der Regierungskoalition befürchteten, trotz der Torpedierung des durch den ehemaligen Staatssekretär Dr. *Lenz* zu besetzenden „Überministeriums“, mit all seinen Gefahren noch nicht als endgültig abgewandt gelten darf, zeigt ein mit anerkennenswerter „dialektischer“ Geschicklichkeit für „Das Agentenwesen in einem Rechtsstaat“ plädierender Artikel in eben der angeführten Nummer des für gewöhnlich die künftige politische Linie vorauszeichnenden „Rheinischen Merkur“<sup>9)</sup>.

Von der Predigt, die der evangelische Landesbischof von Berlin-Brandenburg, Dr. *Dibelius*, zwei Tage nach dem Erscheinen eben dieses Artikels in der Östberliner Marienkirche hielt, und in der er erklärte: „Es wird die Zeit kommen, in der es als unanständig gilt, wenn eine große Nation ein ganzes Heer von Spitzeln hält, um anderen Geheimnisse abzulocken“<sup>10)</sup>, ist deshalb zumindest zu sagen, daß sie nicht allein an die östliche Adresse gerichtet schien.

8) „Rheinischer Merkur“, Nr. 44/8. Jhg. vom 30. Oktober 1953, S. 1.

9) Dr. M. Bergen, »V-Männer, Denunzianten und Spitzel. Das Agentenwesen in einem Rechtsstaat«, in „Rheinischer Merkur“, Nr. 44/8. Jhg. vom 30. Oktober 1953, S. 2.

10) Vgl. „Heidelberger Tageblatt“ Nr. 255 vom 2. November 1953, S. 2.

## Konsumgenossenschaftliche Entwicklungsprobleme

Die deutschen Konsumgenossenschaften haben nach dem Kriege nicht etwa da wieder anfangen können, wo sie 1933 in ihrer Aufbauarbeit unterbrochen worden waren. Sie sind viel weiter zurückgeworfen worden; ihre Mitgliederorganisation war ja im Jahre 1941 völlig zerschlagen worden, ihr Vermögen, das 1941 auf die Arbeitsfront übergang, war schon damals durch Entäußerungen und Verkrüppelung der geschäftlichen Entwicklung stark reduziert und erlitt in den darauffolgenden Jahren durch Kriegs- und Nachkriegseinwirkungen weitere empfindliche Einbußen. Was die alten Genossenschafter, die 1945 an den Neuaufbau der Konsumgenossenschaften gingen, im Laufe der ersten Nachkriegsjahre an Vermögen allmählich aus der Hand der Besatzungsmächte zurückerhielten, war etwa die Hälfte dessen, was sie im Jahre 1932 besessen hatten, die andere Hälfte ist in der Nazizeit vertan und verwirtschaftet oder im Kriege zerstört worden.

Aber diese Vernichtung an äußeren Werten ist nicht das Entscheidende. Weit schlimmer sind die „*unsichtbaren Verluste*“, die die Konsumgenossenschaftsbewegung erlitten hat. Wir meinen damit nicht nur die Auflösung der Mitgliederorganisation, die Tatsache, daß 3 1/2 Millionen Konsumgenossenschaftsmitglieder teilweise expropriert (nur ein kleiner Teil des Wertes ihrer genossenschaftlichen Einrichtungen floß durch die Auszahlung der Geschäftsguthaben an sie zurück) und ihrer gesamten Mitgliederrechte beraubt worden sind. Wir meinen vor allem auch den außerordentlichen Schaden, den die Unterdrückung der genossenschaftlichen Aufklärungs- und Erziehungsarbeit bei den Mitarbeitern und Mitgliedern, die Unterbindung jeder echten Auseinandersetzung mit dem genossenschaftlichen Gedankengut verursachte. Dieser Schaden ist heute noch lange nicht geheilt, er ist die Ursache für gewisse Mängel in der Konsumgenossenschaftsbewegung, die von ihren Gegnern gern als „*Entartungserscheinungen*“ ausgelegt werden. Die Genossenschafter selbst sind sich dieser entwicklungsgeschichtlich bedingten Schwächen ihrer Organisation durchaus bewußt — und sie sind dabei, mit ihnen fertig zu werden.

Die *wirtschaftlichen Leistungen* der Konsumgenossenschaften in der Nachkriegszeit sind offenkundig. Die Konsumgenossenschaften der Bundesrepublik konnten in wenigen Jahren ihre Jahresumsätze auf rund 1 1/2 Milliarde DM steigern und ihren Mitgliederstand wieder auf über 2 Millionen Haushaltungen erhöhen. Sie haben ihre zerstörten oder beschädigten Betriebsstätten wiederaufgebaut und ihren Verteilungsapparat rationalisiert und modernisiert. Das ist zweifellos ein recht erfreuliches Ergebnis. Aber der gegenwärtig erreichte Stand entspricht noch nicht einmal dem des Jahres 1930 — wie weit bleibt er noch hinter dem Stand zurück, den die Konsumgenossenschaften heute erreicht hätten, wenn sie nicht verfolgt und unterdrückt worden wären, sondern sich organisch weiter entwickelt hätten! Die Gegner der Konsumgenossenschaften sprechen heute davon, daß das „unaufhaltsame Vordringen der Großgenossenschaften“ den selbständigen Mittelstand bedrohe, daß die Genossenschaften der Privatwirtschaft den „Kampf um die nackte Existenz“ angesagt hätten. Sie fordern unter Hinweis auf diese „Bedrohung“, daß der Staat die Entwicklung der Konsumgenossenschaften durch Verbote (z. B. das Verbot des Verkaufs an Nichtmitglieder) im Interesse ihres Besitzstandes und ihrer Gewinnchancen hemmt und nach Möglichkeit aufhält. Diese Klagen und Hilferufe an den Staat sind so alt wie die Konsumgenossenschaften selbst, sie haben die Entwicklung der Bewegung begleitet, und trotz der „wachsenden Bedrohung“ des selbständigen Mittelstandes haben auch die Klagen über die Übersetzung des Handels nicht aufgehört! Der handeltreibende Teil der Bevölkerung ist jedenfalls im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung keineswegs kleiner geworden. Und niemand wird ihn verdrängen, solange er leistungsfähig bleibt!

Wie weit die Konsumgenossenschaftsbewegung der Bundesrepublik trotz der günstigen Entwicklung der letzten Jahre hinter den Bewegungen anderer europäischer Länder herhinkt, zeigt die letzte Mitgliederstatistik des Internationalen Genossenschaftsbundes. Danach stand die *Bundesrepublik* in der Tabelle, die das Verhältnis der konsumgenossenschaftlichen Mitgliedschaft zur Gesamtbevölkerung angibt, *an letzter Stelle unter allen europäischen Staaten* — mit nur 3,32 vH. Finnland dagegen hatte 24,49 vH, Großbritannien 21,73 vH, Island 21,62 vH, Schweden 14,04 vH, die Schweiz 12,52 vH usw. Sogar Österreich, dessen Konsumgenossenschaftsbewegung ebenso wie die deutsche im Jahre 1941 zerschlagen worden war, hatte mit 4,01 vH einen höheren konsumgenossenschaftlichen „Durchdringungsgrad“ als die Bundesrepublik.

Das Bemerkenswerte ist nun, daß auch in Ländern mit sehr starker Konsumgenossenschaftsbewegung wie z. B. Großbritannien, wo es über 11 Millionen Konsumgenossenschaftler gibt (die Bevölkerung Großbritanniens ist ebenso groß wie die der Bundesrepublik), der private Kleinhandel keineswegs ausgeschaltet worden ist, sondern noch immer die große Masse der Läden stellt. In Großbritannien würde kein Mensch — auch kein Händler — auf die Idee kommen, den Konsumgenossenschaften den Verkauf an Nichtmitglieder zu verbieten. Schon vor mehr als 100 Jahren — im Jahre 1852 — haben Liberale und Konservative gemeinsam dafür gesorgt, daß den ersten Konsumgenossenschaften durch das neue Genossenschaftsgesetz dieses selbstverständliche Recht gewährt wurde. Unter dem Friendly Societies Act, dem die Konsumgenossenschaften vorher unterstanden, das aber nicht auf sie, sondern auf die Hilfs- und Unterstützungskassen zugeschnitten war, hatten sie dieses Recht nicht, und das war eines der Hauptmotive für den Erlass des neuen Gesetzes: Das Argument der christlich-sozialen Abgeordneten, daß diese entwicklungshemmende Bestimmung unfair sei, leuchtete dem fairdenkenden Engländer, dem Liberalen wie dem Konservativen, sofort ein.

Gäbe es ein solches Maß von Fairneß bei uns heute, dann würde sich auch bei uns der Kampf zwischen den Konsumgenossenschaften und ihren Gegnern auf einen fairen, anständigen, wenn sicher oft auch harten Leistungs- und Ideenwettbewerb reduzieren, wie er in England selbstverständlich ist. Zu einem solchen Leistungswettbewerb brauchen die Konsumgenossenschaften das Recht, sich an *alle* zu wenden — und zwar erst einmal *nur* mit ihrer Leistung, ebenso wie jeder Konsument das Recht haben sollte, frei zu entscheiden, wo er seinen Warenbedarf decken will — auch ehe er für sich die andere Frage entscheidet, ob er Mitglied einer Konsumgenossenschaft werden will oder nicht. Er wird übrigens die zweite Frage im allgemeinen erst dann entscheiden, wenn er sich gründlich von der Leistungsfähigkeit der Konsumgenossenschaft überzeugt hat. Die Konsumgenossenschaften selbst sind daran interessiert, daß ihre Käufer wohlüberlegt und nach gründlicher Prüfung entscheiden, daß sie bewußt und aus voller Überzeugung Genossenschaftler werden.

Denn die Konsumgenossenschaftsbewegung *braucht* diese *überzeugten Genossenschaftler und ihre Mitarbeit*. Ohne diese Mitarbeit kann die Konsumgenossenschaft einfach nicht existieren. Sie ist ja nicht nur ein wirtschaftendes Unternehmen, sie ist zugleich auch eine Vereinigung von Menschen, die sich zusammengeschlossen haben in der Absicht, sich *gegenseitig* zu helfen. In den ersten Genossenschaften — nicht nur den Konsumgenossenschaften, sondern auch den bäuerlichen und gewerblichen Selbsthilfevereinigungen — war dieses Motiv der gegenseitigen Hilfe und des Dienens noch so stark, daß der Akt des Zusammenschlusses ganz von selbst zur Gemeinschaftsbildung führte. Die kleine Genossenschaft der genossenschaftlichen Gründerzeit war echte „Gemeinschaft“, Nachbarschaftsverband. Das Mitglied *hatte* das Mitbestimmungsrecht nicht nur, es *nahm es auch wahr*. Und es konnte sein Mitbestimmungsrecht wahrnehmen, weil es sich noch verhältnismäßig leicht ein Urteil über die Arbeit und die Entwicklung seiner Genossenschaft bilden konnte.

Mit der Ausdehnung der Genossenschaft wurde das immer schwerer, und zugleich wurde die Mitgliederorganisation so groß, daß das ursprüngliche Gemeinschaftsgefühl bei den meisten neu Hinzutretenden nicht mehr vorausgesetzt werden konnte. Nehmen wir als Beispiel die *London Co-operative Society*, eine der vier Londoner Großgenossenschaften, mit einer Mitgliederzahl von über 1 100 000 (ein Zehntel der Mitgliedschaft aller britischen Konsumgenossenschaften). Diese Genossenschaft versorgt mit den Familienangehörigen der Mitglieder etwa soviel Menschen, wie in ganz Norwegen wohnen. Und bei allen diesen Menschen setzt sie das *Bewußtsein der gemeinsamen Aufgabe* voraus, alle diese Menschen ruft sie auf, *mitzuberaten* über ihre eigene Versorgung mit Konsumgütern, mitzubestimmen beim Aufbau des eigenen Handels- und Produktionsunternehmens. Kann sie das wirklich? Die Genossenschaft hat eine große Anzahl von Läden, Eigenproduktionsunternehmungen und „Dienstabteilungen“ (darunter neben den üblichen genossenschaftlichen Betrieben und Läden Apotheken, Hotels, Reiseagentur, Buchversandgeschäft, Bestattungsdienst, etwa 50 Warenhäuser, ein Dutzend Güter und Farmen usw.). Wie soll das einzelne Mitglied in diesem vielfältigen Riesenunternehmen sein Mitbestimmungsrecht geltend machen, wie soll sich in einer so großen Organisation ein Gemeinschaftsbewußtsein entwickeln?

Dieses Gemeinschaftsbewußtsein ist in seiner unmittelbaren Ursprünglichkeit nicht mehr da, es ist auch kaum möglich, es durch Versammlungen und ähnliche Veranstaltungen, die sich vage an alle Mitglieder wenden, wiederzugewinnen. Zu diesen Versammlungen kommen zuwenig Menschen, und wenn sie kommen, werden sie oft zuwenig gepackt. Die Versammlungen sind nicht überflüssig geworden, aber sie reichen bei unseren Großgenossenschaften als Bewahrer genossenschaftlichen Lebens nicht mehr aus, so sehr man sie auch „modernisiert“ und durch Beiwerk interessant und attraktiv macht. *Es müssen neue Wege gegangen werden!* In allen Ländern suchen die Genossenschafter heute nach diesen neuen Wegen. Eine „Patentlösung“, die den Mitgliedern eine mühevolle und vielleicht sogar amüsante Erfüllung ihrer Mitbestimmungsrechte gewährleistet, gibt es nicht. Mitbestimmung bedeutet schon gemeinsames *Mühen*. Und nur in diesem Mühen wird das hohe Ziel *hinter* der gemeinsamen Arbeit deutlich, und nur durch dieses Mühen rückt es näher.

Es gibt nun freilich überall Menschen, die nicht nur den Einsatz nicht scheuen, sondern ihn sogar suchen, die bereit sind, einer großen Sache zu dienen, besonders, wenn es gilt, anderen Menschen zu helfen. Diese suchenden Menschen zu finden, zu formen und zu bilden, ist die Hauptaufgabe der eigentlich genossenschaftlichen Bildungsarbeit (soweit sie nicht Fachwissen vermittelt). Aber diese Arbeit richtet sich nicht auf den einzelnen nur, sondern auch darauf, diese einzelnen dienstbereiten Menschen zusammenzufassen und mit den einzelnen zugleich auch die *Gemeinschaft* zu formen und zu bilden — oder besser gesagt, die Bedingungen und das Klima dafür zu schaffen, daß sie sich in echter Selbsthilfe von allein bildet.

Wirtschaftsdemokratie, wie sie die Genossenschafter wollen, bedeutet ja nicht nur das *Mitbestimmungsrecht aller* Mitglieder, sie verlangt auch einen echten *Ausleseprozeß*. Es müssen den Tüchtigen und Hingabefähigen aus der Genossenschaft *Wege der direkten Mitarbeit und des Aufstiegs* geebnet werden. Darauf kommt es heute ganz besonders an. Mit anderen Worten: Es müssen *Kerne von Mithelfern*, wie wir sie nennen, in den Genossenschaften gebildet werden — noch mehr, als das schon bisher geschehen ist —, die gewissermaßen stellvertretend den Willen zur Mitbestimmung kristallisieren, zusammenballen und zugleich echte Gemeinschaftsgesinnung in die Mitgliedschaft und darüber hinaus ausstrahlen. Das ist heute besonders schwer, aber die Aufgabe muß gelöst werden, wenn die Genossenschaft nicht ihr besonderes Ethos verlieren soll.